



Vgl. Seite 2 | FIP im Bayerischen Landtag | Foto: Rolf Poss | Bildarchiv Bayerischer Landtag

# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

CSU-Parteitag in München:

## Aufbruch in eine neue Zeit

Eine umfassende Parteireform beschloss die CSU auf ihrem Parteitag in München. Dr. Markus Söder, mit 91,3 Prozent als Parteivorsitzender wiedergewählt, erläuterte den Kurs der CSU: „Unser Weg ist Freiheit, gegen die Ignoranten und Hetzer von rechts und den Panikmachern und Umerziehern von links. Wir sind liberal, sozial und konservativ. Wir sind verlässlich und modern. Deswegen müssen wir immer wieder modernisieren. Wir wollen Bewahrer und Entdecker zusammen sein und wir können das auch.“

Tempo in der Politik werden nicht durch die Parteien gemacht. „Die Veränderungen kommen von außen“, hielt Söder fest. „Wir dürfen deswegen nicht die Augen verschließen und diese Entwicklung verschla-

Auto erfolgen. „Deutschland ist das einzige Land, das den industriepolitischen Ast, auf dem es sitzt, zerstört.“ Die CSU stehe zum Auto. „Bayern war Autoland, Bayern ist Autoland und Bayern soll auch in Zukunft Au-



Annegret Kramp-Karrenbauer und Dr. Markus Söder.

fen.“ Es genüge nicht, immer die gleichen alten Antworten auf neue Fragen zu finden. „Es reicht nicht, auf der Seite der Skeptiker zu stehen. Wir stehen auf der Seite der Courageigen, der Ehrenamtlichen und der Mutigen.“ Die CSU müsse „Schrittmacher“ sein und nicht anderen hinterherlaufen.

toland bleiben. Da machen wir keine Abstriche.“

Die CSU habe Zukunftskompetenz: Heute gibt es ein Aufrüsten von Innovation und Technologie. Es reicht nicht, nur ein bisschen zu verändern. Wir müssen (Fortsetzung Seite 4)

### Klimaschutz im Autoland

Klimaschutz und die Bewahrung der Schöpfung sind für Söder „urchristlicher“ Auftrag. Klar ist für ihn dabei auch: „Wir machen Klimaschutz mit dem ländlichen Raum und nicht gegen ihn. Wir machen Klimaschutz mit den sozial Schwächeren und nicht gegen sie.“ Klimaschutz müsse mit und nicht gegen das

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Von links: Bundesminister Dr. Gerd Müller, Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl und Gemeindetags-Geschäftsführer Dr. Franz Dirnberger.

Jubiläums-Kommunale in Nürnberg:

## Erwartungen übertroffen

Auch zur Jubiläumsausgabe hat die Kommunale in Nürnberg bewiesen, dass sie der bundesweite Treffpunkt für Bürgermeister, Behördenchefs und Abteilungsleiter ist. Dies belegt nicht nur ein Blick auf die Zahlen Deutschlands wichtigster Fachmesse für Kommunalbedarf, die zum 20-jährigen Jubiläum mit mehr Ausstellern, mehr Fläche und gestiegener Besucherzahl zu Ende ging, sondern zeigt sich auch an den hochkarätigen Fachveranstaltungen, die parallel zur Produktschau stattfanden.

An zwei Tagen kamen insgesamt 4.650 kommunale Beschaffungsentscheider – das entspricht einem Plus von mehr als 8 % im Vergleich zur vergangenen Ausgabe. Bei 390 Ausstellern (2017: 357) informierten sie sich in Halle 8 und 9 über die neuesten Trends, Produkte und Dienstleistungen rund um den Kommunalbedarf und diskutierten mit politischen Spitzenvertretern über aktuelle Herausforderungen.

„Die Jubiläumsausgabe zu ‚20 Jahre Kommunale‘ hat unsere Erwartungen übertroffen. Mehr

Aussteller und Fläche, ein noch breiteres Angebotsspektrum für den Kommunalbedarf und zahlreiche Highlights im Rahmenprogramm waren bereits beste Voraussetzungen für das Jubiläum. Es ist außerdem großartig, dass die ausgezeichneten Rückmeldungen von Ausstellern sowie Besuchern und die Stimmung auf dem Gelände unser positives Fazit bestärken“, hob Christian Arnold, Abteilungsleiter Partner- und Publikumsveranstaltungen bei der NürnbergMesse, hervor und er-

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

## Gesundheit und Pflege

Wir wollen für eine bestmögliche gesundheitliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in allen bayerischen Regionen und in allen Lebenslagen sorgen. Auch die Pflege muss nach Überzeugung von Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml so gestaltet sein, dass so viel Lebensqualität wie möglich erhalten bleibt. Wie dies konkret zu bewerkstelligen ist, darüber informierte die Politikerin bei der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München unter Leitung des AG-Vorsitzenden Landrat Stefan Rößle.

Zunächst: Bayern ist in allen Landesteilen gut mit niedergelassenen Haus- und Fachärzten versorgt. Im Bundesvergleich steht der Freistaat sehr gut da, wie Huml berichtete. Gleichwohl ist jeder dritte Hausarzt in Bayern derzeit über 60 Jahre alt.

Damit der Generationswechsel zum Wohle der Menschen im Land gelingt, hat Bayern die Weichen bereits frühzeitig gestellt und als eines der ersten Bundesländer ein Förderprogramm für Landärzte aufgelegt, das auf großes Interesse stößt.

Damit sollen Mediziner für die Arbeit im ländlichen Raum gewonnen werden.

### Niederlassung von Haus- und Fachärzten

Unterstützt wird unter anderem die Niederlassung von Haus- und Fachärzten mit bis zu 60.000 Euro. Psychotherapeuten können eine Förderung von bis zu 20.000 Euro erhalten. Voraussetzung ist insbesondere, dass sich die Mediziner in Gemeinden mit nicht mehr als (Fortsetzung auf Seite 4)

Landesversammlung der FW Bayern in Veitshöchheim:

## Für eine Politik der Mitte

„Die Freien Wähler sind die vernünftige Kraft auf allen Ebenen – von den Kommunen, über den Freistaat bis in den Bund. Wir stärken aus der Mitte heraus. Danach sehnen sich die Menschen. Und dieser Linie bleiben wir treu“, machte Landesvorsitzender Hubert Aiwanger auf der FW-Landesversammlung in Veitshöchheim deutlich.

Nach einem knappen Jahr Regierungsbeteiligung zog Aiwanger eine positive Bilanz. Seine Partei habe viel bewegt, betonte der Parteichef mit Blick auf die Themen Straßenausbaubeiträge, Hebammenausbildung und Kinderbetreuung.

Eine klare inhaltliche Positionierung stand bei der Landesversammlung genauso auf der Agenda, wie Aiwangers Angriff auf Parteien am rechten und linken Rand. „Die Freien Wähler werden nicht zuschauen, wie Ideologen von rechts und links das Land spalten“, meinte der Landesvorsitzende. Dies würde der Stabilität des Landes schaden. Seine Partei wolle – anders als die Grünen – Bayerns Zukunft gemeinsam mit den Menschen gestalten.

Inhaltlich positionierten sich die FW Bayern bei den Themen Mittelstand und Wohlstand, kinderfreundliches Bayern, Flächensparen mit Vernunft statt Entmündigung der Kommunen und Energiewende mit den Bürgern. Alle vier Resolutionen, über die die Delegierten abstimmen konnten, wurden teils mit 100-prozentiger Zustimmung angenommen.

### Stabiler Mittelstand

„Bayerns Bürgerinnen und Bürger müssen ihre Lebensqualität behalten. Ein stabiler und gesunder Mittelstand sichert unser aller Wohlstand und die Zukunft unserer Kinder“, heißt es in einem verabschiedeten Papier. Und weiter: „Wir Freie Wähler sind die Strömung, die die Mitte der gesamten Gesellschaft stärkt wie keine andere. Wir stehen zu unseren Landwirten und bäuerlichen Betrieben und betonen, dass ein Ausspielen zwischen Stadt und Land aufhören muss.“

Konkret gelte es, Mittelstand und Wohlstand für eine gesunde und nachhaltige Mitte zu stärken. Landwirte und bäuer-

liche Betriebe sollen geschützt und unterstützt werden, zudem schwebt den Freien Wählern vor, die Mehrwertsteuer für Speisen und Getränke in



Hubert Aiwanger.

der Gastronomie auf 7 Prozent zu reduzieren, um so beispielsweise eine bessere Bezahlung des Personals gewährleisten zu können. Begrüßt wird darüber hinaus die für einige Berufe erfolgte Wiedereinführung der Meisterpflicht. Zudem soll (Fortsetzung auf Seite 2)



„Bei der Eroberung des Welt-raums sind zwei Probleme zu lösen: die Schwerkraft und der Papierkrieg. Mit der Schwerkraft wären wir fertig geworden“, meint die Vorzimmerperle gemeinsam mit einem Weltraumpionier und lobt die Visionen von Ministerpräsident Söder. Seite 19

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Frauen in Parlamente – FIP	2
Verleihung des Bürgerpreises 2019 im Bayerischen Landtag	2
GZ-Kolumne Dr. Klemens Gsell: ÖPNV für alle? 365-Euro-Ticket in Nordbayern für Schüler	3
Anhörung zum Impfschutz: Freiwilligkeit vor Zwang	3
Einladungen zum BreitbandForum und zum FachkräfteForum	5
Kommunale Finanzthemen	7 - 10
Kommunale Energiethemata	10 - 15
Wasser • Abwasser	15 - 16
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV	16 - 17
Aus den bayerischen Kommunen	17 - 20



Von links: Dr. Klemens Gsell, Melanie Huml, Stefan Rößle, Christine Borst, Jörg Kunstmann und Prof. Dr. Ulrich Reuter.

# Kann sie das? Sie kann!

Sie seien empathischer, treten zurückhaltender auf, aber sie zweifeln auch mehr und bedienen Klischees – welche Stärken Frauen in der Politik ausspielen können und warum trotzdem immer noch so wenige von ihnen in den Parlamenten sitzen, darüber diskutierten 320 Teilnehmerinnen des Kongresses „Frauen in Parlamente – FiP!“ im Bayerischen Landtag.

„Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse kommen überall hin – so heißt es ja, aber wir müssen weder böse sein und auch nicht überall hinkommen. Wir müssen mutiger sein und mehr in die Parlamente kommen!“ Mit diesem Appell eröffnete Landtagspräsidentin Ilse Aigner den Kongress „Frauen in Parlamente – FiP!“ im Bayerischen Landtag. Frauen aus der Politik und Wirtschaft berichteten von ihren Erfahrungen im Arbeitsalltag und diskutierten, wie der Anteil weiblicher Führungskräfte in Parlamenten gesteigert werden könnte. Denn nicht einmal jedes zehnte Rathaus in Bayern wird von einer Frau geleitet. In fünf der 71 Landratsämter haben Frauen das Sagen und nur 186 Bürgermeisterinnen sind für das Wohl ihrer Gemeinde verantwortlich.

## Engagement möglich machen

Die Zahlen zeigen: Gerade in Kommunalparlamenten sind Frauen unterrepräsentiert und Kommunalpolitik ist nach wie vor eine Männerdomäne, auch wenn der Anteil stetig zunimmt. Nach den bayerischen Kommunalwahlen 1996 lag er bei rund 2,2 Prozent, 2002 bei 3,9 Prozent, 2008 bei 5,9 Prozent und 2014 bei knapp 9 Prozent. Doch auch wenn es in diesem Tempo weitergeht, wird der Frauenanteil erst im Jahr 2038 bei rund 44 Prozent liegen und das bei einem Bevölkerungsanteil von mehr als 50 Prozent.

Aber festgeschriebene Anteile – beispielsweise von weiblichen Kandidaten auf Wahllisten – kratzen für die Präsi-

dentin nur an der Oberfläche. „Engagement kann man nicht verordnen, aber möglich machen: Mit Kinderbetreuung, Homeoffice und den Themen und dem Ton, die Frauen in der Politik ansprechen“, sagte Aigner. Um die Vereinbarkeit von Familie und Politik zu erleichtern, könne beispielsweise der Aufwand für die Kinderbetreuung während Parlamentsitzungen erstattet werden, schlug sie vor.



Auf Einladung der Landtagspräsidentin Ilse Aigner waren rund 300 kommunalpolitisch engagierte Frauen aus ganz Bayern im bayerischen Landtag zu Gast. Parteiübergreifend wurde über Wege in die Kommunalpolitik diskutiert, Mut gemacht und wertvolle Kontakte geknüpft. Ein ganzer Bus, organisiert durch die Stellv. Landrätin Cornelia Trinkl, mit engagierten CSU-Frauen aus dem Nürnberger Land nutzte die Möglichkeit zum Gespräch mit der Landtagspräsidentin und den Referentinnen aus Politik, Medien und Wissenschaft. Darunter die Chefredakteurin der Modzeitschrift Madame, Petra Winter, DLD-Gründerin und Geschäftsführerin Steffi Czerny und Moderatorin Eva Lell vom Bayerischen Rundfunk. „Eine gelungene Veranstaltung die zeigt, dass wir gemeinsam viel erreichen können und wir Frauen uns bei allen Themen einbringen müssen“, zog Cornelia Trinkl ihr persönliches Fazit. Unser Bild zeigt (v. l.): Giulia Holzmann (Kandidatin für den Gemeinderat Schwarzenbruck), Nina Bezold (Stadtratskandidatin für Lauf a. d. Pegnitz), Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Stellv. Landrätin Nürnberger Land Cornelia Trinkl, Eva Gottschalk (Stadträtin in Röthenbach), und die Mitglieder der Frauen-Union Lauf Sabrina Stauch und Sylvia Rabitz.

Nur weil Frauen einen leiseren Umgangston pflegen, seien sie nicht weniger überzeugt. Dabei scheuen Frauen oft vor der Verantwortung aus Respekt vor dem Amt und der Kritik zurück. „Wer sich exponiert, setzt sich Kritik aus, doch die muss man aushalten“, appellierte Aigner an die rund 320 Zuhörerinnen. Kritik beziehe sich zudem in den meisten Fällen auf das Amt und sei nicht persönlich gemeint, sprach sie aus eigener Erfahrung.

Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende der Grünen, musste erst lernen mit scharfer Kritik und auch Hasskommentaren

München, pflichtete der Wissenschaftlerin bei. „Wir müssen uns von den Anforderungen von außen freischwimmen!“ Sie habe früher oft ein schlechtes Gewissen eingeredet bekommen, wenn sie nicht daheim bei den Kindern gewesen sei.

## Vom Kochbuch zur Weinflasche

Brigitta Brunner, Ministerialdirektorin im Bayerischen Staatsministerium für Bau und Verkehr, betonte, Frauen müssen sich gegen Rollenklischees behaupten. „Am Anfang bekam ich auf Veranstaltungen oft Kochbücher als Dank. Dann habe ich öffentlich gesagt, auch über eine Flasche Wein würde ich mich freuen – ein Kochbuch schenkte mir niemand mehr“, erinnerte sie sich. Was ebenso wichtig seien: Die Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen und der Mut nicht perfekt sein zu wollen. „Keiner wird in eine Führungsrolle hineingebohren. Es ist ein permanenter Prozess und eine Aufgabe, der man sich jeden Tag aufs Neue stellen muss. Dabei fällt einem Akzeptanz nicht zu, die müssen Sie sich erarbeiten“, ermutigte Brunner die Zuhörerinnen. Ihr habe geholfen, sich neuen Herausforderungen mit Interesse zu stellen und nicht etwa die Überzeugung „Erfolg in den Genen zu haben“.

## Elternzeit für Männer

Die Teilnehmerinnen diskutierten nicht nur die verschiedenen Geschlechterrollen, sondern auch Privilegien sowohl für Frauen als auch Männer. Annika Popp, seit 2014 Bürgermeisterin der 1250-köpfigen Gemeinde Leupoldsgrün im oberfränkischen Hof, sprach beispielsweise die Akzeptanz für Elternzeit bei Männern an. So bleibe in ihrer Familie ihr Mann mehrere Monate zuhause, um sich um den Nachwuchs zu kümmern. „Männer müssen ein Bewusstsein dafür bekommen, dass auch der Mann Elternzeit übernimmt.“

## Pro Quote

Tanja Schweiger, eine der fünf bayerischen Landrätinnen aus Regensburg, lenkte die Diskussion auf das Thema Führung. „Auch wenn man mit dem Selbstverständnis aufwache, man könne alles, gibt es Mechanismen und Spielregeln, mit denen ich lernen musste umzugehen. Beispielsweise schlagen mir Männer lieber unerfahrene ältere Kollegen vor bei der Besetzung von Führungspositionen, als junge Frauen, die sich in einem Fachbereich bereits bewiesen haben“, bedauerte sie. Es reiche also nicht Richtlinien zu verabschieden, auch das Bewusstsein bei denjenigen, die Positionen besetzen, müsse sich ändern.

## Der Mix macht's

Diese Überzeugung vertrat auch Julia Thiele-Schürhoff, CEO Knorr Bremse Global Care. „Wollen allein reicht nicht, es gibt eine gläserne Decke und daher bin ich für die Quote.“ Ein Großteil der Frauen sprach sich offen für die Einführung einer Quote aus. Viele von ihnen seien anfangs dagegen gewesen und hätten ihre Meinung im Laufe der Zeit geändert, weil sie merkten, dass sich sonst nichts ändere.

Annika Popp hingegen sagte, Frauenquoten von 50 Prozent seien in kleinen Gemeinden in der Praxis überhaupt nicht möglich. Sie sei froh, wenn sie zumindest zwei Frauen zu einer Kandidatur motivieren könne. Dazu gründete sie einen Frau-

umzugehen. Sie forderte eine Debatte darüber, wie mit Beleidigungen gegen Frauen im Netz umgegangen werden soll. „Da helfen nicht nur Solidarität sondern konkrete Maßnahmen wie Beratungsstellen, damit Hass und Hetze zurückgedrängt werden.“

## Show oder Zurückhaltung?

Petra Winter, Chefredakteurin der Zeitschrift Madame, deutete darauf hin, dass Frauen sich oft ungern mit Themen auseinandersetzen, die weniger interessant scheinen als juristische Regelungen oder Vertragsaufsetzungen. Doch sich gerade mit solchen Themen zu beschäftigen sei wichtig, um mitreden zu können. Hinzu komme, dass einige Frauen freies Sprechen und öffentliche Auftritte scheuen. Auch definierten sie weniger klare Ziele um nicht arrogant zu wirken und relativierten ihre Meinung mit Füllwörtern wie „vielleicht“.

Dr. Franziska Schutzbach, Geschlechterforscherin, hingegen fragte: „Warum soll Zurückhaltung nur eine schlechte Eigenschaft sein? Nicht nur die beste Show ist etwas wert!“ Sie forderte, dass es in erster Linie nicht darum gehe, am individuellen Charakter einer Frau zu arbeiten, sondern an den passenden Rahmenbedingungen. „Die Strukturen müssen sich ändern, zum Beispiel mithilfe von Quoten oder spezieller Frauenförderung. In der Gesellschaft werden Rollenbilder gelernt, die Frauen automatisch annehmen – beispielsweise, dass Frauen eher im Privaten angesiedelt sind, während die Männer das Öffentliche präsentieren“, erklärte sie. Christine Strobel, dritte Bürgermeisterin

## Verleihung des Bürgerpreises 2019 im Landtag:

# „Rette uns, wer kann!“

Nachwuchs und neue Ideen für die ehrenamtlichen Rettungskräfte

Für Landtagspräsidentin Ilse Aigner ist es eine Premiere: Zum ersten Mal zeichnete sie in ihrem neuen Amt die Preisträger des Bürgerpreises des Bayerischen Landtags aus.

Die Jury unter Vorsitz der Landtagspräsidentin wählte aus 85 Bewerbern zum diesjährigen Motto „Rette uns, wer kann!“ – Nachwuchs und neue Ideen für die ehrenamtlichen Rettungskräfte“ die Preisträger aus. Der Fokus beim diesjährigen Bürgerpreis richtete sich auf kreative Ansätze, um neue Mitglieder für die ehrenamtlichen Einsatz in den Rettungsdiensten zu gewinnen. Landtagspräsidentin Ilse Aigner zeigte sich beeindruckt vom großartigen Engagement und der Kreativität der Bewerberinnen und Bewerber: „Ohne den Einsatz der Ehrenamtlichen würde unser Rettungswesen nicht funktionieren. Darum kommt der Nachwuchsgewinnung große Bedeutung zu. Die Preisträgerinnen und Preisträger leisten mit ihren innovativen Ideen einen herausragenden Beitrag, damit wir auch in Zukunft genügend Menschen für den Rettungsdienst begeistern können.“

## Die Preisträger

Der erste Preis ging an die Bergwachtjugendgruppe in Unterammergau (15.000 Euro), in der Jugendliche als Nachwuchs für die Bergwacht gewonnen werden. Mit dem zweiten Preis ehrte die Jury das Projekt „Bring Dich ein! Ehrenamt verbindet.“ – Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. – Landesgeschäftsstelle Bayern (10.000 Euro). Ziel des Projekts ist es, ehrenamtliche Helfer mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

Der dritte Preis wurde auf drei Preisträger aufgeteilt: Von der Freiwilligen Feuerwehr Philippsreut wurde das Projekt „Du besitzt die Eintrittskarte“ mit einem dritten Preis (7.000 Euro) ausgezeichnet. Hier haben Mitglieder der Feuerwehr eine Frauengruppe aufgebaut, die vollständig in die bereits bestehende aktive Mannschaft integriert wurde.

Ein weiterer dritter Preis (7.000 Euro) ging an das Projekt „Kinder lernen von Kindern“ der Wasserwacht Wörthsee. Hier wird gewissermaßen auf Augenhöhe die Begeisterung für das Ehrenamt geweckt. Ebenfalls mit einem dritten Preis (7.000 Euro) wurde von der Feuerwehr Großostheim das Projekt „Sicher in die Zukunft“ gewürdigt.

Mit dem Sonderpreis (4.000 Euro) wird die Bergwacht Allgäu ausgezeichnet für das Projekt „Innovative Einsatzunterstützung“. Die Bergwacht Region Allgäu beschreitet mit der Nutzung digitaler Funktechnik und der Verwendung von Drohnen und Wärmebildkameras neue Wege bei der Bergrettung. □

enstammlich im oberfränkischen Leupoldsgrün um Interessierte miteinander zu vernetzen.

Für Innegrit Volkhardt, geschäftsführende Eigentümerin Hotel Bayerischer Hof, hat schon immer eine ausgewogene Mischung aus Männern und Frauen in Teams eine wichtige Rolle gespielt. Auch die Prä-

sidentin ist davon überzeugt. „Die Kombination aus Männern und Frauen macht unser Land stark. Wir können und wollen nicht auf die eine Seite verzichten. Machen Sie also etwas daraus, ich baue auf Sie!“, lautete Aigners Aufruf vor den Kommunalwahlen im Frühjahr 2020 an die Zuhörerinnen im Landtag.

Anja Schuchardt

# Für eine Politik....

(Fortsetzung von Seite 1) der Praxisbezug an Schulen zu Alltagsfragen ausgebaut werden und die Gleichwertigkeit der Ausbildungen gesichert sein; auch ist das duale Ausbildungs-System weiter zu stärken. Für die Abschaffung der Erbschaftsteuer soll weiter gekämpft werden.

## Familienfreundliches Bayern

Bayern muss sich noch weiter als familienfreundliches Land entwickeln, lautet eine weitere Forderung. Kindergarten- und Krippenzuschüsse sollen Eltern entlasten und stärken, die Qualität der Betreuung soll verbessert werden. Auch wollen sich die FW weiter für eine bessere Personalausstattung in Betreuungseinrichtungen und eine ordentliche Bezahlung des Betreuungspersonals einsetzen.

## Verbauung der Heimat möglichst gering halten

Geht es nach dem Willen der Freien Wähler, soll ein Verbauen der Heimat so gering wie möglich ausfallen. „Wir wollen Flächen sparen. Kommunen sollen dadurch jedoch nicht vor einer Vorgaben-Wand stehen, die jegliche gemeindliche und städtische Entwicklung verbietet.“ Die FW sprechen sich aus für eine Reduzierung des Flächenverbrauchs auf maximal 5 Hektar pro Tag, eine Konsenslösung zwischen Bürgern und Kommunen statt Verbieten sowie eine Entwicklung

von innen statt von außen. Bei der Energiewende wird der Ausbau von Photovoltaik vorangetrieben, heißt es in einer weiteren Resolution. Dazu gibt es ein erfolgreiches PV-Speicher-Programm für Solarstrom-Dachanlagen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms. Befürwortet werden spürbar mehr Freiflächen für Photovoltaik-Anlagen. Deren Zahl in ertragsarmen Gegenden wird laut FW von 30 auf 70 Projekte im Jahr steigen, was einem Volumen von 420 Megawatt entspricht.

## Erneuerbare Energien in Abstimmung mit Bürgern

Gefordert wird überdies die Entwicklung der Windenergie in Abstimmung mit den Bürgern, eine Forcierung von Kraft-Wärme-Koppelung für Unternehmen, mehr Biogas und Biomasse, der Ausbau der Wasserstoff-Technologie und der Geothermie sowie die energetische Verwertung von Holz.

Fazit: „Wir haben viel auf dem Weg gebracht und sind entschlossen, den Weg der regionalen Energiewende zusammen mit den Bürgern kraftvoll und bestimmt weiter zu gehen. Der massive Ausbau erneuerbarer Energien muss jetzt stattfinden. Die Energiewende soll mit den Bürgern und zum Vorteil für die Bürger stattfinden und keine Bevölkerungsgruppe wie Pendler oder Landwirte benachteiligen.“ **DK**

## Wir gratulieren

### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Fritz Steinmann  
97286 Sommerhausen  
am 26.10.

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Richter  
91077 Neunkirchen a. Brand  
am 1.11.

Bürgermeister Albert Hingerl  
85586 Poing  
am 3.11.

Landrat Martin Neumeyer  
93309 Kelheim  
am 4.11.

Bürgermeister Rudolf Kühn  
82418 Riegsee  
am 5.11.

Bürgermeister Ludwig Waas  
94559 Niederwinkling  
am 6.11.

Bürgermeister Hugo Bauer  
93192 Wald b. Cham  
am 25.10.

Bürgermeister Ludwig Mayinger  
85132 Schernfeld  
am 29.10.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reiner Gäbl  
92693 Eslarn  
am 6.11.

Bürgermeister Sebastian Linner  
83562 Rechtmehring  
am 26.10.

Oberbürgermeister  
Frank Rebhan  
96465 Neustadt b. Coburg  
am 26.10.

Bürgermeister Dr. Uwe Brandl  
93326 Abensberg  
am 27.10.

Bürgermeisterin  
Gertrud Menigat  
94227 Lindberg  
am 27.10.

Bürgermeister Dr. Franz Gassner  
84160 Frontenhausen  
am 29.10.

Bürgermeister  
Bernd Steinhäuser  
95359 Kasendorf  
am 31.10.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Koch  
93102 Pfatter  
am 5.11.

Bürgermeister Wolfgang Simon  
83458 Schneizlreuth  
am 5.11.

Bürgermeister Uwe Sinn  
91788 Pappenheim  
am 25.10.

Bürgermeisterin Birgit Höcherl  
92539 Schönsee  
am 28.10.

### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Dr. Tobias Windhorst  
84513 Töging am Inn  
am 6.11.

Bürgermeister Heinz Lorenz  
85505 Immenreuth  
am 24.10.

Bürgermeisterin  
Kathrin Heimann  
91090 Effeltrich  
am 31.10.

### ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Georg Reinthaler  
83549 Eiselting  
am 30.10.

## Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Anhörung im Bayerischen Landtag zum Impfschutz:

## Freiwilligkeit vor Zwang

Das im Bundestag eingebrachte Impfpflichtgesetz soll sicherstellen, dass Bürger nicht gefährdet werden, wenn Menschen sich nicht impfen lassen. Die Masern sollen zudem durch das Gesetz ausgerottet werden. Doch brauchen wir dazu eine bundesweite Impfpflicht? Darüber diskutierten Ärzte, Apotheker und Juristen im Bayerischen Landtag.

Die Fachleute waren sich in der Diskussion einig: „Wir lehnen eine Impfpflicht ab!“ Sie bevorzugten in der Anhörung „Erfolgsversprechende Wege zur Erhöhung der Impfraten, insbesondere bei Masern“ mehr Aufklärung und verbesserte Beratung. Die Ausbildungsordnungen für die zuständigen medizinischen Berufe sollten zudem erweitert sowie eine digitale Gesundheitskarte eingeführt werden.

### Verletzung der Persönlichkeitsrechte

Im Fokus der Beratung standen Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindergärten und Schulen. Der Entwurf der Bundesregierung sieht vor, dass Kinder in Schulen und Kindergärten gegen Masern geimpft sein müssen. Laut WHO zählt die Skepsis gegenüber Impfungen zu den zehn größten Gefahren für die globale Gesundheit. Eltern, die der Impfpflicht nicht nachkommen, müssen mit Bußgeldern von bis zu 2.500 Euro rechnen. Auch Kitas können mit Bußgeldern belegt werden, wenn sie nicht geimpfte Kinder betreuen. Dasselbe gilt für nicht geimpfte Beschäftigte in Gemeinschafts- und Gesundheitseinrichtungen. Ab Sommer 2020 soll diese Pflicht auch für bereits aufgenommene Kinder gelten. Gleiches ist für Erzieher und Lehrer vorgesehen, wenn sie nach 1970 geboren sind. In einer hitzigen Debatte beriet der Bundestag am 18. Oktober erstmals das geplante Masernschutzgesetz. Vertreter der Opposition kritisierten, der Gesetzentwurf atme zu viel Zwang und Sanktion. Der Staat greife damit in Freiheits- und Persönlichkeitsrechte ein.

### Hohe Impfraten in Bayern

Durch den Gesetzentwurf würden den Kommunen umfangreiche neue Aufgaben zugewiesen – und damit ein deutlicher finanzieller Mehraufwand. In Bayern haben dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) zufolge knapp 97 Prozent der eingeschulerten Kinder im Schuljahr 2017/18 zumindest die erste Masernimpfung erhalten. Im Vergleich zu den Vorjahren zeigte sich bei den Schulanfängern ein steigender Trend. Insgesamt sind laut LGL rund 92 Prozent der Schulkinder geschützt. Dennoch gibt es regionale Unterschiede, sodass Impflücken bei hochansteckenden Krankheiten wie Masern Ausbrüche begünstigen. Die Fachleute verwiesen darauf, dass in erster Linie Babys, Ältere und Menschen mit geschädigtem Immunsystem zu den Risikogruppen gehören.

### Impfpflicht als „ultima ratio“

Um die Masern in Deutschland zu eliminieren ist nach Ansicht der Experten ein sogenannter Herdenschutz nötig. Der Schutz sei gewährleistet, wenn 95 Prozent der Bevölkerung durch Impfung oder durchgestandene Erkrankung gegen Masern immun sind. Professor Dr. Peter Bauer von den Freien Wählern forderte, den Fokus auf die Schwächeren zu setzen und die Nichtgeimpften mehr auf ihre Verantwortung hinzuweisen.

Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses Bernhard Seidenath (CSU) fasste zusammen: „Freiwilligkeit ist besser als

Zwang. Eine Impfpflicht würde die zweifelnden Menschen nur weiter abschrecken.“ Das bestätigten Untersuchungen von Prof. Dr. Cornelia Betsch, wonach eine Impfpflicht die Bereitschaft für weitere freiwillige Impfungen deutlich senkt. Die Psychologin von der Universität Erfurt warnte: „Es gibt keine Evidenz für ein besseres Resultat bei Zwang. Und freiwillige Impfungen werden dann als weniger wichtig betrachtet.“ Betsch kritisierte allerdings: „Impfen ist in Deutschland nicht einfach genug und muss besser kommuniziert werden.“ Ebenso plädierte Dr. Martin Lang dafür, die Impfpflicht nur als „ultima ratio“ einzusetzen. Der Vorsitzende des bayerischen Landesverbandes der Kinder- und Jugendärzte mahnte, Masern nicht als Kinderkrankheit zu titulieren. Wegen großer Impflücken bei Jugendlichen und den 30- bis 50-jährigen, trete die Krankheit auch vermehrt bei Erwachsenen auf, teils mit höheren Komplikationsraten.

### Impfpflicht unverhältnismäßig

Laut den Freien Wählern sei Impfen zwar eine effektive Maßnahme zum Schutz vor ansteckenden Krankheiten. Doch eine Verpflichtung zur Masernimpfung sei aus zwei Gründen nicht notwendig. Einerseits wegen der gestiegenen Impfquote. „Zum anderen halten wir die Impfpflicht für Kinder vor dem KiTa-Besuch angesichts des hohen Anteils erwachsener Erkrankter für nicht problemlösend. Eine staatlich auferlegte Verpflichtung zum Impfen lehnen wir als unverhältnismäßig ab. Vornehmliches Ziel muss es daher sein, die Impfberatung zu intensivieren und auch auf das Erwachsenenalter auszudehnen“, sagte Susann Enders, gesundheitspolitische Sprecherin der Freien Wähler.

### Wie sicher sind die Stoffe?

Sie hinterfragte auch die Sicherheit der Impfstoffe. Professor Dr. Christian Bogdan von der Universität Erlangen verwies auf langwierige Zulassungsverfahren. Bei jährlich 35 bis 38 Millionen Impfungen in Deutschland gebe es nur bei 4.000 Impfungen Komplikationen.

Auf die Frage nach dem globalen Kontext durch den Abgeordneten Andreas Winhart (AfD) bekräftigte Bogdan, es müsse weltweit eine Durchimpfungsquote erreicht werden, die Tendenz der vergangenen 30 Jahre sei bereits sehr positiv. Der FDP-Abgeordnete Dr. Dominik Spitzer wollte ebenso wie Kerstin Celina von den Grünen wissen, ob es einen Monoimpfstoff für Masern in Deutschland gibt. Nach Auskunft der Fachleute existiert kein zugelassener Einzel-Impfstoff ausschließlich gegen Masern, sondern nur einen Dreifachimpfstoff gegen Masern, Mumps und Röteln. Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist das problematisch. So sieht der Staatsrechtler Professor Dr. Heinrich de Wall darin einen verstärkten Eingriff in die Grundrechte und nannte den Gesetzentwurf in diesem Punkt unklar und „nonchalant“ formuliert. Der Jurist stellte zudem fest, dass die Regelung keine Masernzwangsimpfung begründe, sondern eine Impfnachweispflicht gegen Masern. „Keiner

wird in Handschellen zum Arzt geschleift.“

### Impfpflicht verfassungswidrig?

Auch der Verein der Ärzte für individuelle Impfentscheidung stellte auf der Pressekonferenz am 12. Oktober in Berlin ein Gutachten vor, nach dem das geplante Masernschutzgesetz verfassungswidrig sei. So verletze es zentrale Grundrechte wie das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, das Elternrecht sowie die Berufsfreiheit und Gleichheitsrechte von Ärzten. Zudem enthalte es substanzuelle Unklarheiten, da es inhaltlich auf die STIKO-Empfehlungen (Ständige Impfkommission) verweise, ohne auszuführen, wie beispielsweise der Umfang der Impfung konkret definiert sei.

### Mehr Beratung

Die Experten im Bayerischen Landtag forderten mehr Monoimpfstoffe, auch um personalisierte medizinische Behandlung zu ermöglichen. Vor allem die Ärztevertreter verlangten den Ausbildungskatalog auszuweiten, mehr Zeit für die Impfberatung durch bessere Honorierung zu ermöglichen und allen Ärzten das Impfen zu gestatten. Betsch forderte, die Angebote stärker an die Lebensgewohnheiten der Zielgruppen anzupassen.

Krankenkassen sollten im Rahmen ihrer Präventionsaufgabe Jugendliche an die Vorsorgeuntersuchungen oder Erwachsene an ihre fälligen Impfungen erinnern. Gesundheitsämter könnten zudem als Orte für die Durchführung von Schutzimpfungen wieder stärker in Betracht gezogen werden, zumindest wenn es um die Schutzimpfung von Erwachsenen gehe. Die Vertreterin der Apothekerverbände, Cyntia Milz, bot eine Beteiligung der Apotheken an. Handlungsbedarf sahen die Experten auch bei der Digitalisierung. Sie sprachen sich übereinstimmend für einen digitalen Impfpass aus.

### Impfschäden

Die Bayerische Gemeindezeitung hat bei der regionalen Landesbehörde Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) zu den Versorgungsleistungen bei Impfschäden in Bayern nachgefragt. Die Höhe der Zahlungen für Impfschäden ist im vergangenen Jahr im Vergleich zu den Vorjahren leicht gesunken und betrug 11,6 Millionen Euro (2016: rd. 11,8 Mio. Euro / 2017: rd. 12,3 Mio. Euro). Sogenannte Rentenzahlungen wurden (Stand Juli 2019) an insgesamt 438 Versorgungsberechtigte ausgezahlt. Eine komplette Liste aller durch Impfungen verursachten Gesundheitsstörungen und Schädigungsfolgen oder ein Ranking der häufigsten Diagnosen liegen dem ZBFS nicht vor. Diese seien je nach Einzelfall zu bezeichnen und zu bewerten. Die Höhe der Zahlungen hänge laut ZBFS unter anderem vom anerkannten Grad der Schädigungsfolgen ab. Die Anerkennung eines „Autismus“ als Schädigungsfolge sei in den vorliegenden internen Statistiken nicht geführt. Auch Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern sind dem ZBFS nicht bekannt. Von 2001 bis 2017 wurden bei insgesamt 16 Fällen als Schädigungsfolge nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) ein „Guillain-Barré-Syndrom“ bzw. „Restbeschwerden nach Guillain-Barré-Syndrom“ anerkannt.

Anja Schuchardt

GZ

KOLUMNE  
Dr. Klemens GsellLiebe Leserinnen  
und Leser,

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat viele überrascht mit der Ankündigung bis Ende des nächsten Jahrzehnts den ÖPNV für alle mit einem symbolischen Preis von einem Euro pro Tag zu ermöglichen. Während andere lange daran zweifelten und die Kritik-Keule am Umsetzungszeitraum auspackten, wird in Bayern die Linie konsequent bearbeitet.

Der Münchener Bereich konnte als erster über eine große Unterstützung des Freistaates seine Ausbaupläne und



damit den ÖPNV günstig benutzen. Natürlich haben auch die Begünstigten der Schülerbeförderung den Vorteil, weitere Tarifzonen preiswert zu befahren. Zusammen mit den Studententickets, die es schon gibt, ist dieser Einstieg für die jungen Generationen ein wichtiger Schritt zur Nutzung des ÖPNV statt eigener Kraftfahrzeuge (Eltern-taxi oder Selbstfahrer). Ein starkes Argument für die klimafreundliche Mobilität und eine Nagelprobe auf das wirkliche Interesse der „Friday for Future“-Generation an der Verkehrswende.

Damit dieses großzügige Angebot des Freistaates umgesetzt werden kann, bedarf es noch der Zustimmung der Kommunen Nordbayerns, die auch mit einem erheblichen Finanzierungsanteil dabei sein müssen.

ÖPNV für alle bedeutet eine Belastung des Steuerzahlers und wird noch viele Verteilungsgespräche hervorrufen. Doch angesichts der Überfüllung auf den Straßen und den Einsparungspotenzialen im Verkehr dürfte diese politische Priorität Sinn machen.

Mit diesem Schritt ist aber der klare Auftrag verbunden, dass die operative Finanzierung des ÖPNV eine Aufgabe für alle staatlichen Ebenen sein wird und daher neben Kommunen und Freistaat auch vom Bund noch Gelder kommen müssen. Dann können auch weitere Generationen vom 1-Euro/Tag-Ticket profitieren.

Ihr Dr. Klemens Gsell

Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern  
Bürgermeister der Stadt Nürnberg

## ÖPNV für alle?

365-Euro-Ticket in Nordbayern für Schüler

eine Tarifreform angehen. Jetzt hat auch der Norden mit dem Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) seine Chance durch den Freistaat erhalten.

Eine Millionen-Spritze des Freistaates ermöglicht es dem VGN den beteiligten Kommunen den Vorschlag zu machen, für Schülerinnen und Schüler im gesamten Gebiet für einen Euro pro Tag den ÖPNV zu nutzen. Zunächst können die bislang nicht von der Schülerbeförderung profitierenden Jugendlichen



Bild: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Heimatpreis Südbayern:

## Kultur erlebbar machen

Mit dem „Heimatpreis Südbayern“ der Bayerischen Staatsregierung sind in München sechs Feste, Einrichtungen und kulturelle Brauchtümer ausgezeichnet worden. Preisträger sind die Ritterschaupiele Kiefersfelden e. V., der Verein zur Förderung der Furthmühle e. V., die Blaskapelle „Ochsentreiber“, die Zeitschrift „Schöner Bayerischer Wald“, das Augsburgische Hohe Friedensfest und die Führerinnen und Führer des Geoparks Ries.

Das Volkstheater Ritterschaupiele Kiefersfelden, das älteste Dorftheater Deutschlands, wurde 1618 gegründet und vereint seit nunmehr über 400 Jahren altbairische und tirolerische Theater-Tradition. Anfangs fanden die Theaterspiele im Freien statt oder in den Stuben der Häuser. Aufgeführt wurden in barocken Drehkulissen christliche Heiligen-Legenden- und Mysterien-Stücke. Den Standort des heutigen Theaterhauses gibt es seit 1833. Von da an wurden Ritterdramen gespielt.

### Faszinierende Technik

Die Furthmühle bei Egenhofen ist die letzte in Funktion befindliche Getreide- und Sägemühle im Landkreis Fürstentumbruck. Viele Elemente des Baus von 1828 funktionieren noch im ursprünglichen Zustand. Der Förderverein bewahrt die Mühlen-tradition und die damit verbundenen Bräuche. Faszinierende Technik wird hier für Jung und Alt erlebbar.

In der Tradition der bäuerlichen Tanzdemusik spielt die 1987 in Neustadt a. d. Donau gegründete Blaskapelle „Ochsen-

treiber“. Die Freizeitmusikanten wollen alte Stücke wieder zum Klingen bringen. Dafür durchforsten sie regelmäßig Veröffentlichungen des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege und Handschriften alter Musiker. Gepflegt wird eine lebendige und vielfältige Volksmusik.

Mit gut recherchierten, qualitativ hochwertigen Beiträgen will die seit 1978 alle zwei Monate erscheinende Zeitschrift „Schöner Bayerischer Wald“ den Kulturraum Bayerischer Wald ins Bewusstsein der Leser bringen. Die nicht an wirtschaftlichem Gewinn orientierte Zeitschrift trägt sich selbst. Die Autoren vermitteln mit ihren Beiträgen Heimatgefühl und werben gleichzeitig für den Bayerischen Wald als Erholungs- und Urlaubsregion.

Aus Anlass der Wiedererlangung der freien protestantischen Religionsausübung entstand 1650 das Augsburgische Friedensfest. Das heute bewusst überkonfessionell und interreligiös ausgerichtetes Friedensfest am 8. August ist ein zentrales gesellschaftliches Festereignis mit gegenwärtig über 60 Veranstaltungen, wie beispielsweise

der Friedenstafel oder dem Kinderfriedensfest. Das Fest wurde 2018 in das bayerische Landesverzeichnis und das bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen.

Eine geologische Besonderheit ersten Ranges und ein wichtiger Kulturraum ist der Geopark Ries mit Nördlingen im Zentrum. Der am besten erhaltene Einschlagkrater Europas entstand vor etwa 14,5 Millionen Jahren durch einen Meteoriteneinschlag. Das „Nördlinger Ries“ umfasst eine Fläche von 1.750 km<sup>2</sup>. Das Ries ist eine Schatzkammer der Vor- und Frühgeschichte. Die fachkundigen, eigens als Natur- und Landschaftsführer ausgebildeten Führerinnen und Führer teilen unermüdet ihr Wissen in den Bereichen Geologie, Natur und Landschaft sowie Besiedlungsgeschichte und Archäologie mit den zahlreichen Besuchern aus aller Welt.

### Assoziation mit dem Begriff bayerische Heimat

Mit der Frage „Was verbindet euch mit der Heimat Bayern?“ wurden im Rahmen einer kleinen Diskussionsrunde Rennrodlerin Natalie Geisenberger, Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber, Sternkoch Joachim Kaiser und Kabarettist Djan Asül konfrontiert. Dabei waren sich alle einig, dass es ein typisch bayrisches Gefühl ist, seine Wurzeln zu kennen, Gewohnheiten, Verständnis, Humor und Eigenarten zu haben. Die besondere Regionalität in Küche, Kultur, Sprache und Klima mache den Freistaat einzigartig.

Wie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Preisverleihung unterstrich, „fördert unsere Heimatpolitik gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land. Gleichzeitig möchten wir das kulturelle Erbe Bayerns mit seinen vielfältigen Bräuchen und Fertigkeiten, musikalischen Traditionen und Kulturlandschaften für die Zukunft gestalten und bewahren.“ Dazu brauche es Menschen, die ihre heimische Kultur pflegen und für andere Menschen erlebbar machen. „Denn Heimat ist nicht Kulisse, sondern aktive Beteiligungsmöglichkeit.“ **DK**

## Aufbruch in ...

(Fortsetzung von Seite 1)

uns diesem Wettbewerb stellen, um auch in der Zukunft an der Spitze zu stehen. Unser Land zögert.“ Bayern dürfe diesen Weg nicht gehen. Mit der Hightech Agenda Bayern soll die CSU zum „Pionier der Zukunft“ werden. Söder zufolge „ist es nicht unsere Aufgabe, Staub aufzuwirbeln, wir müssen langfristig Spuren hinterlassen und Chancen für die nächste Generation schaffen“. Als Beispiel nannte der CSU-Vorsitzende massive Investitionen in Intelligenz, eine Mittelstandsoffensive und die erste Hochschulreform seit 15 Jahren.

Unter dem Motto „Aufbruch in eine neue Zeit – CSU: Die Volkspartei des 21. Jahrhunderts“ wurde ein 75 Punkte umfassender Leitplanke zur Parteireform verabschiedet. Darin wird u.a. dafür geworben, mehr Frauen für die CSU zu gewinnen. „Besonders wollen wir Mandats- und Funktionsträger dazu auffordern, Frauen für die Partei zu begeistern. Auch unseren Ortsverbänden kommt bei der Gewinnung weiblicher Mitglieder eine entscheidende Rolle zu.“

### Frauen in die CSU-Gremien

Nach einer leidenschaftlichen Debatte beschloss der Parteitag schließlich eine moderate Ausweitung der Beteiligung von Frauen in den Gremien. Die bewährte Regelung für den Parteivorstand und für die Bezirksvorstände bleibt wie bisher. Die engeren Vorstände (Vorsitzender, stellvertretende Vorsitzende, Schatzmeister, Schriftführer, Digitalbeauftragter) müssen künftig auf Landes- und Bezirksebene mit Frauen und Männern paritätisch besetzt sein, auf Kreisebene ist diese paritätische Besetzung eine Soll-Regelung. In den Kreisvorständen sollen künftig 40 Prozent Frauen vertreten sein (Soll-Vorschrift). Allen Vorständen soll künftig ein stellvertretender Vorsitzender der jungen Generation angehören. Auf Bezirks- und Kreisebene kann dafür eine weitere Stellvertreterposition geschaffen werden.

Ohne Quote rückten auf dem Parteitag Katrin Albsteiger und Dr. Astrid Freudenstein, die Oberbürgermeisterkandidatinnen von Neu-Ulm und Regensburg, ins CSU-Präsidium auf. Albsteiger wurde zur Schatzmeisterin gewählt, Freudenstein zur Schriftführerin. Neu im Präsidium ist auch der Augsburger Landrat Martin Sailer: Er folgt auf Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, der bei den Kommunalwahlen 2020 nicht mehr als Rathauschef der Fuggerstadt kandidiert.

### Junge Eltern ins Parlament

Apropos Kommunen: Als kommunale Mandatsträger will die CSU nun verstärkt junge Eltern gewinnen, weshalb die Vereinbarkeit von kommunalem Mandat und Familie verbessert werden soll. Gefordert werden verbindliche Regelungen für die Geschäftsordnungen der Kommunalvertretungen zur kostenlosen Kinderbetreuung bzw. zur Erstattung der Kinderbetreuungskosten. Auch werden in Anlehnung an das Modell der Münchner CSU-Stadtratsfraktion Regelungen für den Mutterschutz kommunaler Mandatsträgerinnen angestrebt, die ohne Nachteile für die Gesamtkommune auskommen. Eltern mit Sitz in kommunalen Parlamenten sollen während der gesamten Elternzeit besser unterstützt werden, als dies bisher der Fall ist. „Familie darf kein Hemmnis sein für kommunalpolitisches Engagement“, heißt es im Leitplanke.

Da die CSU junge Menschen stärker für die Partei gewinnen will, wird 2020 mit einer breit angelegten Kampagne als Jahr

der Jugend in der CSU ausgerufen. Dabei wird beispielsweise ein Jungmitgliederwettbewerb innerhalb der CSU angelobt, der die Verbände mit den meisten neuen Jungmitgliedern im Jahr 2020 prämiiert und auf dem Parteitag ehrt. Außerdem wird es ein Innovationsbudget geben, das Veranstaltungsformate, die über die Mitgliederbasis hinaus junge Menschen erreichen, finanziell unterstützt.

### CSU-Großstadtoffensive

Bayern ist heute gerade in den verdichteten Regionen vielfältiger geworden und hat sich verändert. Da bürgerliche Überzeugungen und neue Lebensstile aber keinen Gegensatz darstellen, will die CSU eine Großstadtoffensive starten. Geplant ist ein Forum „Urbanes Leben“, das die Themen und Herausforderungen in den Ballungsräumen aufgreift und in moderne Großstadtpolitik gießt.

Darüber hinaus sollen die Ortsverbände gestärkt und noch besser unterstützt werden, „denn hier beginnt die Mitmachpartei CSU“. Oberstes Ziel bleibe, flächendeckend mit Ortsverbänden

der CSU, der Jungen Union und der Frauen-Union über ganz Bayern hinweg vertreten zu sein. Wo dies nicht der Fall ist, werde eine Gründungsinitiative gestartet. Über einen Leitplanke für „starke Ortsverbände“ sollen Beispiele geteilt werden, wie die Handlungsfähigkeit der Ortsverbände gestärkt werden kann. Ergänzend sollen Schulungsangebote ausgebaut und Wettbewerbe ausgerufen werden, die die Ortsverbände motivieren.

Ferner ist beabsichtigt, eine Öffnungsmöglichkeit in der Satzung zu schaffen, die es den zuständigen Vorständen erlaubt, für kommunale Aufstellungsversammlungen vom delegiertenbasierten System zur Mitgliederversammlung zu wechseln. Bei kommunalen Ämtern sei ein Mehr an Mindestbestimmungen aufgrund der noch stärkeren Personenbindung sinnvoll und hinsichtlich des Einzugsgebiets in der praktischen Umsetzung weiterhin handhabbar, heißt es.

In Orts- und Kreisverbänden sollen analog zu Schatzmeistern oder Schriftführern bald Digitalbeauftragte gewählt werden. „Damit wollen wir eine ganz andere Tiefen- und Breitenwirkung erzielen“, machte Parteichef Söder abschließend deutlich. **DK**

## Erwartungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

gänzte: „Auch die Anwesenheit und Wertschätzung zahlreicher Mandatsträger in Spitzenämtern aus der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik zeigt beispielhaft die Bedeutung von Deutschlands führender Messe für Städte und Gemeinden.“

Die Themenvielfalt vor Ort reichte von IT-Lösungen für die Verwaltung über solarbetriebene Straßenleuchten bis hin zum Sortiment für Elektromobilität. Neben der Produktschau warteten im Rahmenprogramm zahlreiche weitere Highlights. Darüber hinaus boten die Ausstellereinfachoren spannendes Praxiswissen aus erster Hand.

### Der kommunale IT-Profi

Weiterer Höhepunkt war die zweite Ausgabe der Auszeichnung zum ‚kommunalen IT-Profi‘. In diesem Jahr erhielten die fünf prämierten IT-Spezialisten Alexander Krauss (Jahnsdorf/Sachsen), Michael Lodes (Schwabmünchen), Wolfgang Hummel (Wolfrauthausen), Claus Hofmann (Landkreis Traunstein), und Markus Minini (Dortmund) nicht nur auf der Kommunalebene eine Bühne, sondern wurden einen Tag vor Messebeginn im Rahmen eines Staatsempfangs von Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann geehrt.

Herrmann zufolge hat sich die Kommunale seit ihrer Erstveranstaltung im Jahr 1999 von einer Fachmesse zur bundesweit führenden Kommunalmesse im zweijährigen Turnus entwickelt. Sie biete einen Treffpunkt, um vielfältige Kontakte zu knüpfen und sich mit Kollegen über wichtige Zukunftsthemen auszutauschen. Ihr wachsender Erfolg zeige sich unter anderem auch an den steigenden Ausstellerzahlen, die sich in den vergangenen 20 Jahren verdreifacht haben. „Auf der Kommunale entstehen innovative Ideen und vielfältige Ansätze, um unsere Städte und Gemeinden weiter nach vorne zu bringen und fit zu machen für die tägliche Arbeit in den Rathäusern“, stellte Herrmann fest.

### Vielfältige Sachthemen

Ebenfalls erfolgreich schloss der begleitende Kongress des Bayerischen Gemeindetags. In diesem Jahr ging es um aktuelle Themen wie die Beteiligung an Kommunalwahlen und mögliche

Handlungsfelder der Kommunen, Grundsteuerreform, Fördermittel des Staates für wasserwirtschaftliche Projekte, Gemeinden und Artenschutz, Wohnen im ländlichen Raum oder die Unterstützung des Freistaates zur Digitalisierung der Kommunen.

In seiner Eröffnungsrede zum Fachkongress plädierte Gemeindegeschäftspräsident Dr. Uwe Brandl für eine Rückkehr zu einer sachlichen Auseinandersetzung bei der aufgeheizten Diskussion um den richtigen Klimaschutz. „Verkehrsblokkaden und Schulschwänzen tragen keinen Millimeter zur Klimaretung bei, sondern heizen die aufgeregte Stimmung in der Bevölkerung nur noch weiter an. Eine noch tiefere Spaltung der Gesellschaft wird die Folge sein. Das Klimaschutzkonzept der Bundesregierung bereits zu zerreden, bevor es überhaupt beschlossen und umgesetzt ist, zeugt von Fundamentallopposition und Abkehr von demokratischen Spielregeln. Wir brauchen dringend eine Rückkehr zur sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema – und zu einer realistischen Betrachtungsweise, was staatliche und kommunale Stellen sowie der Einzelne für den Klimaschutz tun kann“, unterstrich Brandl.

### Die Zeichen der Zeit erkannt

Er wies darauf hin, dass Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte die Zeichen der Zeit längst erkannt und vielfach bereits vorbildhaft klimaschützende Maßnahmen eingeleitet haben. Als Beispiele nannte er die energetische Sanierung von Schulen, Kindergärten, Rathäusern und anderen kommunalen Gebäuden sowie die umweltgerechte Pflege kommunaler Grünanlagen und die Nichtverwendung von Glyphosat. „Wenn jeder bei sich selbst anfängt, seine eigene Lebensweise zu hinterfragen und am Klimaschutz auszurichten, wäre dem Klima mehr gedient, als durch spektakuläre, aber im Kern destruktive Aktionen im öffentlichen Raum.“

Mit Blick auf den grassierenden Meinungsstreit um den Flächenverbrauch stellte der Verbandpräsident die Frage: „Wer will sich schon am Flächenfraß und an der Heimatzerstörung beteiligen? Schon gar nicht die, die in ihren Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen sitzen und sich die Flugreise nach Mallorca auch bei deutlich höheren Kosten leisten können.“

Schlimm sei, so Brandl, dass niemand diese unglückliche Politik, die alles andere als sozial und fortschrittsbezogen ist, hinterfragt oder durchschaut. Dabei sei es doch ganz einfach: „Wer eine strikte Flächenbegrenzung von 5 Hektar pro Tag will, der multipliziert das mit 365 Tagen und teile das durch 13 Mio. Einwohner.“

### Vom Flächenverbrauch

Das ist dann das Jahresflächenkontingent pro Person. Multipliziert mit der Bevölkerung einer Kommune ergibt sich daraus das Jahresentwicklungskontingent einer Kommune. Eine 5.000 Einwohnerkommune hat damit ein Kontingent von maximal 7.500 qm. Das allerdings für alle bodenrelevanten Maßnahmen, egal, ob diese Bund, Land, ein Privater oder die Kommune durchführt. Dass dabei auch noch die aus einem Maisfeld umgewandelte Streuobstwiese verbrauchte Fläche ist, zeigt den Aberwitz dieses Ansatzes.“

Gleichzeitig werden Brandl zufolge mehr Radwegbau, mehr PV-Strom, mehr Kindertageseinrichtungen und mehr Wohnraum gefordert. Alles ohne Fläche oder mit Flächen, die den Kommunen nicht gehören (Stichwort Innenentwicklung). Würde sich ein derartiger Ansatz durchsetzen, sei nicht nur die kommunale Planungshoheit ad absurdum geführt. Wohnen und Wohlstandssicherung würden teurer und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wäre ein Ding der Unmöglichkeit.

Kritik übte der Gemeindegeschäftschef auch an der digitalen Entwicklung hierzulande. „Teilweise befinden wir uns da noch in der Steinzeit“, so Brandl. Der Bürger werde künftig erwarten, verschiedene Dinge von zu Hause aus erledigen zu können. „Und da muss am Schluss ein digitaler Bescheid stehen.“ Deutschland drohe auf diesem Gebiet im europäischen Vergleich langsam den Anschluss zu verlieren, gab der Präsident zu bedenken.

### Wertschätzung für das Amt

Was die zunehmend unsachliche Kritik und persönlichen Diffamierungen im Netz gegenüber Bayerns Bürgermeisterinnen und Bürgermeister angeht, meinte Brandl: „Das führt zu Frust bei den Betroffenen und erschwert die Suche nach geeigneten Kandidaten für das Amt des Rathauschefs.“ Die Rathauschefs halten aus seiner Sicht sachliche Kritik durchaus aus und könnten getroffene Entscheidungen gut begründen und erklären. Aber ungerechtfertigte Shitstorms und persönliche Attacken – teilweise bis in die Familien hinein – seien nicht akzeptabel. Die bayerischen Bürgermeister hätten mehr Wertschätzung für ihre verantwortungsvolle und teilweise aufreibende Arbeit verdient – „insbesondere vor dem Hintergrund, dass viele von ihnen ehrenamtlich tätig sind, was in der aufgeheizten Diskussion oft gerne vergessen wird“, hob Brandl hervor.

### 1000 Schulen für die Welt

Über die globale nachhaltige Entwicklung und die Rolle der Kommunen sprach Dr. Gerd Müller, MdB, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Er zeigte sich überzeugt, dass Entwicklungspartnerschaften mit Städten und Gemeinden in Krisen- und Entwicklungsländern einen deutlichen Mehrwert besitzen. Bundesweit existierten inzwischen 950 solcher Partnerschaften, in den nächsten beiden Jahren soll die Zahl verdoppelt werden. Unterstützt werden die Orte in Asien, Afrika und dem Nahen Osten bei der Wasserversorgung und Müllbeseitigung.

## Gesundheit und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

20.000 Einwohnern niederlassen, die nicht überversorgt sind. Bei Kinder- und Jugendpsychiatern liegt die Grenze bei 40.000 Einwohnern.

Als weitere Säule des Förderprogramms wird auch das Stipendienprogramm bestens angenommen. Bislang konnten über 220 Medizinstudierende mit einem Stipendium unterstützt werden. Im Gegenzug verpflichten sich die Studierenden, nach ihrem Studium eine bestimmte Zeit im ländlichen Raum als Arzt tätig zu sein. Ein gutes Stück vorangekommen ist der Freistaat ebenso im stationären Bereich, wie die Ministerin berichtete. Aktuell sei der Krankenhausförderetat um 140 Millionen Euro kräftig angehoben worden.

### Zukunft Geburtshilfe

Auf Humls Initiative beschloss das bayerische Kabinett zudem ein „Zukunftsprogramm Geburtshilfe“, das einen Schwerpunkt auf die Unterstützung der Kommunen bei der Sicherstellung der geburtshilflichen Hebammenversorgung legt.

So können Landkreise und kreisfreie Städte bereits seit 2018 für jedes neugeborene Kind eine Förderung von bis zu 40 Euro erhalten. Dieses Geld können sie dann für geeignete Maßnahmen zur Verbesserung und Stärkung der Hebammenversorgung in Geburtshilfe und Wochenbettbetreuung einsetzen. Der Kostenansatz hierfür beläuft sich insgesamt auf fünf Millionen Euro jährlich.

Darüber hinaus können bereits freiberuflich in der Geburtshilfe tätige Hebammen in Bayern einen Hebammenbonus in Höhe von jährlich 1.000 Euro beantragen, wenn sie mindestens vier Geburten im Jahr betreuen. Anspruchsberechtigt sind neben freiberuflichen Hebammen auch angestellte Hebammen, wenn diese neben ihrer Festanstellung noch freiberuflich in der Geburtshilfe tätig sind.

Zudem wurde im bayerischen Koalitionsvertrag ein Gründerpaket für Hebammen vereinbart, um diese bei der Niederlassung in Bayern zu unterstützen. Hebammen können dementsprechend seit 1. September 2019 eine einmalige Unterstützung in Form einer Niederlassungsprämie in Höhe

von 30.000 Euro beantragen, wenn sie eine freiberufliche Tätigkeit in Bayern aufnehmen und sich niederlassen. „Beim Thema Pflege ist es ein wichtiges Ziel, ausreichend Personal zu gewinnen. Ein Baustein ist dabei die Umsetzung des neuen Pflegeberufgesetzes in Bayern“, fuhr Huml fort. Die bisherigen Ausbildungen in der Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege seien zu einer generalistischen Ausbildung zusammengelegt worden. Künftig schränke also auch der Ausbildungsort – ob Krankenhaus, Altenheim oder ambulanter Pflegedienst – die Berufswahl später nicht mehr ein. Zudem setzt sich die Staatsregierung für eine bessere Bezahlung von Pflegekräften und die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums ein.

Auch habe man die Menschen im Blick, die Angehörige zu Hause pflegen. Damit sie sich gelegentlich eine Auszeit gönnen können, werde eine ausreichende Zahl an Kurzzeitpflegeplätzen benötigt. Bei der Schaffung und Modernisierung stationärer Pflegeplätze werde das neue Investitionskostenförderprogramm greifen, für das im Doppelhaushalt rund 120 Millionen Euro veranschlagt sind.

Derzeit sind in Bayern rund 160.000 Personen in der Langzeitpflege beschäftigt, davon aber nur knapp ein Drittel in Vollzeit. Die Ministerin geht von einem steigenden Bedarf in den kommenden Jahren aus. Dieser wird gerade im Rahmen einer Studie ermittelt. Aktuell leben im Freistaat rund 400.000 Pflegebedürftige, der größere Teil von ihnen wird zu Hause betreut.

### Pflege, ein weites Feld

„Beim Thema Pflege ist es ein wichtiges Ziel, ausreichend Personal zu gewinnen. Ein Baustein ist dabei die Umsetzung des neuen Pflegeberufgesetzes in Bayern“, fuhr Huml fort. Die bisherigen Ausbildungen in der Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege seien zu einer generalistischen Ausbildung zusammengelegt worden. Künftig schränke also auch der Ausbildungsort – ob Krankenhaus, Altenheim oder ambulanter Pflegedienst – die Berufswahl später nicht mehr ein. Zudem setzt sich die Staatsregierung für eine bessere Bezahlung von Pflegekräften und die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums ein.

Auch habe man die Menschen im Blick, die Angehörige zu Hause pflegen. Damit sie sich gelegentlich eine Auszeit gönnen können, werde eine ausreichende Zahl an Kurzzeitpflegeplätzen benötigt. Bei der Schaffung und Modernisierung stationärer Pflegeplätze werde das neue Investitionskostenförderprogramm greifen, für das im Doppelhaushalt rund 120 Millionen Euro veranschlagt sind.

Derzeit sind in Bayern rund 160.000 Personen in der Langzeitpflege beschäftigt, davon aber nur knapp ein Drittel in Vollzeit. Die Ministerin geht von einem steigenden Bedarf in den kommenden Jahren aus. Dieser wird gerade im Rahmen einer Studie ermittelt. Aktuell leben im Freistaat rund 400.000 Pflegebedürftige, der größere Teil von ihnen wird zu Hause betreut.

### Landespflegegeld

Ein wichtiger Bestandteil des Pflegepakets der Bayerischen Staatsregierung ist das Landespflegegeld, das seit 1. Oktober 2019 vom Bayerischen Landesamt für Pflege zum zweiten Mal ausgezahlt wird. Huml zufolge werden bis Mitte Oktober rund 260.000 Bürger, an die das Bayerische Landespflegegeld bereits im Jahr 2018 erstmalig ausbezahlt wurde, den Betrag von 1.000 Euro ein weiteres Mal erhalten. Zudem werden rund 30.000 bereits eingegangene Neuanträge für das Pflegegeldjahr 2018/2019 ausbezahlt. Die enorm positive Resonanz zeige, dass die Entscheidung für das Landespflegegeld richtig gewesen sei. Insgesamt gebe es mehr als 300.000 Anträge.

Weiterhin groß ist auch das Interesse am Förderprogramm „Gesundheitsregionen plus“: Das Erfolgsrezept liegt aus Humls Sicht darin, dass Städte und Landkreise passgenaue Lösungen für die örtliche Gesundheitsversorgung und Prävention entwickeln können. Gibt es Versorgungsprobleme in der Region, können die „Gesundheitsregionen plus“ die maßgeblichen Akteure über die Sektorengrenzen hinweg zusammenbringen, um so eine maßgeschneiderte Lösung für die Region zu entwickeln. Das Gesundheitsministerium fördert Landkreise und kreisfreie Städte, die „Gesundheitsregionen plus“ bilden. Bei der Gründung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) werden die Kommunen künftig mit einem neuen praxisnahen Leitplanke unterstützt, teilte die Ministerin auf Nachfrage mit. Da es in den nächsten Jahren einen erhöhten Nachwuchsbedarf sowohl bei den Hausärzten als auch bei den Fachärzten gebe, „müssen wir neue Wege gehen, um die Patienten auch in Zukunft optimal und ortnah zu versorgen“.

Vorreiter sei hier Neumarkt in der Oberpfalz, das sich nunmehr „Hauptstadt des Fairen Handels 2019“ nennen darf. Damit gewann zum ersten Mal eine Kommune aus Bayern den Titel. Der Wettbewerb zeichnet seit 2003 Kommunen aus, die sich für den Fairen Handel und Faire Beschaffung einsetzen. **DK**

## Hilfe für Geflüchtete bei der Job- und Ausbildungssuche

Interview mit einem Fallmanager anlässlich der Aktionswoche der kommunalen Jobcenter

Lukas Spies ist seit Oktober 2017 im Jobcenter Landkreis München als Fallmanager für junge Menschen unter 25 Jahren tätig. Er betreut Menschen mit Fluchthintergrund.

**Welches Beispiel gelungener beruflicher Integrationen fällt Ihnen als erstes ein?**

Spies: Vor drei Jahren floh eine inzwischen 19-jährige Frau aus dem Iran nach Deutschland. Dieses Jahr beginnt sie eine Ausbildung in einem Altenpflegeheim. Mit dem Gehalt kann sie ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Mir fallen aber auch viele andere Beispiele von Geflüchteten ein, die mittlerweile eine Ausbildung absolvieren – sowohl in klassischen Berufen wie beispielsweise als Friseur/-in oder in der Gastronomie, oder auch in exotischeren Berufen wie etwa als Rolladen- und Sonnenschutzmechaniker.

**Worauf müssen Sie bei der Betreuung Ihrer Zielgruppe besonders achten?**

Spies: Deutschkenntnisse sind zentraler Baustein zur Eingliederung in jede Arbeit und ganz besonders zur Integration in jede Ausbildung.

**Wie viele Schritte sind erforderlich bis Jugendliche mit Migrationshintergrund eine Ausbildung aufnehmen können?**

Spies: Die Planung der Eingliederungsschritte ist immer individuell, abhängig von der Ausgangslage. Viele sind noch im Schulalter, so dass sie neben dem Deutschlernen auch einer klassischen Schulbildung nachgehen.

Häufig stellen sich erst einmal die ganz grundsätzlichen Fragen zum deutschen Ausbildungssystem, zum Stellenmarkt oder zum Bewerbungsverfahren. Während die Jugendlichen theoretische Kenntnisse erwerben, ist es zudem wichtig, dass sie sich insbesondere auch praktisch orientieren, um die richtige Ausbildung für sich zu finden.

**Mit welchen Institutionen arbeiten Sie zusammen?**

Spies: Wir unterstützen die Jugendlichen ganzheitlich. Je nach Einzelfall können hier die verschiedensten Institutionen zum Tragen kommen. Gegebenenfalls müssen zum Beispiel ausländische Schulzeugnisse oder Berufsabschlüsse von den entsprechenden Ämtern oder Kammern anerkannt werden.

Natürlich haben wir auch Kontakt zu den Schulen und der Be-

rufungsberatung der Agentur für Arbeit. Des Weiteren bekommen manche Jugendliche auch Unterstützung durch beauftragte soziale Träger oder durch die Jugend- und Familienhilfe des Jugendamts.

**Können die jungen Menschen mit Ausbildungen, die sie beginnen, zur Behebung des Fachkräftemangels beitragen?**

Spies: Definitiv. Allein schon das anfangs genannte Beispiel mit der Ausbildung zur Altenpflegerin – einem absoluten Mangelberuf – zeigt, welches Potenzial hier liegt. Dies gilt selbstverständlich auch für Bereiche wie Erzieher/-innen oder auch Informatiker/-innen.

**Haben ihrer Einschätzung nach die Jugendlichen eine langfristige Perspektive bei den Ausbildungsberufen?**

Spies: Meiner Einschätzung nach bietet eine Ausbildung den Jugendlichen die besten Chancen für eine langfristige Perspektive. Hierbei gilt es natürlich bei den Menschen mit Fluchthintergrund zu beachten, dass sie immer von der politischen bzw. öffentlichen Wahrnehmung abhängig sind. Allein schon die aufenthaltsrechtlichen Regelungen sind hierbei existenziell.

**Welche Erfahrungen machen Sie in der Beratung und Betreuung der jungen Menschen, die aus den unterschiedlichen Kulturen kommen?**

Spies: Ich merke wie wahnsinnig wichtig es ist, dass beide Seiten offen füreinander sind. Zum einen muss den jungen Menschen eine echte Chance gegeben werden und zum anderen müssen sie diese Chance auch nutzen und aktiv verfolgen.

Ein tolles Beispiel hierfür ist ein junger Mann, den ich seit einiger Zeit betreue. Er ist Mitglied der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr an seinem Wohnort geworden. Dieses ehrenamtliche Engagement wird belohnt, indem er bei alltäglichen Aufgaben und Fragestellungen tolle Unterstützung durch seine Kameradinnen und Kameraden erhält.

**Was schätzen Sie als Fallmanager daran, in einem kommunalen Jobcenter zu arbeiten?**

Spies: Der Mix an verschiedensten Herausforderungen so-

wie damit verbunden die Freiheit, mich für die Belange der Menschen einzusetzen.

Die Eingliederung des kommunalen Jobcenters in den Verwaltungsbetrieb des Landratsamts erleichtert die Arbeit des Jobcenters erheblich. Viele Ansprechpartner in anderen Verwaltungsbereichen des Landratsamts sind in demselben Gebäude untergebracht, so ist die Kommunikation viel einfacher.

Der Kontakt mit den Gemeinden und Städten im Landkreis München und dort angesiedelten Stellen bildet ein natürliches Netzwerk, dessen sich das Jobcenter als Teil der Landkreisverwaltung einfach nur zu bedienen braucht. Das Jobcenter kann als Organisationseinheit innerhalb des Landratsamts auf kreispolitische Entscheidungen Einfluss nehmen und bestimmte Entwicklungen und Projekte anschieben. So macht das Landratsamt München tatsächliche Arbeitsmarktpolitik, ganz nah am Bürger. □

## GZ-BreitbandForum am 14. 11.

Tagungsort: Stadthalle Gunzenhausen

Zum 7. Bayerischen Breitbandforum lädt die Bayerische Gemeindezeitung am 14. November 2019 in Stadthalle Gunzenhausen ein. Ziel ist es, den Fachbesuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung und neueste Beispiele auf dem Weg in die Digitalisierung aufzuzeigen sowie Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen. Ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Nur wenn ausreichend Bandbreite, also Übertragungsgeschwindigkeit, vorhanden ist, kann über neue digitale Dienstleistungen einer Kommune nachgedacht werden. Als Partner konnten wir das ZD.B – Zentrum Digitalisierung Bayern gewinnen und bieten unseren Besuchern einen Themenraum „Smart Regions Bayern“ an.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei.

Information und Anmeldung:  
[www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

## Landshut ist Vorbild für Afrika

bfz Landshut unterstützt äthiopische Gartenbauwirtschaft

Landshut. Eine Delegation des Verbands der exportierenden Gartenbauwirtschaft (EHPEA) aus Äthiopien hat sich bei einem dreitägigen Aufenthalt in Landshut unter der Regie des beruflichen Fortbildungszentrums (bfz) der bayerischen Wirtschaft über berufliche Aus- und Weiterbildung informiert.

Neben Workshops zum Aufbau von Organisations- und Verwaltungsstrukturen, zur Entwicklung von Lehrinhalten und zur Vermarktung von Fortbildungskursen besuchte die Gruppe um EHPEA-Geschäftsführer Tewodros Zewdie auch das Agrarbildungszentrum am Lurzenhof. Außerdem tauschten sich die Delegationsmitglieder gemeinsam mit bfz-Leiterin Ingrid Schmidt und bfz-Projektleiter Torsten Schultheiß bei ei-

ruflichen Bildungswesen haben wir noch Nachholbedarf. Wir wollen moderne Strukturen für Aus- und Fortbildung etablieren, die von der Wirtschaft getragen werden, um die Leistung und die Ergebnisse unserer Branche noch besser zu machen.“

Oberbürgermeister Putz lobte das Engagement des bfz und der afrikanischen Gäste: „Der entscheidende Punkt für erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit ist, die Wirtschaft in Afrika zu stärken. Nur praktische Hilfe zur Selbsthilfe ist langfristig sinnvoll für den Kontinent und die Menschen. Wir freuen uns sehr, dass Landshut mit Ingrid Schmidt und dem bfz-Team einen großen Beitrag dafür leisten kann.“ □

## Bayerisches FachkräfteForum

Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund

Mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Integrationsministeriums und dem Bayerischen Landkreistag organisieren MigraNet – IQ Netzwerk Bayern und Bayerische Gemeindezeitung in jedem Regierungsbezirk Fachforen, die dabei helfen sollen, den aktuellen Fachkräftemangel teilweise durch die Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund zu mildern.

Die Veranstaltungsreihe, die in enger Kooperation mit den jeweiligen Kommunen stattfindet, ermöglicht die gezielte Kommunikation relevanter Akteure vor Ort mit ausgewiesenen Fachleuten. Das Thema Fachkräfteeinwanderung sowie die Chancen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes werden ebenso erläutert wie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Spracherwerb und Arbeitsrecht.

Die Tagungen richten sich jeweils an Arbeitgeber, Personalverantwortliche, Betriebs- und Personalräte und Verantwortliche in den Kommunen. Die erste Veranstaltung hierzu findet am 11. November um 17.00 Uhr im Landratsamt des Landkreises WUG in Weißenburg statt.

Infos: [www.migranet.org](http://www.migranet.org) · [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)  
Programm und Anmeldungen für den 11. 11. 2019 unter:  
[www.altmuehlfranken.de/fachkraeffteforum](http://www.altmuehlfranken.de/fachkraeffteforum). □



Sie wollen sich gemeinsam für humanitäre Projekte engagieren: Landrat Thorsten Freudenberger mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus dem Landkreis Neu-Ulm. Bild: Jürgen Bigelmayr / Landratsamt Neu-Ulm

## Im Kleinen handeln und Großes verändern

Landkreis Neu-Ulm will Spenden für humanitäre Hilfe in Entwicklungsländern sammeln

„Im Kleinen handeln, um Großes zu verändern.“ Nach dieser Devise möchte sich der Landkreis Neu-Ulm in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren. Der Landkreis will mit Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Organisationen beispielsweise Spenden für den Bau und die Ausstattung von Schulen in armen Ländern sammeln.

Vorbild für ein derartiges Projekt könnte die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ sein. Hinter dieser Aktion stehen die drei deutschen kommunalen Spitzenverbände, Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller und Stefan Rößle, Landrat des Landkreises Donau-Ries, von dem die Idee stammt.

Bedürftigen Menschen im globalen Süden soll durch Bildung eine Zukunft in ihrer Heimat

ermöglicht werden. Mit Geld- und Sachspenden für den Aufbau und Ausbau von Schulen können für Kinder und Jugendliche Perspektiven vor Ort geschaffen werden. Dabei soll sich die Hilfe nicht auf Afrika beschränken, sondern auch entwicklungschwache Staaten wie Moldawien oder Rumänien umfassen. Beide Länder sind wie Ulm und Neu-Ulm Donau-Anrainer.

Gut ein Dutzend Vertreterin-

nen und Vertreter von Institutionen und Organisationen kamen zu einem ersten Vernetzungstreffen zusammen, bei dem das gegenseitige Kennenlernen im Mittelpunkt stand. Im November wird eine zweite Sitzung stattfinden. Bis dahin soll ein Konzept für das gemeinsame Hilfsprogramm entstehen. Dieses bildet die Grundlage für eine ausführliche Beratung und das weitere Vorgehen. „Auf keinen Fall sollen bereits bestehende Initiativen unter unserem Vorhaben leiden“, versicherte Landrat Freudenberger. Vielmehr ist ein Schulterschluss wichtig, um gemeinsam zu helfen. □

»ENERGIEEFFIZIENZ  
IN KOMMUNEN:  
JETZT BERATEN  
LASSEN!«

Mehr Informationen auf [machts-effizient.de](http://machts-effizient.de)

DEUTSCHLAND  
MACHT'S  
EFFIZIENT.

 Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie



v. l.: Dr. Manfred Gößl, Dr. Rolf-Dieter Jungk, Staatsminister Joachim Herrmann, Staatsminister Hubert Aiwanger, Staatsministerin Kerstin Schreyer, Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo, Dr. Christof Prechtel, Franz Xaver Peteranderl, Ralf Holtzwardt  
Bild: StMAS/Alexander Göttert, PLAN-BILD

## Allianz für starke Berufsbildung in Bayern wird fortgeschrieben

Alle Partner bekennen sich zur Stärkung des dualen Ausbildungssystems

Eine Chance für jedes Talent! Das ist seit fünf Jahren die Maxime der „Allianz für starke Berufsbildung in Bayern“. Jeder junge Mensch, der eine Ausbildung anstrebt und die Fähigkeiten besitzt, soll dazu die Möglichkeit erhalten. Dies unterstützen die Allianzpartner unter Federführung des Bayerischen Arbeitsministeriums erfolgreich mit zahlreichen Maßnahmen. Allerdings ändern sich die Anforderungen und der Ausbildungsmarkt ist einem stetigen Wandel unterworfen. Heute wird in einigen Berufen händelndem Nachwuchs gesucht und die Digitalisierung bringt neue Herausforderungen mit sich. Zeit also, die Allianzvereinbarung neu zu justieren, fortzuschreiben und zukunftsorientiert aufzustellen. Dazu haben sich heute alle Partner getroffen und die neue Vereinbarung unterzeichnet.

Bayerns Arbeitsministerin Kerstin Schreyer: „Wir brauchen nicht nur Hirnwerker, sondern auch Herzwerker und Handwerker. Deshalb mein Appell: Nicht nur rein in die Unis, sondern rein ins praktische Leben. Um die Berufliche Bildung zu stärken und so die Fachkräfte der Zukunft zu sichern, haben wir uns in Bayern frühzeitig gemeinsam auf den Weg gemacht. Die ‚Allianz für starke Berufsbildung in Bayern‘ hat sich dabei als Dachmarke etabliert.“

[www.boby.bayern.de](http://www.boby.bayern.de)

Eine Berufsausbildung muss sich nicht hinter der akademischen Bildung verstecken. Sie bietet genauso Aufstiegschancen und Karriereperspektiven. Für alle, die noch gar nicht wissen, wo die berufliche Reise hingehen soll, bietet unsere Internetplattform BOBY unter [www.boby.bayern.de](http://www.boby.bayern.de) alle Informationen rund um die Ausbildung. Dieses Angebot werden wir mit unseren Partnern weiterentwickeln. Mit dem Förderprogramm ‚Fit for Work‘ können Betriebe einen Zuschuss erhalten, die leistungsschwächeren Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen oder junge Menschen in einem Teilzeitausbildungsverhältnis beschäftigen. Denn wir wollen alle Potenziale nutzen, vor allem auch diejenigen, die dafür Unterstützung benötigen.“

### Gleichwertigkeit

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „80 Prozent der dringend benötigten Fachkräfte sind beruflich qualifizierte. Daher ist die Allianz so wichtig. Mit ihr wird die berufliche Bildung gestärkt. Wir müssen ein Umdenken in der Gesellschaft erreichen: Jedem muss die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung bewusst

sein, die sich die berufliche Bildung für jedes Talent zum Ziel setzt.“

### Starke Säule im bayerischen Bildungswesen

Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazzolo: „Die berufliche Bildung in Bayern ist eine starke Säule im bayerischen Bildungswesen. Unsere berufliche Bildung ist weltweit ein Exportschlagwerkzeug, weil sie unsere jungen Menschen so gut auf den Arbeitsmarkt vorbereitet: Wir haben in Bayern die niedrigste Jugendarbeitslosenquote in ganz Europa. Wir halten daher an unserem Grundsatz fest, dass berufliche Bildung und akademische Bildung gleichwertig sind. Mit der Allianz für starke Berufsbildung in Bayern stärken wir die berufliche Bildung noch weiter. Zusammen mit unseren Partnern engagieren wir uns in gemeinsamen Initiativen und Projekten. Im dualen System der Berufsausbildung bereiten wir unsere Fach- und Nachwuchskräfte auf die Anforderungen einer vernetzten ‚Wirtschaft 4.0‘ vor. Wir gleichen die technische Ausstattung unserer Berufsschulen an reale Industriestandards an, entwickeln neue, innovative Ausbildungsangebote und bilden unsere Lehrkräfte gezielt fort. Auch in der digital geprägten Arbeitswelt ist die berufliche Bildung in Bayern ein Garant für die erfolgreiche Ausbildung unserer jungen Menschen. Ganz besonders richtet sich unser Augenmerk aktuell auf eine gute Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den Ausbildungsstellenmarkt und auf die berufliche Teilhabe und Inklusion von Jugendlichen mit Behinderung.“

### Berufliche Bildung für jedes Talent

Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann: „Es ist mir als Integrationsminister ein besonderes Anliegen, junge Menschen mit Migrationshintergrund in den Ausbildungsstellenmarkt zu integrieren. Denn eine abgeschlossene Berufsausbildung ist für junge Menschen mit Migrationshintergrund das Sprungbrett in unsere Gesellschaft. Arbeit ist neben der Sprache der wichtigste Schlüssel für gelingende Integration. Wer arbeitet, kann sich eine eigene Existenz aufbauen und ist unabhängig von staatlichen Sozialleistungen. Daher treten wir als Bayerisches Integrationsministerium der Allianz

## Bayern bleibt Industrieland

Staatsminister Hubert Aiwanger stellt im Landtag die bayerische Industriestrategie vor

Staatsminister Hubert Aiwanger hat im Wirtschaftsausschuss des Landtags die bayerische Industriestrategie vorgestellt. Aiwanger: „Bayern bleibt Industrieland. Wir haben einen hochwertigen Instrumentenkasten, mit dem wir für optimale Standortbedingungen sorgen, zur Modernisierung des industriellen Kerns im Freistaat beitragen sowie die Chancen von Zukunftstechnologien in Bayern nutzen werden.“

Vor den Abgeordneten des Wirtschaftsausschusses erläuterte Aiwanger die vier Handlungsfelder der bayerischen Industriestrategie: 1. Digitalisierung stärken, 2. Neue Industrien entwickeln, 3. Produktion erhalten sowie 4. Bezahlbare Energieversorgung gewährleisten.

**1. Digitalisierung stärken:** Mit dem Digitalbonus sowie Startup-Fördermaßnahmen wie der Initiative Gründerland Bayern unterstützt das Wirtschaftsministerium den Mittelstand und schafft gute Rahmenbedingungen für neue Unternehmen. „Dank industrienaher Kooperationsprojekte stärken wir die Erforschung und Entwicklung innovativer Lösungen in Zukunftsfeldern wie Künstliche Intelligenz, Autonomes Fahren oder E-Health“, erläuterte Aiwanger.

**2. Neue Industrien entwickeln:** Eine Bio-Ökonomiestrategie soll der bayerischen Industrie den Weg zu einer stärker nachhaltigen biobasierten Wirtschaft ebnet. Hinzu kommt eine Cluster-Offensive für Bereiche wie „Neue

Werkstoffe“ oder „Biotechnologie“. Aiwanger: „Mit unserem Zukunftsforum Automobil unterstützen wir auch die Automobilindustrie auf dem Weg in die Zukunft. Dabei sind wir offen für unterschiedliche Antriebstechnologien und senden starke Impulse wie die Gründung des Zentrums Wasserstoff. Bayern.“

**3. Produktion erhalten und zurückholen:** Das Wirtschaftsministerium unterstützt neue Technologien, um die Produktion im Freistaat noch attraktiver zu machen. „Wir fördern Forschungsprojekte mit Instrumenten wie der Zukunftsinitiative 3D-Druck, bauen die digitale Infrastruktur mit einer leistungsfähigen Mobilfunkversorgung aus in der Fläche aus, beschleunigen den Bürokratieabbau und setzen uns für offene Märkte ein“, unterstrich Aiwanger.

**4. Bezahlbare Energieversorgung gewährleisten:** „International wettbewerbsfähige Industriestrompreise sind ein integraler Bestandteil unserer Strategie“, betonte Aiwanger. Daher fordere Bayern die Neuausrichtung des Fördersystems zur Stärkung der erneuerbaren Energien und die zügige Umsetzung der Vorschläge der Kohlekommission wie die Senkung der Stromsteuer. In Bayern würden neue Investitionsanreize zur verstärkten Inbetriebnahme neuer Gaskraftwerke geschaffen. Zudem werde die Förderung für Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bis 2030 verlängert und die KWK-Forschung ausgebaut. □

ne Win-Win-Situation für Studentinnen und Studenten und die Unternehmen. Mit unserer Dachmarke ‚hochschule dual‘ sorgen wir für einen verlässlichen Rahmen für die hohe Qualität des dualen Studiums in ganz Bayern.“

### Fachkräftemangel führte zu Umdenken

Franz Xaver Peteranderl, Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT): „Lange wurde die Leistungsfähigkeit unseres dualen Ausbildungssystems geringgeschätzt und die vermeintlich zu geringe Akademikerquote hierzulande kritisiert. Der daraus resultierende Fachkräftemangel hat zu einem Umdenken geführt. Mit der ‚Allianz für starke Berufsbildung‘ machen wir deutlich, dass beruflich qualifizierte die Karriereleiter ganz nach oben klettern können. Das bayerische Handwerk freut ganz besonders, dass auch leistungsstarke Jugendliche bewusst in den Fokus genommen werden. Wir brauchen sie dringend als Führungskräfte von morgen und Unternehmer von übermorgen. Mit dem ‚Berufsabitur‘ oder dem ‚Verbundstudium‘ – der Verknüpfung von Berufsausbildung und Studium – verfügen wir über hervorragende Angebote.“

Dr. Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK): „Beruflich qualifizierte Fachkräfte sind das Fundament unseres starken Wirtschaftsstandorts. Um das System der Berufsausbildung beneidet uns die ganze Welt. Bayern ist bundesweit absolute Spitze bei den Ausbildungschancen für Jugendliche. Diesen Weg müssen wir fortsetzen.“

Dr. Christof Prechtel, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. betonte: „Berufliche Bildung hat für Fachkräftesicherung und für die bayerische Wirtschaft einen hohen Stellenwert. Auch künftig gilt es, die berufliche Bildung weiter zu stärken und als Marke weiter zu etablieren. Wir müssen die Möglichkeiten der Erstausbildung und der daran anschließenden Aufstiegsfortbildung und die Durchlässigkeit ins Hochschulsystem noch stärker aufzeigen. Denn wir brauchen auf allen Ebenen qualifizierten und leistungsstarken Nachwuchs. Daher setzen wir uns mit unseren Partnern bereits seit 2014 in der Allianz für starke Berufsbildung in

Bayern für eine weitere Stärkung der beruflichen Bildung ein.“

### Lebensbegleitende Berufsberatung

Ralf Holtzwardt, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit: „Der Ausbildungsmarkt in Bayern ist seit Jahren ein Bewerbermarkt. Und obwohl es viel mehr Ausbildungsstellen als Bewerber gibt, bekommen nicht alle einen Ausbildungsvertrag. Dabei ist jede unbesetzte Ausbildungsstelle von heute eine fehlende Fachkraft von morgen. Deshalb müssen wir gemeinsam mit allen Akteuren dafür sorgen, dass

auch die Jugendlichen einen Ausbildungsplatz finden, die nicht den idealtypischen Lebenslauf aufweisen. Deren Talente gilt es zu entdecken und zu fördern. Dabei besteht ein erhöhter Beratungsbedarf. Unsere Antwort ist die lebensbegleitende Berufsberatung. Angesichts der Transformation der Arbeitswelt bieten wir sowohl jungen Menschen als auch Erwachsenen Orientierung und Unterstützung über das gesamte Erwerbsleben hinweg. Zur Fachkräftesicherung beraten wir auch Arbeitgeber über alternative Besetzungsstrategien.“

Die aktualisierte Allianzvereinbarung steht im Internet unter [www.stmas.bayern.de/berufsbildung/allianz/](http://www.stmas.bayern.de/berufsbildung/allianz/) □

### Finanz- und Heimatminister Albert Füracker:

## Gemeinsam die Verwaltung von morgen gestalten

InnovationsLabs in den BayernLabs laden ein

Innovationen gelten als der Schlüssel für Wachstum, Fortschritt und Wohlstand. „Die hohe Lebensqualität und Leistungsfähigkeit des Standorts Bayern können wir nur erhalten, wenn wir auch in Zukunft ideenreich und fortschrittlich auf neue Herausforderungen reagieren. Dies gilt nicht nur für Unternehmen, sondern auch für die Verwaltung. Eine innovative und fortschrittliche Verwaltung ist für unser Zusammenleben, für unsere Heimat und damit für eine gute Zukunft wichtig. Machen Sie mit und gestalten Sie gemeinsam mit uns die Verwaltung von morgen“, appelliert Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, die neue Themeninsel ‚InnovationsLabs‘ in den BayernLabs zu besuchen. Dort können Sie sich zum Thema ‚Innovation in der Verwaltung‘ informieren und gemeinsam mit uns ein Neues Digitales Innovationsmanagement entwickeln.“ Die Aktion „InnovationsLabs“ läuft noch bis 14. Januar 2020. Standorte und Öffnungszeiten finden sich unter [www.bayernlabs.bayern.de](http://www.bayernlabs.bayern.de).

Das Neue Digitale Innovationsmanagement soll künftig die zentrale, digitale Teilnehmungsplattform des Freistaates Bayern darstellen, auf der jeder Bedienstete und jede Bürgerin bzw. jeder Bürger die Möglichkeit haben, seinen Arbeitsplatz bzw. die Verwaltung der Zukunft aktiv mit eigenen Ideen mitzugestalten. „Mit der Einrichtung von InnovationsLabs in den BayernLabs gehen wir völlig neue Wege. Es handelt sich um ein spannendes und innovatives Projekt, das so in der Bayerischen Staatsverwaltung bislang einzigartig ist“, freute sich Füracker. „Ihre Meinung ist uns wichtig und jeder kann mitmachen. Die Ergebnisse an den In-

novationsLabs fließen direkt in die weitere Konzeptionierung des Neuen Digitalen Innovationsmanagements ein.“ Alle weiteren Informationen finden sich unter [www.idee.bayern.de](http://www.idee.bayern.de).

Die Innovationskraft aller nutzbar zu machen, war ein sehr frühes Anliegen in Bayern. Bereits seit über 50 Jahren können Bedienstete des Freistaates Bayern Vorschläge zur Verbesserung der Staatsverwaltung im Rahmen des sogenannten Staatlichen Vorschlagswesens einbringen. Rund 20 Jahre lang gibt es diese Möglichkeit auch für alle Bürgerinnen und Bürger („Forum Bürgerengagement für Moderne Verwaltung“). Dadurch ist jeder in der Lage, Ideen zur Verbesserung der Staatsverwaltung in Bayern einzubringen.

Die BayernLabs sind für jedermann zugängliche offene Zentren für digitale Wissensbildung im ländlichen Raum. Gemäß dem Motto „Anschauen – Anpassen – Ausprobieren“ erwarten die Besucher dort Themen, Trends und Exponate rund um die fortschreitende Digitalisierung. In jedem Regierungsbezirk hat bereits mindestens ein BayernLab eröffnet. □



**Hanns Seidel Stiftung**

## KOMMUNALPOLITIK-SEMINARE

und Leitfäden zur Kommunalpolitik (Grundlagen, Baurecht, Haushalt, Rechnungsprüfung)



Besuchen Sie unser Themenportal Kommunalpolitik im Internet:

▶ [www.hss.de/kommunalpolitik](http://www.hss.de/kommunalpolitik)

Hanns-Seidel-Stiftung | Institut für Politische Bildung  
Lazarettstraße 33 | 80636 München | E-Mail: [ipb@hss.de](mailto:ipb@hss.de)

Mittelstands-Fitnessindex der Sparkassen:

## Umsatzwachstum und hohe Eigenkapitalquoten

„Der Mittelstand bleibt ein starkes Stück Deutschland. Er ist verlässlicher Arbeitgeber und der Stabilitätsanker unserer Wirtschaft. Die Unternehmen sind absolut wettbewerbsfähig, hervorragend in ihren Märkten platziert und gut gerüstet, um einem möglichen Abschwung entgegenzutreten“, unterstrich Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) bei der Vorstellung des S-Mittelstands-Fitnessindex in Berlin.

Laut Fitnessindex zeigen sich die mittelständischen Unternehmen Deutschlands von der aktuellen weltweiten Konjunkturertrübung weitgehend unbeeinträchtigt. Zwar sind die Wachstumserwartungen für das laufende Jahr und 2020 leicht rückläufig, die Unternehmensumsätze wachsen aber weiter.

Die aktuell gedämpften Geschäftsaussichten spiegeln sich am deutlichsten in den leicht rückläufigen Wachstumserwartungen für 2019 und 2020 wider. Die Unternehmensumsätze wachsen weiter, aber nicht mehr ganz so dynamisch. Sollte z. B. der Zollstreit völlig eskalieren oder der Brexit völlig unkontrolliert ablaufen, könnten deutlich schlechtere Entwicklungen resultieren. Andererseits kann der Himmel auch wieder relativ schnell aufklaren, wenn eine Beruhigung der politischen Großwetterlage erfolgt.

Wachstumsmotor ist wie schon in den vergangenen Jahren vor allem die Binnenwirtschaft. „Wir haben einen robusten privaten Konsum, eine boomende Bauwirtschaft und eine nicht abflachende Investitionsbereitschaft der Mittelständler“, betonte Schleweis.

Die langen Jahre des konjunkturellen Aufschwungs haben laut Schleweis zu hohen Kapazitätsauslastungen geführt. Die Antwort darauf sind erhöhte Investitionen ins Anlagevermögen. „Wenn der Staat wenigstens einen Teil seiner Milliardenüberschüsse für die Erhöhung der Standortattraktivität einsetzen würde, sähen wir sicher noch höhere Unternehmensinvestitionen in Deutschland.“

Stadtsparkasse Augsburg:

## Wolfgang Tinzmann ist neuer Vorstand

Verwaltungsrat und Zweckverband der Stadtsparkasse Augsburg haben entschieden: Wolfgang Tinzmann wird neu in den Vorstand der Stadtsparkasse Augsburg einziehen. Er wird die Nachfolge von Dr. Walter Eschle antreten, der nach 18-jähriger verantwortlicher Tätigkeit im Vorstand der Stadtsparkasse zum 31. Juli 2020 seine aktive Berufslaufbahn beenden wird.

Vorstandsvorsitzender Rolf Sattelmeyer begrüßt die einstimmige Wahl von Wolfgang Tinzmann, der das dreiköpfige Vorstandsgremium mit Rolf Sattelmeyer und Cornelia Kollmer im 3. Quartal 2020 komplettieren wird.

Mit der Neubesetzung geht

Um seine Investitionen zu finanzieren, greift der Mittelstand weiter auch auf den klassischen Bankkredit zurück. 31 Milliarden Euro zugesagte Investitionskredite im ersten Halbjahr 2019 durch die Sparkassen sind ein beachtlicher Wert. Um dem Mittelstand den Zugang zu Krediten nicht zu erschweren, ist die Beibehaltung des KMU-Faktors unumgänglich. Eine Abschaffung des KMU-Faktors stünde dem Ziel der Kapitalmarktunion – den Unternehmen die Beschaffung von Finanzierungsmitteln zu erleichtern – diametral entgegen. Ein großer Teil der Investitionen wird aber aus den eigenen Gewinnrücklagen gestemmt. Hohe Eigenkapitalquoten stehen für eine sichere Finanzierungsstruktur.

Lukratives Geschäftsmodell

Die Eigenkapitalquote der Unternehmen liegt bei starken 39 Prozent und damit rund fünf Prozentpunkte über dem Wert von 2008. Die Eigenkapitalrendite von durchschnittlich 15 Prozent zeigt deutlich, dass das Geschäftsmodell des deutschen Mittelstandes lukrativ ist und es sich für die Unternehmer lohnt, Geld in das eigene Unternehmen zu investieren.

Die Geldpolitik der EZB, die seit Jahren quasi unbegrenzt kostenlose Liquidität in den Markt pumpt, hat zu der Sorge geführt, dass sich auch eine gefährliche Blase in der Mittelstandsfinanzierung gebildet haben könnte. Zombie-Unternehmen, so die Sorge, sollen ihr Unwesen treiben. Künstlich am Leben erhalten durch übermäßig zugeführte günstige Kredite. Unsere

Analyse zeigt: Im deutschen Mittelstand gibt es keine bedeutende Zahl von Zombie-Unternehmen.

Schleweis zufolge führen die Sparkassen jedes Jahr mehrere hunderttausend Gespräche mit mittelständischen Unternehmen. Drei Viertel aller Unternehmen in Deutschland haben Geschäftsbeziehungen zur Sparkassen-Finanzgruppe. „Die sich abzeichnende Konjunkturertrübung hat uns dazu veranlasst, unsere Mittelstandsexperten vor Ort zu befragen, ob die Mittelständler hier bereits aktiv Vorsorge betreiben.“

Beruhigende Ergebnisse

Die Umfrageergebnisse zeichnen ein beruhigendes Bild: Zwar sieht die Mehrheit der befragten Mittelstandsexperten durchaus eine Abschwunggefahr in den Industriebranchen, jedoch werden in der Bauwirtschaft, im Dienstleistungssektor und in den konsumnahen Branchen wie z.B. dem Gastgewerbe überwiegend weiter positive Entwicklungen erwartet. Gerade diese Branchen sind ausgesprochen mittelständisch geprägt. Dennoch bestätigt immerhin die Hälfte der Experten, dass ihre mittelständischen Firmenkunden bereits konkrete Maßnahmen, wie z.B. Personalabbau oder Flexibilisierung der Produktion, für einen eventuellen Abschwung entwickeln.

Die Erfahrung zeigt, dass sich in Krisensituationen die Spreu vom Weizen trennt. Insbesondere Unternehmen mit einer schlechten Wettbewerbsposition sind in einem Abschwung gefährdet. 57 Prozent der Befragten sagen, dass ihre Firmenkunden im soliden Mittelfeld ihrer Branche agieren. 34 Prozent der Experten sehen ihre mittelständischen Kunden sogar im oberen Drittel.

Die auch 2019 anhaltende Investitionsbereitschaft spiegelt sich in den Halbjahreszahlen der Spar-

kassen wider. Gut 44 Mrd. Euro neu zugesagte Firmenkredite im ersten Halbjahr 2019 – davon 31 Mrd. Euro für Investitionen – zeigen, dass die Mittelständler weiter an die Zukunft glauben. Die Zuwächse liegen damit sogar noch einmal etwas über den Werten aus dem Vorjahreszeitraum.

Die Gesamtbestände wuchsen um 4,6 Mrd. Euro bei den gewerblichen Wohnungsbaukrediten und um 8,5 Mrd. Euro bei den Investitionskrediten. Das deutet darauf hin, dass der Mittelstand nur mit einer kurzen Konjunkturertrübung rechnet. Die überproportionale Entwicklung bei gewerblichen Wohnungsbaukrediten zeigt, dass die Bauwirtschaft in ihrer Dynamik nicht nachlässt. Ein gutes Zeichen ist, dass die Unternehmen in gleichem Maße auch ihr eigenes Kapital zur Finanzierung ihrer Investitionen beisteuern. Die hohen Eigenkapitalquoten sind das Spiegelbild der hohen Solidität und Sicherheit des deutschen Mittelstands.

Fazit: „Auch wenn es momentan ausgesprochen gut läuft, ist die Politik gut beraten, den Belangen unserer Mittelständler in ihrer wirtschaftspolitischen Agenda mehr Raum zu bieten. Die aktuelle Mittelstandsstrategie der Bundesregierung ist ein guter Schritt in die richtige Richtung. Ihre Umsetzung muss aber zügig angegangen werden“, betonte Schleweis.

Die Milliardenüberschüsse der öffentlichen Haushalte müssten genutzt werden, um die Unternehmen zu entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland wieder zu erhöhen. Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, Forschung und Bildung seien dabei genauso wichtig wie ein Bürokratieabbau und steuerliche Entlastung. DK

## Hohe Nachfrage nach städtischer Förderung

Würzburg: Bald über 50 zusätzliche Lastenräder unterwegs

Innerhalb von nur drei Monaten wurde das städtische Budget von 70.000 Euro für die Anschaffung von Lastenpedelecs und für die Umstiegsprämie von Verbrennerfahrzeugen auf E-Roller oder Pedelecs ausgeschöpft. Das städtische Förderprogramm ist damit beendet; weitere Anträge können aktuell nicht mehr gestellt werden.

Die Nachfrage war von Beginn an groß, insbesondere nach Lastenpedelecs. Durch ihr Ladevolumen stellen Lastenräder, auch Cargobikes genannt, eine umweltfreundliche Alternative zum Pkw da. Egal ob Wocheneinkauf, der tägliche Weg zum Kindergarten oder auch gewerbliche Nutzung durch Kurier- und Lieferanten: Lastenräder sind fast allen Aufgaben gewachsen und bieten im Stadtverkehr viele Vorteile gegenüber dem Pkw: keine Zufahrtsbeschränkungen, keine Parkplatzzuche und -gebühren.

Entlastung junger Familien

Insgesamt konnten Förderzusagen für 53 Lastenpedelecs mit einem Gesamtwert von knapp 230.000 Euro erteilt werden. Weit über die Hälfte der Anträge ging von größeren Familien mit mindestens zwei Kindern ein. „Dass das Förderprogramm bei dieser Zielgruppe so gut angekommen ist, freut mich besonders. Denn die Lastenräder entlasten nicht nur die Umwelt, sondern auch den Geldbeutel der jungen Familien, die sich so einen Pkw oder Zweitwagen sparen können“, hält Umwelt- und Kommunalreferent Wolfgang Kleiner fest. Den Sauber-Mobil-Bonus, eine Extraförderung in Höhe von 500 Euro, konnten sich alle sichern, die nachweislich bereits ohne Auto im Haushalt

leben oder mit Erwerb des Lastenpedelecs ein Auto abschaffen. Immerhin acht Familien haben diese Förderung in Anspruch genommen und verzichten damit künftig auf einen Pkw.

Neben Lastenrädern wurde auch die Anschaffung von konventionellen Pedelecs bzw. E-Rollern unterstützt. Hier lag die Hürde allerdings etwas höher: Die Förderung wurde nur gewährt, wenn dafür ein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor, Roller oder Pkw abgeschrieben wird. Diese Umstiegsprämie wurde drei Mal in Anspruch genommen.

Kleiner zieht Bilanz: „Das Förderprogramm ist ein voller Erfolg. Zahlreiche Fahrten, die sonst mit dem Pkw abgewickelt werden, erfolgen künftig umweltfreundlich mit einem Lastenrad. Einige der Antragsteller verzichten künftig sogar komplett auf den Pkw und entlasten damit die Würzburger Innenstadt zusätzlich. Mein besonderer Dank gilt der Sparkassenstiftung, die das Projekt mit einem großzügigen Betrag von 50.000 Euro ermöglicht hat.“

Auch ohne Teilnahme am Förderprogramm und Kauf eines Lastenrades können alle Würzburgerinnen und Würzburger leicht in den Genuss eines solchen kommen: Die Initiative freies Lastenrad bietet viele unterschiedliche Modelle zum kostenlosen Verleih für bis zu drei Tage an. □



Über Geld sprechen ist einfach.



V.l.: Roland Eichmann, Erster Bürgermeister der Stadt Friedberg; Rolf Sattelmeyer, Vorstandsvorsitzender Stadtsparkasse Augsburg; Wolfgang Tinzmann, designiertes Vorstandsmitglied Stadtsparkasse Augsburg; Oberbürgermeister der Stadt Augsburg Dr. Kurt Gribl, Vorsitzender Verwaltungsrat Stadtsparkasse Augsburg. □

zialvertrieb sowie das Beauftragtenwesen übernehmen.

Der in Augsburg geborene Tinzmann ist als Direktor Unternehmenskunden und stellvertretendes Vorstandsmitglied bereits seit 16 Jahren in verantwortlicher Position bei der Stadtsparkasse Augsburg. 2003 kam er als Abteilungsdirektor Firmenkunden zur Stadtsparkasse Augsburg. Seit 2014 ist er für das Unternehmenskundengeschäft verantwortlich.

Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Vorsitzender des Verwaltungsrates und des Zweckverbandes: „Für die anstehenden herausfordernden Aufgaben haben wir mit Herrn Tinzmann einen ausgewiesenen Experten gewinnen können, der das Geschäftsgebiet bereits bestens kennt. Die Entscheidungsgremien sind sich sicher, dass die Stadtsparkasse Augsburg mit Rolf Sattelmeyer, Cornelia Kollmer und Wolfgang Tinzmann ihren erfolgreichen Weg in die Zukunft fortsetzen wird.“

Mit einer Bilanzsumme von 6 Mrd. Euro ist die Stadtsparkasse Augsburg ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für die Region. Als einer der großen Arbeitgeber in und um Augsburg beschäftigt die Sparkasse knapp 1.000 Mitarbeiter. Sie ist Marktführer bei Privat- und Firmenkunden mit einem Marktanteil von über 50 % und das größte schwäbische Kreditinstitut. □



sparkasse.de

Weil die Sparkasse nah ist und auf Geldfragen die richtigen Antworten hat.

Wenn's um Geld geht



# Sparkasse Dillingen-Nördlingen startet erfolgreich

Völlig geräuschlos hat die Sparkasse Dillingen-Nördlingen zum 30. August 2019 ihren Betrieb aufgenommen und damit einen erfolgreichen Start hingelegt. Dieses Fazit zog der Verwaltungsrat unter Vorsitz des Dillinger Landrats Leo Schrell anlässlich der ersten Sitzung des neu konstituierten Gremiums.

Der Vorsitzende des vierköpfigen Vorstandes, Sparkassendirektor Thomas Schwarzbauer, informierte die Mitglieder des Verwaltungsrates gemeinsam mit den Vorstandskollegen Wolfgang Winter, Martin Jenewein und Karlheinz Wiesinger über die schrittweise Umsetzung des Fusionskonzeptes.

Dieses sieht vor, dass das operative Geschäft von den vier Vorständen mit klaren Organisationsstrukturen sowohl vom Hauptsitz in Dillingen als auch von der Niederlassung in Nördlingen ausgeführt wird. So verantwortet der Stellvertretende Vorstandsvorsitzende Wolfgang Winter den Bereich Organisation, Vorstandsmitglied Martin Jenewein den Kundenbereich und Vorstandsmitglied Karlheinz Wiesinger den Bereich Kreditmanagement.

## Nähe zum Kunden

Die Kundennähe und die Kundenzufriedenheit spielte bei den Fusionsverhandlungen eine wichtige Rolle.

## Bundestag verabschiedet Grundsteuerreform:

**Bayern setzt Länderöffnungsklausel durch**

Nach zähem Ringen hat der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit für eine Reform der Grundsteuer gestimmt. Weil Bayern bei der Berechnung der Grundsteuer einen eigenen Weg gehen will, war die nun beschlossene Grundgesetzänderung nötig. Am 8. November muss auch der Bundesrat der Grundsteuerreform noch zustimmen. Dies gilt aber als sicher, da die Reformdetails mit den Ländern abgestimmt wurden. Bis zum Jahresende muss die Reform umgesetzt werden.

Vorgesehen ist, dass die Grundsteuer sich auch künftig im Wesentlichen am Wert eines Grundstückes orientiert. In die Berechnung sollen neben der Fläche die statistische Nettokaltmiete und der Bodenrichtwert einfließen. Auf Druck Bayerns gibt es jedoch eine Öffnungsklausel, dass Länder von diesem Berechnungsmodell abweichen können. Das bayerische Modell soll sich statt nach dem Wert nach der Fläche richten. Damit sollen Steuererhöhungen vermieden werden.

## Verfassungswidrige Praxis

Bislang berechnen die Finanzbehörden die Grundsteuer für Häuser und unbebaute Grundstücke anhand von Einheitswerten, die in den alten Bundesländern aus dem Jahr 1964 und in den neuen Bundesländern aus dem Jahr 1935 stammen. Diese Praxis hat das Bundesverfassungsgericht im April 2018 für verfassungswidrig erklärt und eine gesetzliche Neuregelung bis Ende 2019 gefordert. Hauptkritikpunkt war, dass die zugrunde gelegten Werte die tatsächliche Wertentwicklung nicht mehr in ausreichendem Maße widerspiegeln.

Die genaue Höhe der Grundsteuer wird von den Kommunen über die Hebesätze festgelegt. Sie entscheiden somit darüber, ob die Reform für einzelne zu einer Erhöhung der Steuerlast führt. Insgesamt soll das Aufkommen aus der Grundsteuer durch die Reform nicht steigen. Bislang spült die Grundsteuer jährlich gut 14 Milliarden Euro in die Kassen der Kommunen.

Nach den Worten von Bayerns Finanzminister Albert Füracker „können die Länder erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik ein eigenes Steuer-

gesetz beschließen. Das ist ein großer Erfolg für den Föderalismus und gibt Bayern die Möglichkeit, ein wertunabhängiges Einfach-Grundsteuermodell einzuführen. Und das werden wir auch tun. Damit können wir verhindern, dass wie beim Modell des Bundes vorgesehen, die Grundsteuer und damit auch die Mieten alle sieben Jahre automatisch ansteigen.“

## Keine betriebsbedingten Kündigungen

Wie bereits im Vorfeld der Fusion angekündigt, gab es durch den Zusammenschluss der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen mit der Sparkasse Nördlingen keine betriebsbedingten Kündigungen. „Jeder unserer Mitarbeiter hat seinen Arbeitsplatz behalten“, bestätigt Wolfgang Winter. „Damit“, so Winter, „stellen wir als wesentlichen Baustein der Kundenzufriedenheit sicher, dass unseren Kunden auch in Zukunft die gewohnt kompetenten Ansprechpartner für Beratungsgespräche zur Verfügung stehen.“ Zudem bleibe die Erreichbarkeit auf hohem Niveau gewährleistet.

## Enger Austausch mit Kommunen

Füracker zufolge ist der Freistaat in engem Austausch mit den Kommunen und den maßgeblich betroffenen Verbänden und kann zeitnah in ein bayerisches Gesetzgebungsverfahren einsteigen. Am Ende werde ein solides und unbürokratisches Gesetz stehen. „Dies wird den Kommunen auch weiterhin ermöglichen, über die individuellen Hebesätze die tatsächliche Höhe der Grundsteuer für den Einzelnen festzulegen. Im Hinblick auf die Auswirkungen im Länderfinanzausgleich werden wir natürlich darauf achten, dass keine Schattenberechnungen zu Lasten Bayerns erforderlich werden.“

„Man erreicht die Homepage der Sparkasse Dillingen-Nördlingen weiterhin über die Seite der Sparkasse Dillingen und die Seite der Sparkasse Nördlingen. Auch hier können unsere Kunden gewohnte Wege gehen“, erklärt Martin Jenewein.

## Bauliche Veränderungen in Nördlingen

Bauliche Veränderungen wird es in nächster Zeit in der Niederlassung in Nördlingen geben. „Wir werden rund 300.000 Euro in den Umbau des Service- und Beratungsbereiches für unsere Kunden investieren. Weil unsere Sparkasse mehr als eine Bank ist und wir uns natürlich der heimischen Wirtschaft verbunden fühlen, werden wir versuchen, alle Aufträge im Nördlinger Raum zu vergeben“, betont Wolfgang Winter.

## Höhere Kreditvergabemöglichkeiten

Nach dem Zusammenschluss der beiden Sparkassen verfügt die Sparkasse über ein Bilanzvolumen von annähernd zwei Milliarden Euro und beschäftigt rund 350 Mitarbeiter. „Die Leistungssteigerung, insbesondere aus der Fusion, bewirkt eine deutliche Erhöhung der Kreditvergabemöglichkeiten“, betont Karlheinz Wiesinger.

## Mehr als eine Bank

Landrat Leo Schrell bekräftigt, dass mit der Fusion hervorragende Voraussetzungen geschaffen worden seien, um zukünftigen Herausforderungen, wie einer verschärften Wettbewerbssituation, dem erheblichen Ertragsdruck oder steigenden regulatorischen Anforderungen erfolgreich begegnen zu können und für die Kunden mehr als eine Bank zu sein.

## Behindertenfreundliches Projekt 2019:

# Auszeichnung für die MutMacherMenschen eG

Die Augsburgs Sozialgenossenschaft erhielt Preis für ihr vorbildliches Engagement

Der Behindertenbeirat der Stadt Augsburg hat gemeinsam mit Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl das behindertenfreundliche Projekt 2019 ausgezeichnet. In diesem Jahr fiel die Entscheidung auf die Sozialgenossenschaft „MutMacherMenschen“.

Seit 2014 bietet die Sozialgenossenschaft psychisch beeinträchtigten Menschen Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Aktuell sind 17 Mitarbeiter bei den MutMacherMenschen beschäftigt. Gemeinsam mit ehrenamtlichen Helfern stellen sie Naturschutzprodukte her, wie Wildbienenhotels, Vogelfutterhäuschen oder Nistkästen.

Mithilfe der Genossenschaft sollen sie so beruflich wieder Fuß fassen, um mittelfristig in den regulären Arbeitsmarkt zurückkehren zu können. Die Produkte werden in verschiedenen Einkaufsmärkten der Region angeboten und sind über die Webseite der Genossenschaft bestellbar.

tiert und als gerecht empfunden wird.“

„Wir freuen uns, dass die Reform nun rechtzeitig umgesetzt werden kann. Wir finden darin unseren Grundansatz berücksichtigt: Es wurde ein wertabhängiges Modell beschlossen, was gut und richtig ist, weil es bestehende Realitäten auf den Immobilienmärkten abbildet“, stellte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, fest. Generell gehe es dem kommunalen Spitzenverband darum, zu einer Novellierung auf der Grundlage einer Betrachtung des Grundstückswertes zu gelangen.

Wichtig sei außerdem, dass es beim bewährten Prinzip der



Der Verwaltungsrat der Sparkasse Dillingen-Nördlingen hat sich unlängst zu seiner konstituierenden Sitzung getroffen. Unser Bild zeigt v.l.: Vorstandsmitglied Martin Jenewein, Oberbürgermeister Frank Kunz (Dillingen a.d. Donau), Christoph Denzel (Wertingen), Bürgermeisterin Miriam Gruß (Gundelfingen a.d. Donau), Jörg Schwarzer (Nördlingen), Landrat Leo Schrell (Verwaltungsratsvorsitzender), Vorstandsmitglied Karlheinz Wiesinger, Oberbürgermeister Hermann Faul (Nördlingen), Joachim Sigg (Nördlingen), Bernd Brenner (Dillingen a.d. Donau), Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries), Bürgermeister Gerrit Maneth (Höchstädt a.d. Donau), Bürgermeisterin Katja Müller (Lauingen (Donau), Erich Schmidt (Nördlingen), Stellv. Vorstandsvorsitzender Wolfgang Winter und Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer.

## Finanzmarktregulierung:

# Für praxistaugliche Umsetzung mit Augenmaß

Gemeinsame Erklärung von Kreditwirtschaft und Bayerischem Finanzministerium

Im Vorfeld des Amtsantritts der neuen EU-Kommission im November 2019 und vieler auf EU-Ebene anstehender Weichenstellungen bei zentralen Gesetzgebungsvorhaben im Finanzmarktbereich fand auf Einladung von Finanzminister Albert Füracker ein konstruktiver Gedankenaustausch mit Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Dr. Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, und Dr. Michael Diederich, Präsident des Bayerischen Bankenverbands, statt.

Hauptthemen waren die Auswirkungen der Niedrigzinsphase auf Kreditinstitute, ihre Kunden und die Gesellschaft in Bayern sowie regulatorische Rahmenbedingungen.

Dabei wurden auch Unterstützungsmöglichkeiten für die Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten mit Wertpapieranlagen erörtert. Diese Anlageform wird derzeit durch ver-

schiedene bürokratische Hemmnisse (z.B. MiFID II, PRIIPS) erschwert und künftig möglicherweise durch eine geplante Finanztransaktionssteuer belastet. Die Sparkassen unternehmen vielfältige Anstrengungen, um diesen Erschwernissen entgegenzuarbeiten.

## Risikominderung vor Risikoteilung

Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig über den künftigen Handlungsbedarf und unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung. Darin wird die Europäische Bankenunion als ein „richtiger und wichtiger Ansatz zur Stärkung der Finanzmarktstabilität in Europa“ bezeichnet. Die weiterhin überaus ungleiche regionale Verteilung von Risiken in den Bilanzen europäischer Banken, insbesondere bedingt durch höchst unterschiedliche Bestände an notleidenden Krediten, berge bei Einführung einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung jedoch das Risiko einer direkten Umverteilung von soliden Banken zu Instituten in Schieflage. Die erfolgreichen Anstrengungen beim Abbau der notleidenden Kredite müssten daher fortgesetzt werden. Nach wie vor müsse hier das Prinzip „Risikominderung vor Risikoteilung“ gelten.

Daneben bestehe das Problem des ungelösten Staaten-Banken-Nexus fort. Solange die europäischen Banken in großem Umfang Staatsanleihen ihrer jeweiligen Heimat-Staaten halten, könnte eine gemeinsame Einlagensicherung eine Mithaftung aller Banken für das Risiko einzelner Staatspleiten bedeuten. Eine Transferunion über den Umweg deutscher und bayerischer Bankeinlagen könne und dürfe nicht Zweck der Bankenunion sein.

„Die Anforderungen der Bankenregulierung sind seit der Finanzkrise stark gestiegen und setzen die Banken - gerade in einem Umfeld dauerhaft niedriger Zinsen und des technologischen Wandels - zunehmend unter Druck. Besonders betroffen

sind die in Bayern und Deutschland stark vertretenen kleineren Institute, die beispielsweise Berichterstattungserfordernisse nicht auf viele Schultern verteilen können“, heißt es weiter.

## Gold-Plating vermeiden

Bei der europäischen Umsetzung des finalisierten Basel III-Regelwerks gelte es daher, Augenmaß walten zu lassen und regionale Besonderheiten angemessen zu berücksichtigen. Insbesondere sei eine überambitionierte Umsetzung der Regeln, ein sogenanntes Gold-Plating, zu vermeiden, um keine Wettbewerbsnachteile für europäische Banken zu schaffen.

Auch die vergleichsweise kleinteilige Struktur des Bankensektors in Deutschland und seine herausgehobene Bedeutung für die Finanzierung der Wirtschaft müssten angemessene Berücksichtigung in der Regulierung finden, sind sich die Unterzeichner einig. Zur Sicherung der mittelständischen Wirtschaftsstruktur in Bayern und Deutschland sei der Erhalt des Finanzierungszugangs der Unternehmen zwingend notwendig. Banken müssten auch zukünftig fähig sein, ihre Funktion als Finanzierer der Realwirtschaft zu erfüllen. Daher müsse etwa der etablierte KMU-Faktor erhalten bleiben.

## MiFID II

„Die Anforderungen aus der Umsetzung der Zweiten Europäischen Finanzmarkttrichtlinie (MiFID II) in deutsches Recht bedeuten einen erheblichen bürokratischen und finanziellen Aufwand für die Kreditwirtschaft“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. Vor dem Hintergrund der insgesamt stark zunehmenden Regulierungslasten sei daher die zeitnahe Evaluierung der MiFID II zu begrüßen.

Dabei gelte es sorgfältig abzuwägen, ob der erzielte Nutzen für die Verbraucher den vom Gesetzgeber angestrebten Zielen entspricht und ob er in einem angemessenen Verhältnis zu den Implementierungskosten steht. Ein Rückgang des Beratungsangebots für Kunden aufgrund unüberschaubarer Vorschriften beispielsweise sei in niemandes Interesse. „Eine Erhöhung der Praxistauglichkeit der Regeln erscheint dringend geboten“, lautet der abschließende Appell. **DK**



Bundesweiter Tag der Stiftungen:

## „miteinander. füreinander.“

Auf Initiative des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen fand am 1. Oktober zum sechsten Mal der Tag der Stiftungen in Deutschland statt. Unter dem Motto „miteinander. füreinander.“ öffneten Stiftungen ihre Türen und zeigten, wie vielfältig die Stiftungslandschaft ist.

Auch die Stiftungen in Bayern engagieren sich vielfältig für die Gesellschaft. Einige davon beteiligten sich am abwechslungsreichen Programm zum Tag der Stiftungen und gaben damit direkte Einblicke in ihre Stiftungsarbeit.

Die Bürgerstiftung München bot zum Beispiel einen Fair-Fashion-Rundgang zu engagierten Unternehmen, die auf fair, ökologisch und nachhaltig produzierte Mode setzen. Mit Designern und Designerinnen, denen Qualität und Transparenz wichtig ist und die ein wenig Licht bringen in den Label (Siegel)-Dschungel.

### Vergabe des Sinn-Stiftungspreises

Die Sinn statt Sucht Kinder- & Jugendstiftung lud in Landshut zum Tag der offenen Tür im Stiftungsgebäude sowie zum Festakt mit Vergabe des Sinn-Stiftungspreises 2019 an Gerd Sommer, Mitgründer der Emmaus Gruppe in Landshut. Die Bürgerstiftung „Unser Schwabach“ hatte wiederum Dr. Wolfgang Fischer, Prokurist und Bereichsleiter bei der Landesagentur für neue Mobilitätslösungen und Automotive Baden-Württemberg e-mobil BW GmbH, zu Gast für einen Vortrag zum Thema „Mobilität der Zukunft - automatisiert, vernetzt und elektrisch“.

Auch die Nürnberger Stiftung „Deutschland im Plus“ - die Stiftung für private Überschul-

dungsprävention nahm am bundesweiten Tag der Stiftungen teil. Zweck der Stiftung ist die Prävention und Hilfeleistung im Bereich der Überschuldung von Privathaushalten. Die Stiftung fördert dazu die Wissenschaft in Lehre und Forschung, die Bildung und Erziehung, mildtätige Zwecke, die Zwecke der amtlich anerkannten Verbände der freien Wohlfahrtspflege, die Verbraucherberatung und den Verbraucherschutz.

### „Deutschland im Plus“

In der Schule mal über den eigenen Umgang mit Geld reden? Die Stiftung „Deutschland im Plus“ bietet für Schüler der Sek 1 und Sek 2 schulartübergreifend die Unterrichtseinheit „Konsum geplant – Budget im Griff“ an. Bundesweit erleben die Schüler in diesen Unterrichtseinheiten was es heißt, ihr Budget zu planen, Kostenfallen zu erkennen und welche Folgen Überschuldung haben kann. Zusammen mit den ausgebildeten Referenten ist aktive Mitgestaltung der Jugendlichen gefragt und immer wieder spannend. Die intensive Beschäftigung mit dem Thema bietet den besten Schutz vor Überschuldung und sensibilisiert für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Geld.

88 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts wurden im vergangenen Jahr in Bayern er-

richtet. Der Freistaat zählt aktuell 4.078 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts und liegt damit auf Platz 2 hinter Nordrhein-Westfalen (4.447). In Bayern kommen auf 100.000 Einwohner 31 Stiftungen. Damit liegt der Freistaat über dem Bundesschnitt von 28 und landet im Ranking der Bundesländer nach Stiftungsdichte auf Platz 4. Die Landeshauptstadt München bleibt mit 71 Stiftungen pro 100.000 Einwohner auf Platz 7. Im Bundesvergleich der absoluten Zahlen belegt München mit 1.038 Platz 2 und wird nur von Hamburg (1.430) übertroffen.

### 410 Bürgerstiftungen

Laut dem Bündnis der Bürgerstiftungen Deutschlands werden die Mitmach-Angebote der 410 Bürgerstiftungen bundesweit für Geld-, Zeit- und Ideenstifter weiterhin attraktiver. Wie der aktuelle „Report Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2019“ der Stiftung Aktive Bürgerschaft zeigt, hat sich die Zahl der Bürgerstifterinnen und Bürgerstifter seit 2008 mehr als verdreifacht. Aktuell sind es 30.000. Weitere 27.000 Menschen sind ehrenamtlich für die Bürgerstiftungen aktiv. Deren breiter Stiftungszweck ermöglicht den Menschen, sich für drängende lokale Herausforderungen oder eigene Herzensanliegen zu engagieren.

Auch das Stiftungskapital hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdreifacht und ist auf 423 Millionen Euro gestiegen. Mit 14,5 Millionen Euro erreichten die Spenden 2018 einen neu-

en Höchstwert. Dies hat die Datenerhebung der Stiftung Aktive Bürgerschaft für den Report Bürgerstiftungen 2019 ergeben.

Nach den Worten von Dr. Stefan Nährlich, Geschäftsführer der Stiftung Aktive Bürgerschaft, habe sich das Modell Bürgerstiftung auch in andauernden Niedrigzinszeiten bewährt. Die Kombination aus Stiften, Spenden und ehrenamtlichem Engage-

ment für gemeinnützige Anliegen vor der eigenen Haustür mache die Bürgerstiftung zur attraktiven Mitmach-Stiftung und zum verlässlichen Partner.

### Lebendige Form der zivilen Selbstorganisation

„Wir glauben, dass Bürgerstiftungen eine großartige und lebendige Form der zivilen Selbst-

organisation sind“, ergänzt Ulrike Reichart, Leiterin Bündnis der Bürgerstiftungen Deutschlands. Von Bürgern für Bürger geschaffen seien Bürgerstiftungen ein Beweis für eine starke und engagierte Zivilgesellschaft, die zur lokalen Lösung wichtiger gesellschaftlicher Probleme beiträgt. „Die steigende Zahl an Stiftern ist ein positives Signal für die Zukunft“, urteilte Reichart. DK

## Erfolgsmodell dezentrale Kreditversorgung

Aiwanger: „Bayerische Unternehmen sind gut finanziert“

Nach einer Umfrage der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) können sich bayerische Unternehmen nach wie vor leicht finanzieren. Dies ist für Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwiwanger eine Bestätigung für die überragende Bedeutung kleiner und mittelständischer Regionalbanken für die Mittelstandsfinanzierung und die gute Ausgangsposition unserer Unternehmen.

„Die dezentrale Kreditversorgung durch Sparkassen, Genossenschaftsbanken und private Banken hat sich einmal mehr als Erfolgsmodell erwiesen“, würdigt Aiwiwanger das zentrale Ergebnis der Umfrage. „Räumliche Nähe ist unverändert wichtig für enge persönliche Beziehungen zwischen Mittelstand und Hausbanken und bildet die Grundlage für den Aufbau und Erhalt einer belastbaren langfristigen Geschäftsbeziehung“, so der Wirtschaftsminister weiter.

Die flächendeckende Versorgung mit günstigen Kreditprodukten wird vom Freistaat Bayern auch über die LfA Förderbank Bayern maßgeblich unterstützt. Kleine und mittlere Unternehmen können über die LfA besonders zinsgünstige Kredite in Anspruch nehmen – di-

rekt vor Ort über die eigene Hausbank. Mit dem Digitalbonus wird die mittelständische Wirtschaft ebenfalls stark unterstützt, im gewerblichen Mittelstand konnten mit der Förderung bereits über 4.000 Unternehmen den Wandel zu modernen IT-gestützten Verfahren erreichen. Für digitale Nachhaltigkeit in möglichst vielen Betrieben und für sichere Arbeitsplätze bedarf es einer Fortsetzung dieses Programms. Eine Evaluierung hat gezeigt, dass die Ausrichtung stimmt.

### Basler Reformpaket im Blick

Aiwanger ist davon überzeugt, dass die bayerischen Unternehmen aufgrund ihrer guten Finanzausstattung für die aktuellen konjunkturellen Her-

ausforderungen gut gewappnet sind. Um die Finanzierungsbedingungen für den bayerischen Mittelstand in Bayern auf einem hohen Niveau abzusichern, will sich Aiwiwanger auch künftig für adäquate Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Regionalbanken einsetzen. Hierbei richtet Bayerns Wirtschaftsminister seinen Fokus insbesondere auf die anstehende Umsetzung des Basler Reformpakets in europäisches Recht.

„Mit Nachdruck werde ich mich dafür einsetzen, dass die Belange kleiner und mittelständischer Regionalbanken bei der anstehenden Überarbeitung der europäischen Bankenregulierung angemessen berücksichtigt werden“, kündigt Aiwiwanger an. Er erteilt damit Überlegungen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die jüngst eine Abschaffung der aufsichtsrechtlichen Privilegierung von Mittelstandskrediten bei der Eigenmittelunterlegung empfohlen hatte, eine unmissverständliche Absage. □



CAPVERIANT

## Neue Standards für Öffentliche Finanzierungen

Organisieren Sie Ausschreibungen einfach, schnell und sicher auf unserer vom TÜV Rheinland zertifizierten Plattform. Profitieren Sie darüber hinaus vom Zugang zu einem breiten Kreis von Investoren und attraktiven Konditionen für Ihre Finanzierungen.

CAPVERIANT, die unabhängige Plattform für öffentliche Finanzierungen

capveriant.com

Jetzt Live-Demo anfordern



Ehrenmedaille von Würzburgs OB Schuchardt für den Verein Perspektive:

## Bürgerschaftlich, nachhaltig, sparsam, vorbildlich

„Zuversicht, unternehmerisches Risiko, Engagement und Weitblick“ bescheinigt Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt den Gründungs- und Trägermitgliedern des Café Perspektive und zeichnete den Trägerverein Perspektive e.V. dafür nun mit der Ehrenmedaille des Oberbürgermeisters aus. „Gemeinsam haben Sie eine in jeder Hinsicht vorbildliche Einrichtung geschaffen“, stellte Schuchardt bei der Verleihung heraus.

Partner im Trägerverein Perspektive e.V. sind das Bayerische Rote Kreuz und der Sozialpsychiatrische Dienst des BRK. Das Café Perspektive am Waldfriedhof entstand im Jahr 2000 aus der Spende eines kleinen Holzgebäudes, das Forstminister Josef Müller dem Sozialreferat der Stadt Würzburg zur Verfügung stellte. Der damalige Sozialreferent Dr. Peter Motsch initiierte

es daraus ein Selbsthilfeprojekt zur Schaffung von Zuverdienstmöglichkeiten für Menschen mit psychischer Behinderung. Gleichzeitig sollte das Gebäude die Infrastruktur am Waldfriedhof verbessern.

### Vielältige Förderung

Um das Café Perspektive am Waldfriedhof zu realisieren, wur-

de eine moderne Gastronomie für 60 Besucher mit 40 Plätzen Außengastronomie geplant, die Planung übernahmen Hochbau- und Gartenamt der Stadt Würzburg. Neben der Förderung durch die Aktion Mensch, den Bezirk Unterfranken, die Sparkassenstiftung und die Landesstiftung engagierten sich zahlreiche Spender, darunter auch die Eheleute Margret und Robert Krick, Ehrenamtliche wie Erich Beck und die Handwerkskammer Unterfranken.

### Nachhaltiges Wirtschaften

Das Café Perspektive ist ein bürgerschaftliches Projekt, das sparsam und nachhaltig wirtschaftet: Von den Errichtungskosten in Höhe von rund 1.04 Millionen Euro stehen heute nur noch etwa 35.000 Euro auf der Schuldenseite des Trägervereins Perspektive e.V. Der laufende Betrieb wird gefördert durch das BRK als Betreiber, die Einnahmen aus dem Betrieb des Cafés, über den Be-



Gruppenbild mit Gründungs- und Trägermitgliedern des Vereins Perspektive. V. l.: Reinhold Weißensohl (ehem. Geschäftsführer BRK KV Würzburg), Bürgermeister Dr. Adolf Bauer, Dr. Peter Motsch (ehem. Sozialreferent), Sozialreferentin Dr. Hülya Düber, Walter Stoy (ehem. 1. Vorsitzender BRK-Kreisverband), Thomas Ebert (Vorsitzender Perspektive e.V. und BRK KV Würzburg), Volker Stawski (Leiter Seniorenarbeit, Sozialreferat, Stadt Würzburg), Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Erich Beck, Joachim Schmitt-Prinz (Sozialpsychiatrischer Dienst des BRK), Harald Erhard (Bezirksgeschäftsführer BRK Unterfranken), Oliver Pilz (Kreisgeschäftsführer BRK KV Würzburg). Bild: Claudia Lothar

Deutscher Landkreistag:

## Investitionen der Kommunen unterstützen

Der Deutsche Landkreistag spricht sich für bessere Bedingungen und einfachere Regelungen im Hinblick auf kommunale Investitionen aus. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Es ist wichtig, dass wir gerade auf kommunaler Ebene für die bestehenden Investitionsnotwendigkeiten gut aufgestellt sind. Nicht vergessen werden darf, dass wir in vielen Bereichen – Schulen in Kreissträgerschaft, Kreisstraßen, Verwaltungsgebäude – noch einen gravierenden Investitionsrückstand zu bewältigen haben. Vollerorts fehlen allerdings die nötigen Fachkräfte – der Markt ist so gut wie leergefegt. Das macht es nicht einfacher.“

Zwar sei die Investitionstätigkeit von Landkreisen, Städten und Gemeinden auch im vergangenen Jahr – sogar um 13 % – angestiegen. „Es gelang uns damit gut, die gewonnenen finanziellen Spielräume der Kommunen in konkrete bauliche Maßnahmen umzusetzen. Damit allerdings ein dauerhaft ausreichendes Investitionsniveau erreicht wird, müssen auch in den kommenden Jahren derartige Steigerungsraten erreicht werden.“

Ein Problem sei dabei, dass die Kapazitäten der Baubranche ausgelastet seien. „Die Baufirmen können deshalb Preise aufrufen, die vor Jahren nicht denkbar gewesen wären. Immer öfter bekommen die Landkreise auf Ausschreibungen keine Angebote.“

Darüber hinaus sei dringend eine deutliche Planungsbeschleunigung notwendig. „Hier sind die vom Bund ergriffenen Veränderungen zu begrüßen. Dieser Weg muss aber konsequent weiter ge-

gangen werden. Die zu beachtenden Bauvorschriften sind noch immer ein schwer zu handhabender bürokratischer Dschungel. Das wirkt eher als Investitionsbremse“, stellte Sager fest.

Viel grundlegender gehe es schließlich darum, die kommunale Ebene angemessen finanziell auszustatten. „Das ist notwendig, damit die notwendigen Investitionen in die kommunale Infrastruktur samt Planung und Steuerung geleistet werden können. Das bedeutet dann aber auch, dass nicht immer wieder neue kurzfristige Bundesprogramme durchs Dorf gejagt werden dürfen. Aufgrund derer stellt nämlich kein Landrat und kein Bürgermeister auf Dauer entsprechende Fachleute ein. Deswegen sollte der Bund aufhören mit den vielfältigen Investitionspaketen und stattdessen den Kommunen mehr Steuereinnahmen zugestehen. Das wäre handfeste Zukunftsvorsorge.“

Top in Deutschland:

## Leasing bei der Stadtparkasse Augsburg

Zum zweiten Mal hintereinander ehrte die Deutsche Leasing AG die Stadtparkasse Augsburg mit dem „Deutschen Leasing Award“. Mit dem Preis werden Sparkassen mit den besten Neugeschäftsergebnissen ausgezeichnet. In 2018 war die SSKA die Nummer 3 in Deutschland in ihrer Vergleichsgruppe.

Als Alternative zum Kauf ist Leasing ein wichtiges Instrument zur Zukunftssicherung für Unternehmen. Denn: Investiert wird ohne Kapitaleinsatz, Liquidität bleibt erhalten und finanzieller Spielraum wird gewonnen.

Basis für den Erfolg

Dr. Walter Eschle, stv. Vorstandsvorsitzender Stadtparkasse Augsburg: „Für unsere Kunden sind wir, zusammen mit der Deutschen Leasing, der unabhängige Investitions-Refinanzierer. Dabei geht die Leistungsfähigkeit von der „2-Minuten-Zusage“, die für den Kunden online direkt verfügbar ist, bis hin zu individuellen Lösungen bei großen Investitionsvorhaben. Fundierte Beratung und eine zuverlässige und faire Betreuung sind dabei die Basis für den Erfolg unserer Kunden.“

Die individuellen Bedürfnisse

der Kunden stehen im Mittelpunkt. Zusammen mit der Deutschen Leasing AG bietet die Stadtparkasse Augsburg ihren Kunden substanzielle Mehrwerte: Transaktionsicherheit und Planbarkeit auch bei komplexen Lösungen, einen reduzierten Verwaltungsaufwand oder die Optimierung von Bilanzrelationen im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements.

So können Firmenkunden, unterstützt durch spezialisierte Leasingberater, auf das gesamte Leistungsspektrum der aktuellen Refinanzierungsmöglichkeiten von Mobilien und Immobilien zurückgreifen. Die Leistungen für mittelständische Unternehmen reichen von speziellen Lösungen für Maschinen, Fahrzeuge, IT und gewerblichem Equipment bis hin zu internationalen Investitionen und Speziallösungen (u.a. Transport & Logistik, Gesundheitswesen, Factoring) und Immobilien.

Praxisforum Geothermie.Bayern 2019:

## Aiwanger kündigt Masterplan an

Weltweit einzigartige Bedingungen für die Geothermie weist der Süden Bayerns auf. Über 20 Projekte sind bereits in Betrieb, weitere im Bau oder in Planung. Das diesjährige Praxisforum Geothermie.Bayern präsentierte lokale und internationale Projekte, diskutierte neue Technologien und wissenschaftliche Ansätze, wies auf die politischen Rahmenbedingungen hin und vernetzte die Geothermiebranche.

„Die Geothermie muss raus aus dem Dornröschenschlaf“, forderte Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger als Schirmherr des Praxisforums. „Da haben Sie mich an Ihrer Seite“, erklärte er und dankte den anwesenden Betreibern von Geothermieanlagen für ihr Engagement. „Sie als Pioniere sind ein unverzichtbarer Teil der Energiewende. Mit der Geothermie haben wir einen Schlüssel für die Wärmewende in der Hand, den wir nur umdrehen müssen.“ Aiwanger unterstrich, dass er die Energieversorgung in Bayern konsequent auf Erneuerbare umstellen und weg von den fossilen Brennstoffen will.

Um das schlummernde Potenzial der Tiefenwärme zu entfalten, kündigte der Staatsminister einen Masterplan Geothermie an. Dieser solle eine Förderung zum Ausbau von Fernwärmenetzen beinhalten, um Wirtschaftlichkeitslücken zu überbrücken, wenn sie vorhanden sind. Im Zuge der Wärmewende müsse die Geothermie in den Mittelpunkt rücken.

### Schlummernde Potenziale

Tiefe Geothermie ist unschlagbar günstig mit Wärmegestehungskosten zwischen 30 und 40 Euro pro Megawattstunde. Und sie hat bei den Wärmeträgern eines der höchsten CO<sub>2</sub>-Vermeidungspotenziale, bei einem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von nur 35 g/kWh, wie das Umweltbundesamt in einer Studie verdeutlicht hat. Basierend auf diesen Daten wurden für Bayern mittels einer Umfrage bei den Betreibern von Geothermieanlagen 2018 die CO<sub>2</sub>-Einsparungen der Technologie ermittelt.

Im Anschluss an seine Rede hat Staatsminister Aiwanger die geothermischen Energiepreise Bayern für deren Leistung im Jahr 2018 an das SWM Heizwerk in Riem und das Kraftwerk der Erdwärme Grünwald verliehen.

zirk Unterfranken und das Zentrum Bayern, Familie, Soziales. Derzeit stehen 25 bis 30 Zuverdienst Arbeitsplätze im Café Perspektive, im Bistro Wittelsbacherplatz und der Sport-Uni zur Verfügung. Zudem werden vier Arbeitsplätze von Schwerbehinderten im Rahmen des „Beschäftigungssicherungszuschusses“ gefördert.

Finanzminister Füracker:

## Bildung muss weiterhin umsatzsteuerfrei bleiben

Der Bayerische Finanz- und Heimatminister Albert Füracker setzt sich für eine möglichst weite Auslegung der Umsatzsteuerbefreiung für Bildungsleistungen ein. „Alle auf nationaler Ebene vorhandenen Spielräume und EU-rechtlichen Möglichkeiten müssen vollständig ausgeschöpft werden“, so Füracker in einem Schreiben an Bundesfinanzminister Olaf Scholz.

Hintergrund ist eine vorgesehene Gesetzesänderung, mit der die Umsatzsteuerbefreiungsvorschrift für Bildungsleistungen, die z. B. Volkshochschulen erbringen, an EU-rechtliche Vorgaben und die höchstrichterliche Rechtsprechung angepasst wird.

Die bundesrechtlich vorgesehene Neufassung der Umsatzsteuerbefreiung führt in der Praxis vor allem bei den Volkshochschulen und anderen Bildungsträgern zu großen Unsicherheiten. „Es muss klargestellt werden, dass die Umsatzsteuerbefreiung im Bereich der Erwachsenen-, Familien- und Jugendbildung sowie für die Bereiche der sozialgesellschaftlichen und allgemeinen Weiterbildung unverändert bleibt“, erklärte der Finanzminister und betonte: „Es ist und bleibt ein wichtiges Anliegen der Staatsregierung, dass der Zugang zum lebenslangen Lernen auch künftig ohne neue steuerliche Belastungen möglich ist, und zwar unabhängig von der unmittelbaren beruflichen Verwertbarkeit des Bildungsangebots.“

gern entspricht. Da vor Ort bereits eine Geothermieanlage in Betrieb ist, ist die Bevölkerung der Thematik gegenüber sehr aufgeschlossen. Die Bohrungen sind bereits für 2020 geplant.

Weitere Vorträge im Forum IV beschäftigten sich mit dem Geothermieprojekt in Traunreut, neuesten Bohrungen und der Kraftwerksplanung in Garching an der Alz, der Projektentwicklung in Trostberg und Palling sowie den Erfahrungen einer auf Geothermieprojekte spezialisierten Entwicklungsgesellschaft.

### Geothermie-Allianz Bayern

Schon seit mehreren Jahren ist die Geothermie-Allianz Bayern (GAB) mit einem eigenen Forum auf dem Praxisforum Geothermie.Bayern vertreten. 2019 standen die Wärmewende und die Rolle der Geothermie im Fokus des GAB-Wissenschaftsforums. So präsentierte Dr. Marlene Brehme von der TU Delft das Potenzial geothermischer Wärmeversorgung in den Niederlanden. Dr. Markus Loewer von der TU München stellte diesem das tiefergeothermische Potenzial der Metropolregion München gegenüber.

Wie auch Niedertemperaturwärme aus Tiefengeothermie für die Wärmeversorgung genutzt werden kann, wurde im Rahmen eines Forschungsprojektes mit dem Umweltbundesamt untersucht, das Dr. Horst Kreuter vom Projektpartner GeoThermal Engineering in seinem Vortrag vorstellte.

Innovationen und Neuentwicklungen widmete sich Forum VI, darunter die innovative Explorations- und Erschließungsstrategie im Geothermieprojekt Schäflarnstraße der Stadt-

werke München oder die in der Geothermieanlage Holzkirchen eingesetzte innovative Wärmepumpe der Firma Turboden. Wolfgang Brand von Orca Energy präsentierte die neue Generation von ORC-Modulen, die eine besonders flexible und kostengünstige Stromerzeugung ermöglichen.

Robert Winsloe vom britisch-kanadischen Unternehmen Eavor Technologies stellte den Eavor-Loop vor, mit dem die Firma ein völlig neuartiges geschlossenes Kreislaufsystem zur Erschließung geothermischer Wärmequellen entwickelt hat. Dieses kann Wärme aus dem natürlichen geothermalen Gradienten der Erde entnehmen, ohne einen durchlässigen Aquifer zu benötigen. Jeder einzelne Eavor-Loop soll dabei eine thermische Leistung von 40 Megawatt (MWth) und eine elektrische Leistung von vier Megawatt (MWe) erzielen.

### Skalierbare Technologie

In Kanada hat Eavor bereits eine Demonstrationsanlage errichtet. In Deutschland will man sich zunächst auf die geothermisch besonders interessanten Gebiete im Norddeutschen Becken, dem Oberrheingraben und der Bayerischen Molasse konzentrieren. Die Firma proklamiert, dass ihre Technologie skalierbar, wiederholbar und damit überall einsetzbar sei.

Nach intensiven Workshops und einem umfangreichen Angebot am Kongressstag konnten die Teilnehmer zum Abschluss Geothermie hautnah erleben. Die diesjährige GeOTHOUR führte zum Geothermiekraftwerk Holzkirchen und anschließend zum geothermalen Heizwerk in Poing. **DK**

VKU-Stadtwerkekongress in Kassel:

## Auf Kurs in Richtung neue Energiewelt

„Verstehen. Verbinden. Vernetzen.“ lautete das Motto des VKU-Stadtwerkekongresses 2019 in Kassel, zu dem sich über 450 Repräsentanten aus der Kommunalwirtschaft, Politik, Industrie und Wissenschaft trafen. Über 45 Partner und Aussteller und mehr als 55 hochkarätige Referenten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Start-Up-Szene sorgten für ein anregendes und abwechslungsreiches Programm.

Als zentrale Themen des Kongresses standen auf der Agenda: vernetzte Städte und Regionen, der Energiemarkt und die Mobilität der Zukunft, die Entwicklung innovativer und digitaler Geschäftsmodelle auch abseits der Energieversorgung, Künstliche Intelligenz und die Anforderungen an die Verteilnetze der Zukunft.

Für Impulsbeiträge sorgten Dr. Dirk Häger, Abteilungsleiter Operative Cyber-Sicherheit im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Dr. Michael Maxelon, Geschäftsführer der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH und Thomas Ulbrich, Vorstand E-Mobilität, Marke Volkswagen, Volkswagen AG. Zudem nahmen an

der Leitveranstaltung Eva Kühne-Hörmann, Hessische Ministerin der Justiz, Prof. Dr. Kristina Sinemus, Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung des Landes Hessen, Jens Deutschen-dorf, Staatssekretär, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, Christian Geselle, Oberbürgermeister der Stadt Kassel sowie Michael Ebling, Oberbürgermeister der Stadt Mainz und VKU-Präsident, teil.

### VKU-Umfrage

Dass die Stadtwerke weiter voll auf Kurs in Richtung neuer Energiewelt sind, zeigt eine Umfrage des VKU unter 300 Energieexperten in den Stadtwerken, die

anlässlich des Stadtwerkekongresses in Kassel durchgeführt wurde. Mehr als 80 Prozent der Befragten haben demnach angegeben, dass ihr Stadtwerk einen Beitrag zur Energiewende vor Ort leistet, indem es in Ladeinfrastruktur, Elektromobilität und Photovoltaik investiert. Über 60 Prozent der Befragten investieren in die Wärmewende und ungefähr die Hälfte in Windenergie.

### Die Stadt als System

VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche zufolge „gehen die Stadtwerke die Herausforderungen der Energiewende entschlossen und mit einem ganzheitlichen Ansatz an. Sie begreifen ihre Stadt als System, in der etwa Strom- und Wärmeversorgung, Mobilität und Digitalisierung zusammengehören.“

Einen Schwerpunkt des kommunalen Kraftwerksparcs stellen Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung dar, die über 40 Prozent an der Gesamtenergieleistung der Stadtwerke ausmacht. KW bildet zusammen mit Wärmenetzsystemen das Rückgrat der

Wärmewende in den Städten. Denn durch einen Fuel-Switch von Kohle auf Gas-KWK und einem steigenden Anteil von Erneuerbaren in der kommunalen Wärmeversorgung leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele im Wärmebereich.

### Für verlässliche Vorgaben

„Damit unsere Mitgliedsunternehmen diesen Kurs erfolgreich fortsetzen können, brauchen sie verlässliche politische Rahmenbedingungen. Dazu gehören die Verankerung des 65 %-EE-Ziels im EEG und ein umfassendes Beschleunigungs- und Akzeptanzprogramm für die Windenergie, ebenso wie die Verlängerung des KWK-G bis 2030 und eine Reform des Systems der Abgaben und Umlagen“, unterstrich die VKU-Hauptgeschäftsführerin.

Fast die Hälfte der befragten Energieexperten wünscht sich laut VKU-Umfrage von der Bundesregierung Unterstützung für die Energiewende durch eine Verbesserung der Förderung von KWK und Wärmenetzen. Eine Reform der Abgaben-, Entgelte und Umlagensystematik sehen sogar rund zwei Drittel der Unternehmen als notwendig an.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Stadtwerke ist vor dem Hintergrund des festgelegten Kernenergieausstiegs und der geplanten

ten Kohlereduzierung die Wahrung der Versorgungssicherheit bei Strom und Wärme. „Wir brauchen dringend neue gesicherte Kraftwerkskapazitäten, etwa auf Gasbasis. Die Politik muss handeln, wenn die Vorschläge der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung umgesetzt werden sollen. Dazu gehört die bereits genannte Novellierung des KWKG, um einen Fuel-Switch von Kohle- auf Gas-KWK zu forcieren, aber auch die notwendige Prüfung eines systematischen Investitionsrahmens für neue gesicherte Kapazitäten“, betonte Reiche.

### Gewinner des Stadtwerke-Award 2019

Im Rahmen des Stadtwerkekongresses wurden auch die Sieger des Stadtwerke Award 2019 ausgezeichnet. Die prämierten Stadtwerke WSW Energie und Wasser, die Stadtwerke Solingen und die Stadtwerke Herne setzen kommunale Leuchtturmprojekte mit Wasserstoff und LoRaWAN sowie eine Quartierslösung vorbildlich um. Im Herner Klimaviertel Sodingen verwirklichen die Stadtwerke diverse Energiekonzepte für klimaneutrales Wohnen, werten deren Alltagstauglichkeit und energiewirtschaftlichen Nutzen aus und entwickeln daraus neue Dienstleistungen für

den nachhaltigen Wohnungsbau. Bereits zum zweiten Mal in Folge gewann das Wuppertaler Stadtwerk WSW Energie und Wasser AG den Wettbewerb um den Stadtwerke Award. WSW zeigt, wie ein idealer Kreislauf von der Abfallentsorgung über die Energiegewinnung bis hin zum öffentlichen Nahverkehr hergestellt werden kann und Sektorkopplung aktiv gelebt wird. Die klassischen Stadtwerke-Aufgaben Entsorgung, Energiegewinnung und öffentlicher Nahverkehr werden intelligent miteinander verknüpft und so die verschiedenen Kompetenzen der Tochtergesellschaften ideal verbunden.

### Innovative Technik

Darüber hinaus hat die WSW Energie und Wasser eine intelligente Lösung für die Sektorkopplung in Regionen ohne Ausbaumöglichkeiten für erneuerbare Energien entwickelt: In Wuppertal werden Abfälle als Basis für die Herstellung von Wasserstoff genutzt. Der gewonnene Wasserstoff wird anschließend in den Wuppertaler Brennstoffzellen-Bussen eingesetzt. Mit dem neuen Müllheizkraftwerk, das Fernwärme, Strom- und Wasserstoffherzeugung bündelt, punktet das Projekt zudem mit innovativer Technik. **DK**

Bayernwerk AG:

## Mit Großspulen gegen Blindleistung

Per Bahn und anschließend als Schwertransport mit einem Zwölf-Achsen-Anhänger wurde nun die erste von bayernweit sechs sogenannten Blindleistungskompensationsspulen im Hochspannungsnetz der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) geliefert. Der rund 120 Tonnen schwere Technik-Koloss wurde im Neubaubereich des Umspannwerks in Schweinfurt aufgestellt.

Das Gerät dient der Kompensation von unerwünschter Blindleistung, die neben nutzbarer Wirkleistung im Netzbetrieb entsteht. Um die elektrische Spannung weiterhin im zulässigen Bereich zu halten, gleichen die Geräte künftig die vorhandene Blindleistung aus. Mehr als 50 Bayernwerk-Kunden haben sich beteiligt. Der Gesamtwert einer Spule liegt im Schnitt bei rund vier Millionen Euro.

Es ist wie mit dem Schaum in einer Maß Bier: Bei der Stromübertragung mit Wechselspannung entsteht neben der nutzbaren Wirkleistung immer auch Blindleistung. Wenn die Verläufe von Strom und Spannung verschoben sind, schwingt nicht verwertbare Blindleistung im Stromnetz hin und her. Das kostet das Netz Power, denn alle Betriebsmittel wie Leitungen und Transformatoren müssen die Blindleistung zusätzlich zur Wirkleistung übertragen. Begleitend treten Probleme bei der Einhaltung der Grenzwerte für die elektrische Spannung auf. Abhilfe sollen in Zukunft sechs mächtige Kompensationsspulen schaffen, die verteilt im gesamten Bayernwerk-Netz zum Einsatz kommen. Die erste Spule wurde jetzt in Schweinfurt aufgestellt.

### Einhausung als Lärmschutz

Der Transport und die Platzierung auf dem vorbereiteten Fundament im Umspannwerk Schweinfurt war die Aufgabe einer Spezialfirma aus Österreich. Mit Hilfe einer mobilen Lastenbrücke wurde die 120 Tonnen schwere Blindleistungskompensationsspule an dicken Stahlseilen hängend Zentimeter genau vom Anhänger auf das Fundament gehoben. Später, mit Öl gefüllt und mit der Kühleinheit ergänzt, wird die Spule rund 180 Tonnen wiegen.

Um die Geräusch-Emissionen zu minimieren, wird das meterhohe Bauteil abschließend noch mit einem Schallschutzgebäude eingehaust. Die Blindleistungskompensationsspule soll mit der Fertigstellung des ersten Neubau-Abschnitts im Schweinfurter Umspannwerk

im kommenden Frühjahr in Betrieb gehen. „Wir möchten, dass sowohl wir als auch unsere Kunden ihr Netz effizient und sicher betreiben können. Mit wachsender dezentraler Erzeugung und der zunehmenden Verkabelung von Leitungen steigt der Anteil der Blindleistung im gesamten Stromnetzverbund. Der Bedarf an Kompensation auf allen Spannungsebenen, auch bei lokalen Netzbetreibern wie Stadtwerken, nimmt stetig zu“, beschreibt Projektleiter Thomas Henze die Ausgangssituation.

### Reges Interesse

Der technische Eingriff des Bayernwerks und das Angebot an die Kunden, das Problem gemeinsam zu lösen und Kompensationsleistung im Hochspannungsbereich zu planen und bereitzustellen, ist auf reges Interesse gestoßen: „Durch die Bündelung des Kompensationsbedarfs lässt sich die Blindleistung bayernweit mit wenigen großen Kompensationsspulen ausgleichen. Die Alternative wäre, dass in der nachgelagerten Mittelspannungsebene viele kleine Anlagen aufgestellt werden müssten, die letztlich dieselbe Aufgabe erfüllen“, so Thomas Henze. Das Bayernwerk hatte zahlreichen Netzbetreibern angeboten, sich an der Netzoptimierung zu beteiligen und langfristig einen Teil der technischen Leistung der Großspulen abzunehmen. Rund 95 Prozent der bis 2022 geplanten Kompensationskapazitäten sind bereits vergeben.

In diesen Tagen wird eine zweite Kompensationsspule mit gleicher Leistung und Größe in Pleinting (Niederbayern) aufgestellt. Vier weitere Spulen an Knotenpunkten im Bayernwerk-Netz folgen in den nächsten beiden Jahren in Redwitz (Oberfranken), Schwandorf (Oberpfalz), Oberbachern und Neufing (beide Oberbayern). Mitarbeiter in der Netzleitstelle für das 110-Kilovolt-Netz in Dachau sind für die Steuerung verantwortlich. Zudem übernimmt das Bayernwerk für alle Kooperationspartner den Betrieb, den Service und die Instandhaltung der Spulen. **□**



Jörg Wund  
Geschäftsführer der THERME ERDING

„Mit der STEAG-Lösung für uns hatten wir eine glückliche Hand: Sie liegt genau unter unseren Füßen.“

Gemeinsam mit dem Zweckverband Geowärme versorgen wir die weltweit größte Therme in Erding mit Geothermie aus 2.350 Metern Tiefe. STEAG New Energies ist Partner von Unternehmern: Wir planen, realisieren und betreiben moderne Energiekonzepte rund um Strom, Wärme, Kälte und Druckluft. Sprechen Sie uns an, gemeinsam finden wir die beste Lösung für Ihr Unternehmen.

[www.steag-newenergies.com](http://www.steag-newenergies.com)

**steag**  
NEW ENERGIES

Energiegipfel Bayern 2019:

## Ehrgeizige Ziele

„Unser Motto lautet: konkret, ambitioniert und realistisch. Die Energiewende ist eine Gemeinschaftsaufgabe, bei der wir alle Kräfte brauchen. Deshalb müssen wir die Bürger vor Ort mitnehmen“, erklärte Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger beim Energiegipfel Bayern 2019 in München. Dort haben 111 Experten aus 60 Institutionen monatelang gemeinsam Maßnahmen bewertet und Lösungen gesucht. „Die Ergebnisse lassen wir nun in das neue Bayerische Aktionsprogramm Energie einfließen“, stellte Aiwanger fest.

Für die Energiepolitik bis 2022 gab der Minister ehrgeizige Ziele aus. Bis dahin soll die Photovoltaik-Leistung durchschnittlich pro Jahr um mindestens 500 Megawatt gesteigert werden. Zudem sollen 300 neue Windkraftanlagen in Bayern entstehen und 3.000 zusätzliche Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung mit insgesamt 500 Megawatt errichtet werden. Bei der Wärmewende setzt Aiwanger auf das Potenzial von Holz. Die bayerischen Biomasseanlagen sollen bis 2022 einen Anteil von 20 Prozent an der Wärmeerzeugung erreichen. Aiwanger kündigte an, smarte Energiesteuerungen in sein Programm aufzunehmen und weitere Förderprogramme auf den Weg zu bringen.

Wie Umweltminister Thorsten Glauber, der den Energiegipfel an der Seite Aiwangers begleitete, hervorhob, „gehen Energiepolitik und Klimaschutz Hand in Hand... Jetzt ist es an der Zeit, die richtigen Schritte bei der Energiewende zu gehen und partnerschaftlich Bürger, Kommunen und die Wirtschaft zusammenzubringen. Klimaschutz erfolgreich zu gestalten heißt, die Zukunft nachhaltig und erneuerbar zu denken. Der Schutz des Klimas wird gleichzeitig ein Konjunkturmotor für Bayern sein.“

Der Dialogprozess wurde während der Diskussionsrunden seit dem Frühjahr 2019 transparent gestaltet. Die Protokolle der vier Arbeitsgruppen (AG 1: Erneuerbare Energien-Ausbau in Bayern; AG 2: Energieeffizienz und Energieeinsparung; AG 3: Nachfrage- und Angebotsflexibilitäten –

besondere Speicher; AG 4: Stromnetzarchitektur, Versorgungssicherheit, Digitalisierung) waren meist nur einen Tag nach der jeweiligen Sitzung online verfügbar. Wer wollte, konnte seine Anregungen daraufhin per E-Mail innerhalb von zwei Wochen an das bayerische Wirtschaftsministerium richten.

### AG Erneuerbare Energien-Ausbau in Bayern

Geht es nach den Vorstellungen der AG 1: Erneuerbare Energien-Ausbau in Bayern sollen zukünftige Ausbauziele nicht prozentual an der Bruttostromerzeugung, sondern am Stromverbrauch formuliert werden, vor allem aber auch in absoluten Zahlen angegeben werden. Es wird angeregt, den Flächenbedarf zu quantifizieren. Der Ausbau von Speichertechnologie und Netzen sollte im Einklang mit dem Ausbau Erneuerbarer erfolgen. Die bayerischen Energieziele hätten sich aus den bundesdeutschen Zielen und dem energiepolitischen Dreieck (d.h. Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Umweltverträglichkeit) zu entwickeln.

Was den Ausbau der Windenergie in Bayern, aber auch in Deutschland angeht, ist dieser zum Erliegen gekommen. Wurden 2017 noch 111 Anlagen in Bayern zugebaut, waren es 2018 nur noch acht. Die Arbeitsgruppe ist sich einig, dass die Windenergie Flächen, Genehmigungen und Zuschläge braucht und dafür grundsätzlich Änderungen der Rahmenbedingungen notwendig sind.

Eine gewünschte dezentrale Energiewende erfordere die Einbindung und Entscheidungen der Kommunen bzgl. der Abstimmung. Es wird aber auch prognostiziert, dass die Akzeptanz und Bereitschaft der Kommunen, zukünftig mehr Bauleitplanung zu betreiben, im Laufe der Energiewende steige.

### Windenergie

Die Evaluation der 10-H-Regelung wird als essenziell angesehen und soll so schnell wie möglich durchgeführt werden. Der Freistaat wird aufgefordert, den Schulterchluss mit den Kommunen zu suchen und diese zum Beispiel bei der Bauleitplanung für die Windenergie zu unterstützen. Auch weitere Modelle der Kommunal- und der Bürgerbeteiligung (z.B. Genossenschaften) sollen ausgewertet und geprüft werden, speziell für Bayern und bundesweit im Rahmen des EEG.

Weitere Drehschrauben, für die der Freistaat sich einsetzen sollte, liegen bei der Unterstützung für kommunale, verbraucherne Anlagen (z. B. Nebenanlagen) und einer verbesserten kommunalen Wertschöpfung (z. B. einspeiseangepasste Wegeentgelte) und vor allem bei den Ausschreibungen. Hier seien Maßnahmen notwendig, die den derzeit fehlenden Wettbewerb wiederbeleben und eine regionale Verteilung gewährleisten. Speziell der Windenergie-Erlass wird mehrheitlich als unausgewogenes Ausbauhemmnis angesehen.

Zum Potenzial der Wasserkraft in Bayern halten die Teilnehmer der Arbeitsgruppe einen Zubau von 2,5 TWh (Stromerzeugung pro Jahr) für möglich. Das Potenzial wird bei der Nachrüstung, Modernisierung und Reaktivierung bzw. Effizienzsteigerung und Erhöhung des Nutzungsgrades von be-

stehenden Anlagen sowie bei der Nutzung von neuen Standorten gesehen.

### Wasserkraft

Um den Ausbau der Wasserkraft zu fördern, werden im Rahmen der Arbeitsgruppe verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen. Unterstützt wird die Forderung nach einem klaren politischen Bekenntnis zur Nutzung der heimischen Wasserkraft. Damit verbunden sollte eine Anpassung der Rahmenbedingungen für die Wasserkraftnutzung auf Landes- und Bundesebene angestrebt werden, um die Realisierung des identifizierten Potenzials zu begünstigen.

Auf Landesebene wird insbesondere eine praxisorientierte Vorgehensweise bei wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren genannt. Dazu gehören: Vereinfachen, Beschleunigen, Zuständigkeit für große Projekte ggf. bei Regierungen ansiedeln, zielführende und erzeugungsfreundliche Umsetzung der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie und von nationalem und bayerischem Recht (z. B. bei der neuen Mindestwasserregulierung), objektive Beurteilung von Nutzen und Wirkung und ausgewogene Besetzung Träger öffentlicher Belange im Genehmigungsverfahren. Im Weiteren wird das Schaffen finanzieller Anreize wie z. B. Förderprogramme für die Umsetzung ökologischer Maßnahmen oder den Einsatz umweltverträglicher oder moderner, effizienter Technologien angeregt.

### Photovoltaik

Nach mehreren Jahren der Stagnation nimmt der Ausbau der Photovoltaik wieder Schwung auf. Lag er im Jahr 2016 noch bei knapp 238 MWp in Bayern, stieg er seitdem an auf über 660 MWp im Jahr 2018. Weiterhin sinken die Stromgestehungskosten, die Marktintegration gelingt und mittlerweile gibt es die ersten großen Projekte, die auf eine Förderung durch das EEG vollständig verzichten. Trotzdem stellt die Arbeitsgruppe an erster Stelle und mit breitem Konsens fest, dass der 52-GW-Deckel für die Photovoltaik gestrichen werden muss.

Weiterhin identifiziert die Arbeitsgruppe viele Probleme und Stellschrauben, zum Beispiel bürokratische Hürden für Besitzer kleiner PV-Anlagen, Belastungen beim Eigenverbrauch, nach wie vor zu wenig eingesetzte Speicher und vor allem das weitaus ungenutzte, aber aus Gründen der Flächeneffizienz höchst willkommen, Potenzial der bayerischen Dächer und Fassadenflächen.

Der Freistaat wird aufgefordert, eine Vorbildfunktion wahrzunehmen, durch den Umbau der eigenen Liegenschaften mehr erneuerbare Energien einzubringen und aufzuzeigen, wie im Dienstleistungssektor neue Energielösungen umgesetzt werden könnten. Alle öffentlichen Institutionen sollten zielorientiert prüfen, wie Photovoltaik oder Solarthermieanlagen auf Gebäuden gerüstet werden können.

Das Angebot der Immobilien Freistaat Bayern (IMBY), Dächer zur Verfügung zu stellen, wird derzeit nicht genutzt, da die Vertragsbedingungen der IMBY aus Sicht der Arbeitsgruppe so gestaltet sind, dass eine Investition auf Dächern des Freistaates erheblich erschwert wird. Die Interessen der Nutzer dieser Dachflächen seien in ein ausgewogenes Verhältnis zu den Interessen des Immobilieneigentümers und des Klimaschutzes zu bringen. Als idealer Leuchtturm wurde der Campus in Garching vorgebracht. Geeignete Dachflächen wurden bereits identifiziert und die Investition wäre im Hinblick auf die aktuellen Stromtarife attraktiv. Eine Rückspeisung ins Netz würde aufgrund des hohen Eigenbedarfs nicht stattfinden.



Umweltminister Thorsten Glauber (l.) gemeinsam mit Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger. Bild: StMWi/E. Neureuther

Der Weiterbetrieb der rund 2.500 Biogasanlagen in Bayern soll durch Stärkung ihrer Flexibilität und ihres systemdienlichen und Netz stabilisierenden Einsatzes ermöglicht werden. Die Bioenergie hat ihre Zukunft in der flexiblen Stromerzeugung, um wetterabhängige EE zu ergänzen. Hierzu sollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Anlagen verbessert werden. Zudem gilt es, den Bürokratieaufwand zu reduzieren und weitere Fördermöglichkeiten zu prüfen. Die Nutzung von Abfall und Reststoffen, insbesondere die Güllebehandlung, durch Biogasanlagen soll forciert werden.

### Biomasse

Bei fester Biomasse (Holz) sowie Biogas/Biomethan regt die Arbeitsgruppe an, Holz und Pellets als regionale, erneuerbare Energieträger verstärkt zu nutzen. Die energetische Nutzung von heimischem Holz kann aus forstwirtschaftlicher Sicht in den kommenden Jahren nachhaltig gesteigert werden. Ziel ist die Kaskadennutzung, d. h. Holz soll, wo sinnvoll, möglichst erst stofflich und dann energetisch genutzt werden. Beim Heizen mit Holz können CO<sub>2</sub>-Emissionen vermieden werden, wenn dadurch fossile Energieträger eingespart werden.

Stichwort Solarthermie: Knapp ein Drittel der deutschen Solarkollektorfläche ist im Freistaat installiert. 2017 konnten rund 3 TWh an Wärme aus Solarthermie gewonnen werden. In der Arbeitsgruppe besteht Konsens, dass Solarwärme wichtig ist und viel Potenzial bietet. Weitgehend kommt die AG zum Entschluss, dass Schulungen für die Solarthermie angeboten werden müssen. Gleichzeitig sind Förderprogramme zu überarbeiten, zu überprüfen und einfacher zu gestalten bzw. lesbar zu machen, damit die Fachhandwerker, Fachplaner, Architekten, Kunden und künftige Kunden das Angebot auch annehmen.



Am Kraftwerk Maria Steinbach:

## LEW Wasserkraft nimmt neue Turbine in Betrieb

LEW Wasserkraft hat an der Illerstaustufe bei Maria Steinbach eine neue Turbine in Betrieb genommen. Dabei handelt es sich um eine sogenannte Dotationsturbine, mit der sich die Wassermenge gezielt steuern lässt. Die Turbine wurde bereits im Frühjahr angeliefert und mit Hilfe eines Krans ins Kraftwerk eingesetzt. Sie wiegt mit allen Bauteilen etwa 20 Tonnen. Mit der Inbetriebnahme der neuen Maschine in Maria Steinbach schließt LEW Wasserkraft ein umfassendes Projekt an der Iller ab. Hierbei wurden in den vergangenen vier Jahren drei Illerstaustufen umgebaut und mit Restwasserturbinen ausgestattet.

Bild: LEW / Thorsten Franzisi

## ÜZ Mainfranken erhält Nachhaltigkeitspreis 2019

Nachhaltigkeit heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Interessen in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen – eine Herausforderung, vor der manche Unternehmen noch zurückschrecken. Umso wichtiger sind daher Beispiele, die zeigen, dass sich diese drei Dimensionen nicht gegenseitig ausschließen, sondern in Einklang zu bringen sind. Denn gelebte Nachhaltigkeit braucht Vorbilder. Dieses Engagement würdigt die Region Mainfranken GmbH jedes Jahr mit dem Nachhaltigkeitspreis Mainfranken. Die Preisverleihung des Nachhaltigkeitspreises fand im Rahmen der Eröffnung der Mainfranken-Messe in Würzburg statt.

Aus einem starken Bewerberfeld stach der Beitrag ÜZ Mainfranken aus Lülfsfeld hervor

nur ihren Kunden, wofür sie im Jahr 2018 mit dem Hauptpreis des Bayerischen Energiepreises aus-



V. l.: Daniel Reichel (ÜZ Mainfranken), Bernhard Bedenk (ÜZ Mainfranken), Florian Töpfer (Landrat des Landkreises Schweinfurt), Judith Gerlach (Bayerische Staatsministerin für Digitales) und Elmar Henke (Vorstandsvorsitzender ÜZ Mainfranken). Bild: Eva Gerhart

und wurde von der Jury daher zum Gewinner des Nachhaltigkeitspreises Mainfranken 2019 in der Betriebsgrößenklasse „51-250 Mitarbeiter“ gekürt.

Bereits seit Jahrzehnten ist die ÜZ Mainfranken ein Vorbild in Sachen grüner Energie und digitalem Fortschritt. Innovative Lösungen im Bereich regenerativer Energien bietet die Genossenschaft nicht

gezeichnet wurde, sondern setzt diese auch konsequent auf dem eigenen Betriebsgelände um, was die Auszeichnung mit dem Nachhaltigkeitspreis Mainfranken bestätigt.

Ein wichtiger Baustein der betrieblichen Anstrengungen in Sachen Umwelt- und Klimaschutz sind etwa die in den vergangenen Jahren durchgeführten ener-

getischen Sanierungsmaßnahmen an Gebäudehülle und Betriebsanlagen. So wurden beispielsweise in der Fahrzeughalle moderne Wärmeschutzverglasungen eingebaut und die Betriebsgebäude auf restlicht- bzw. präsenzgesteuerte LED-Beleuchtung umgestellt.

Besonders herausragende Beispiele für die Nachhaltigkeit sind das ganzheitliche Wärmekonzept basierend auf einer Wärmepumpe zur Nutzung der Abwärme aus dem Rechenzentrum oder das firmeninterne E-Mobilitäts-Ladekonzept zur Nutzung des eigens erzeugten Solarstromes auf Basis eines BMW i3-Speichers.

Apropos Mobilität: hier nimmt die ÜZ Mainfranken eine absolute Vorreiterrolle ein. Neben E-Bikes befinden sich aktuell auch sieben E-Mobile inklusive drei Hybrid-Fahrzeugen im betrieblichen Fuhrpark – Tendenz steigend. Die Anschaffung von E-Autos durch Mitarbeiter wird für Neuwagen mit 2.000 Euro und für Gebrauchtwagen mit 1.000 Euro bezuschusst, die Bildung von Fahrgemeinschaften wird gefördert und die Nutzung des ÖPNV für Dienststreifen liegt bei immerhin 50 Prozent.

Mit der Initiierung von vier Energieeffizienznetzwerken stellt die ÜZ Mainfranken auch ihr großes außerbetriebliches Engagement eindrucksvoll unter Beweis. Diese bundesweit einzigartige Konstellation unterstützt mainfränkische Kommunen auf ihrem Weg zu mehr Energiesparen sowie einer CO<sub>2</sub>-freien und effizienten Energieversorgung. □

erdgas schwaben und The Mobility House:

## Gemeinsam in die Zukunft für nachhaltige Elektromobilität

Zwei Partner, ein Ziel: Der Energieversorger erdgas schwaben und das Technologieunternehmen The Mobility House kooperieren im Themenfeld Elektromobilität. „Das heißt noch mehr Service für unsere Privat- und Gewerbekunden“, sagt Jens Dammer, Leiter Vertrieb erdgas schwaben.

„Gemeinsam mit The Mobility House bieten wir Ladestationen an – von der Wallbox für die Familiengarage bis zum Rundum-Sorglos-Paket mit Lade- und Energiemanagement für elektrische Flotten. Und on top gibt's für den Einstieg in die nachhaltige und kostengünstige Elektromobilität klima- und umweltschonenden Strom aus 100 Prozent heimischer Wasserkraft von erdgas schwaben.“

### Breite Palette an Ladelösungen aus dem Sortiment von The Mobility House

Für erdgas schwaben-Kunden ist der Umstieg aufs Elektroauto einfach und bequem. The Mobility House bringt langjährige Erfahrung auf diesem Gebiet mit und unterstützt sie bei der Auswahl der passenden Lademöglichkeit. Elektroautofahrer und -fahrerinnen können aus einer breiten Palette an Ladelösungen aus dem Sortiment von The Mobility House wählen.

### Individuelle Beratung für Kunden und Umwelt

Persönliche und individuelle Beratung gibt es bei den E-Mobilitätsexperten von erdgas schwaben und The Mobility House. Sei es fürs Zuhause-Laden, das schnelle, komfortable und sichere Laden von E-Autos über eine Wallbox in der eigenen Garage. Oder im Bereich Ladelösungen für Geschäftskunden, die den Aufbau skalierbarer Ladeinfrastruktur im privaten oder halböffentlichen Bereich planen. Hier helfen intelligente Ladestationen mitsamt einem innovativen Lade- und Energiemanagementsystem dabei, die Ladeinfrastruktur kostengünstig

Bürgerkampagne zum energetischen Sanieren:

## Verbraucherzentrale berät vor Ort

Die energetische Sanierung von Gebäuden ist ein wichtiger Baustein der Energiewende. Die Kommunen können ihre Bürgerinnen und Bürger durch eine gemeinsame Kampagne mit der Verbraucherzentrale Bayern motivieren, sich mit dem eigenen Gebäude zu beschäftigen.

Unter dem Motto „Aus alt mach neu“ führt die Verbraucherzentrale Bayern in Kooperation mit Kommunen Beratungsaktionen zum energetischen Sanieren durch. Ein wichtiger Baustein ist eine neutrale und unabhängige Energieberatung, die auf die individuellen Bedürfnisse und finanziellen Möglichkeiten von Haus- und Wohnungseigentümern eingeht.

### Gute Erfahrungen mit lokalen Kampagnen

„Wir haben sehr gute Erfahrungen mit konzentrierten lokalen Kampagnen gemacht. Viele Bürger fühlen sich gut beraten und gehen dann die Sanierung ihres Hauses an. Außerdem wird das Engagement der Kommune bei der Energiewende und beim Klimaschutz sichtbar“, erklärt Sigrid Goldbrunner, Regionalmanagerin der Verbraucherzentrale Bayern.

Die Kampagne läuft folgen-

dermaßen ab: Während eines festgelegten Zeitraums können sich die Bürgerinnen und Bürger umfassend bei Vorträgen und Energiesprechstunden informieren, welche Schritte bei der Sanierung eines Gebäudes sinnvoll sind.

Zentraler Bestandteil der Aktivitäten ist der Check zu Hause. Für diese Beratung fällt ein Eigenanteil von 30 Euro an, der von der Kommune übernommen werden soll. Die restlichen Kosten von 196 Euro finanziert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

### Einfacher und bequemer Umstieg

Damit Elektroautos ihren Umweltvorteil voll ausspielen können und im Betrieb zu 100 Prozent schadstofffrei unterwegs sind, liefert erdgas schwaben Strom aus 100 Prozent heimischer Wasserkraft. erdgas schwaben macht seinen Kunden den Zugang zur nachhaltigen Mobilität der Zukunft damit einfach und bequem.

„So gestalten The Mobility House und erdgas schwaben die Energiewende aktiv mit“, sagt Jens Dammer. „Dazu gehört die zukunftsweisende Elektromobilität ebenso wie die sichere, umwelt- und klimaschonende sowie bezahlbare Versorgung mit erneuerbaren Energien.“

### Innovatives Mobilitätskonzept

Zum Selbstverständnis von erdgas schwaben als regionaler Energiedienstleister, der sich für nachhaltige Energieversorgung und ressourcenschonende Technik engagiert, gehört ein klimaschonendes und innovatives Mobilitätskonzept.

Fahren mit Strom ist ein wichtiges Geschäftsfeld von erdgas schwaben. Schon jetzt betreibt erdgas schwaben 18 Ladesäulen für Elektrofahrzeuge. Weitere sind geplant. An den Ladesäulen wird Strom aus 100 Prozent heimischer Wasserkraft geladen. □

Bürgerkampagne zum energetischen Sanieren:

## Verbraucherzentrale berät vor Ort

Die energetische Sanierung von Gebäuden ist ein wichtiger Baustein der Energiewende. Die Kommunen können ihre Bürgerinnen und Bürger durch eine gemeinsame Kampagne mit der Verbraucherzentrale Bayern motivieren, sich mit dem eigenen Gebäude zu beschäftigen.

Unter dem Motto „Aus alt mach neu“ führt die Verbraucherzentrale Bayern in Kooperation mit Kommunen Beratungsaktionen zum energetischen Sanieren durch. Ein wichtiger Baustein ist eine neutrale und unabhängige Energieberatung, die auf die individuellen Bedürfnisse und finanziellen Möglichkeiten von Haus- und Wohnungseigentümern eingeht.

Zentraler Bestandteil der Aktivitäten ist der Check zu Hause. Für diese Beratung fällt ein Eigenanteil von 30 Euro an, der von der Kommune übernommen werden soll. Die restlichen Kosten von 196 Euro finanziert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

### Kostenloser Gebäude-Check für Hausbesitzer

Beim Gebäude-Check kommt ein fachlicher geprüfter Energieberater direkt nach Hause. Er nimmt im Haushalt eine Bestandsaufnahme der Stromgeräte vor, beurteilt den Strom- und Heizenergieverbrauch und identifiziert gemeinsam mit dem Be-



V. l.: Gottfried Hänsel, 3. Bürgermeister in Wemding, Peter Schiele, Bezirksrat, Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben, Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben, und Dr. Martin Drexler, 1. Bürgermeister in Wemding. □

## Starke regionale Partnerschaft für die Zukunft

erdgas schwaben und Wemding feiern 40 Jahre Erdgas Eröffnung der Ausstellung „Unsere Energiewelt heute und morgen“

„Es ist sehr gut, eine regionale Partnerschaft in die Zukunft zu tragen“, unterstrich Dr. Martin Drexler, Erster Bürgermeister der Stadt Wemding. Gleich zwei Ereignisse feierten erdgas schwaben und die Stadt Wemding: das Jubiläum „40 Jahre Erdgas in Wemding“ und die Eröffnung der erdgas schwaben-Ausstellung „Unsere Energiewelt heute und morgen“.

Vor 40 Jahren begann in Wemding die Energiezukunft: Seit 1979 versorgt erdgas schwaben die Stadt zuverlässig und sicher mit umweltschonendem Erdgas. Heute verfügt Wemding über rund 37 Kilometer Ortsnetzleitungen und mehr als 1200 Hausanschlüsse für Erdgas. Dadurch leisten die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Kommune und die Gewerbebetriebe in Wemding einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

### Sehr gute Zusammenarbeit: Wemding ist wirtschaftlich gesunde Stadt

„Neue Technologien mit Blick auf Nachhaltigkeit stehen heute in unserem Fokus: Power to Gas und Bio-Erdgas oder Strom aus Wasserkraft. Und das ist auch unsere Antwort auf Fragen, die sich junge Menschen gerade weltweit stellen“, sagte Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben, bei der Feier in der Leonhart-Fuchs-Mittelschule.

Bürgerkampagne zum energetischen Sanieren:

## Verbraucherzentrale berät vor Ort

Die energetische Sanierung von Gebäuden ist ein wichtiger Baustein der Energiewende. Die Kommunen können ihre Bürgerinnen und Bürger durch eine gemeinsame Kampagne mit der Verbraucherzentrale Bayern motivieren, sich mit dem eigenen Gebäude zu beschäftigen.

### Anschauliche Auswertung

Der Experte bespricht, ob sich der Einsatz von erneuerbaren Energien lohnt und empfiehlt auch aktuelle Förderprogramme. Die Ergebnisse des Gebäude-Checks fasst der Berater in einem Kurzbericht zusammen. Etwa vier Wochen nach dem Termin kommt der Bericht per Post nach Hause. Anhand der anschaulichen Auswertung können Verbraucher schnell beurteilen, welche Maßnahmen sie kurzfristig selbst umsetzen lassen und bei welchen Aspekten sich eine tiefergehende Folgeberatung empfiehlt.

Kommunen, die eine solche Kampagne im nächsten Jahr durchführen möchten, können sich bei der Verbraucherzentrale Bayern melden.

Kontakt: Sigrid Goldbrunner, Telefon: 089-552794172, E-Mail: goldbrunner@vzbayern.de □

## Messe München stellt komplett auf Ökostrom um

Ab Januar 2020 stellt die Messe München komplett auf rein regenerativ erzeugten Strom um und geht damit einen weiteren Schritt in Richtung klimaneutralem Handeln. Schon in den vergangenen Jahren war mehr als die Hälfte des Strombedarfs aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt worden. „Jetzt haben wir auf 100 Prozent umgestellt, was eine weitere beträchtliche CO<sub>2</sub>-Einsparung zur Folge haben wird“, erläutert Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München.

Der durchschnittliche Strombedarf der Messe München am Standort München-Riem entspricht dem von rund 9.100 Münchner Zwei-Personen-Haushalten. Durch die vollständige Umstellung auf regenerativ erzeugten Strom werden jährlich rund 6.400 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Die Bedeutung der Maßnahme erklärt sich am besten, wenn man die Zahl der Bäume zugrunde legt, die benötigt wird, um das schädliche Kohlendioxid aus der Luft zu binden. Geht man davon aus, dass zur Kompensation einer Tonne CO<sub>2</sub> im Jahr rund 80 Bäume gebraucht werden, dann entspricht die künftige Einsparung auf dem Messegelände der Leistung von rund 511.500 Bäumen im Jahr.

### Standort mit Strahlkraft

„Das sind Zahlen, die uns schon ein wenig stolz machen“, freut sich Dittrich und ergänzt: „Die Messe München als einer der international führenden Messeveranstalter hat weltweit eine hohe Strahlkraft. Sowohl in ihrem Handeln als auch auf ihrem Gelände ist sie der Nachhaltigkeit in besonderer Weise verpflichtet. Mit der Umstellung auf Ökostrom gehen wir hier einen weiteren Schritt in Richtung klimaneutralem Handeln.“

Die Umstellung auf Ökostrom ist

eine zentrale Maßnahme für mehr Nachhaltigkeit. Die Messe München hat sich für den M-Ökostrom der SWM entschieden, der transparent belegbar ausschließlich aus regenerativen Energiequellen produziert wird. Im Raum München sind dies vor allem Wasserkraftwerke sowie Photovoltaik- und Geothermie-Anlagen. Biogas und Windkraft spielen derzeit noch eine eher untergeordnete Rolle.

Die Messe München setzt sich für den Umwelt- und Klimaschutz ein sowie für die Schonung von Ressourcen. Als erstes Messegelände der Welt wurde sie durch den TÜV SÜD mit dem Zertifikat „Energieeffizientes Unternehmen“ ausgezeichnet.

Beispielhaft für den hohen Nachhaltigkeitsanspruch des Unternehmens beim Betrieb des Messegeländes sind auch die Photovoltaik-Anlagen auf den Messedächern, ein mit Erdgas betriebenes Blockheizkraftwerk sowie ein ausgeklügeltes System zur Regenwasserversickerung zur Entlastung der Kanalisation. Teile des Messegeländes werden mit Erdwärme beheizt. Schon heute ist die Messe München Unterzeichnerin des fairpflichtet Nachhaltigkeitskodex, der mit zehn Leitsätzen die Nachhaltigkeit bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen fokussiert. □

**Keine Power mehr?**

Komm zu erdgas schwaben!

**Echt fairer Strom.**

erdgas-schwaben.de

**erdgas schwaben**  
sicher, günstig, nah

# Blockchain-Forschung ermöglicht regionalen Energiehandel

Bayerisches Wirtschaftsministerium fördert Forschungsprojekt

Wie können verschiedenste Energieerzeuger – ob Hauseigentümer mit PV-Anlage auf dem Dach, Bürgerenergiegenossenschaften mit Windkraftanlagen bis BHKW-Betreiber – ihren Strom vor Ort direkt an Kunden vermarkten? Die Thüga erforscht gemeinsam mit der Technischen Universität München (TUM), den regionalen Energieversorgern Erdgas Schwaben und Energie Südbayern sowie mit Syneco und Thüga SmartService (TSG), wie eine regionale Stromhandelsplattform (RegHEE) auf Basis von Blockchain-Technologie funktionieren kann. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie fördert über das Zentrum Digitalisierung.Bayern.

Zum offiziellen Projektstart konnten die Projekt- und Förderpartner in München den bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger, begrüßen. Die Kunden begrüßen, der mit seinem Besuch die Bedeutung dieses Forschungsprojekts unterstrich: „Wichtig für die Akzeptanz erneuerbarer Energien ist die Bürgernähe. Wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern ihren persönlichen Nutzen deutlich aufzeigen, gelingt es uns, mehr erneuerbare Energien in das System zu bringen. Ich sehe neue Technologien wie Blockchain als wichtiges Mittel, die Energiewirtschaft zu modernisieren. Die Kunden möchten, dass ‚ihr‘ Strom auch wirklich vor Ort erzeugt wird.“

Dr. Matthias Cord, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Thüga Aktiengesellschaft, ergänzt: „Regionale Energieversorger sind vor Ort verankert und nahe am Kunden. Daher sind sie ideale Partner, die regionale Identität und das gewachsene Umweltbewusstsein ihrer Ener-

gie-Kunden zu unterstützen.“ Im Rahmen des Forschungsprojekts entwickeln die Partner eine Handelsplattform, bei der alle Teilnehmer sowohl Erzeuger als auch Abnehmer sein können. „Das Projekt ist grundsätzlich offen für alle denkbaren Erzeuger“, erklärt Cord. „Neben Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) von Hausbesitzern könnten dies auch Blockheizkraftwerke oder sogar Windenergieanlagen von Bürgerenergiegenossenschaften sein.“

## Transparenter Energiehandel

So können alle, die sich am lokalen Energiehandel beteiligen wollen, ihre voraussichtlichen Strommengen automatisiert auf einer Handelsplattform anbieten. „So wird Energieproduktion und Energiehandel transparent und lokal. Der Preis, zu dem angeboten wird, ist der Produktionspreis und inklusive einer Handelsspanne“, sagt Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung Erdgas Schwaben GmbH. Die produzierte Strommen-

ge wird einfach in das Ortsnetz eingespeist. Intelligente Messsysteme erfassen die Mengen und verbuchen sie auf der Plattform. Energie kann so sehr lokal erzeugt und verbraucht werden – am besten unter Nachbarn. Markus Last erklärt: „Wer kaufen will, setzt seinen Maximalpreis als Obergrenze ein und kauft. Liegt der Preis über diesem persönlichen Limit, wird überregionaler Strom aus dem allgemeinen Stromnetz erworben.“

## Blockchain bietet Sicherheit und Transparenz

Sicherheit bei gleichzeitiger Transparenz für alle Handelspartner ist für eine dezentrale Handelsplattform Grundvoraussetzung. „In der Blockchain werden Transaktionsmanipulationssicher fortgeschrieben. Jeder Block basiert auf den vorherigen Transaktionen, einzelne Blöcke lassen sich so nicht mehr verändern“, sagt Prof. Ulrich Wagner von der TUM. Die Blockchain-Technologie verspricht eine zuverlässige Abwicklung der Transaktionen unter den Plattformteilnehmern. „Inwieweit die Blockchain für den regionalen Stromhandel einen Mehrwert liefern kann, gilt es in RegHEE zu untersuchen.“ Marcus Böske, Sprecher der Geschäftsführung von Energie Südbayern ergänzt: „Neue Technologien, wie Blockchain und Smart Meter, ermöglichen uns ganz neue Denksätze. In Kürze werden viele kleine PV-Anlagen aus der Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz fallen. Mit der regionalen Stromhandelsplattform RegHEE können wir regionale und nachhaltige Lösungen für unsere Kunden entwickeln.“

## Instrument zur Kundenbindung

Energie Südbayern und Erdgas Schwaben sind starke Partner in ihrer Region und liefern umweltbewussten Kundinnen und Kunden bereits heute Ökostrom und CO<sub>2</sub>-neutrales Erdgas. Mit RegHEE werden gezielt die Kunden angesprochen, die nach flexiblen Möglichkeiten für ihre eigene Stromproduktion suchen. „Die dezentrale Energieversorgung ist ein wichtiger Baustein der Energiewende“, erläutert Franz Schulte, Geschäftsführer der TSG. „Unser Know-how als Gateway-Administrator können wir im RegHEE-Projekt perfekt einbringen.“ Aiwanger ergänzt: „Mit diesem Forschungsprojekt zeigen wir, dass bayerische Unternehmen entscheidend die Energiewende mit kreativen Lösungen gestalten. Wir verbinden auf ideale Weise das Wissen unterschiedlichster Partner und schaffen so nachhaltigen Mehrwert für die Bürger.“

Projekt gestellt. „Das wird ein echtes Schmuckstück“, sieht Thoma sein neuestes Projekt bereits vor sich. Versenkt im Boden, mit direktem Zugang zur Schule, daneben Platz für einen 50 Kubikmeter-Hackschnitzel-Speicher. Und das alles ohne weiteren Flächenverbrauch.

„Ich werde stattdessen vorhandenen Wirtschaftsraum umnutzen“, betont Thoma, der seinen Milchviehbetrieb mit derzeit 70 Kühen und Nachzucht ein wenig zurückfahren will, wenn die neue Anlage läuft. „Um Zeit und Energie für anderes zu gewinnen“, sieht der Hobby-Eishockey-Spieler in jeder Veränderung immer auch eine Chance zur Verbesserung. In diesem Fall könnten davon ganz viele profitieren: Hubert Thoma, seine Familie, der Betrieb, seine Nachbarn, die Gemeinde – und nicht zuletzt das Klima!

## Quartierskonzept „Altenstadt Schule“:

## Nachhaltige Nahwärme für Schule, Kindergarten und Sportanlage

Vor 20 Jahren hatte Hubert Thoma aus dem oberbayerischen Altenstadt schon mal über eine zentrale Nahwärmeversorgung nachgedacht. Damals war aus seinen Plänen von einer großen Hackschnitzelheizung mit angeschlossenem Leitungsnetz nichts geworden. Jetzt steckt der Landwirt erneut in den Planungen – und wenn alles gut läuft, dann wird er ab dem übernächsten Winter von seinem Hof aus zwei angrenzende Schulen und den benachbarten Kindergarten, das Sportheim sowie eine Handvoll privater Wohnhäuser beheizen. Nachhaltig und wirtschaftlich – so hat Energieberater Thomas Hartmann vom Kemptener Verein renergie Allgäu für ihn errechnet.

Im Frühjahr dieses Jahres hatte Altenstadts Bürgermeister Albert Hadersbeck bei Thoma angefragt, ob er sich nicht vorstellen könnte, die Wärmeversorgung für die Schulen in der Gemeinde zu übernehmen. Ganz ähnlich, wie es bereits seit einigen Jahren der örtliche Metzger Filser tut, der mit der Abwärme aus seinem Hackschnitzelheizwerk unter anderem das Rathaus, den Bauhof und die Feuerwehr mit beheizt. „Problemlos, zuverlässig, ohne einen einzigen Störfall bisher“, wie Bürgermeister Hadersbeck anerkennend bemerkt. Er sieht im Nahwärmenetz darum die ideale Alternative zu den derzeitigen Gaskesseln in der Altenstadter Grund- und Förderschule, die dringend einer Sanierung bedürfen.

Auch Landwirt Thoma war von der Idee sofort fasziniert. Genau wie vor 20 Jahren, als er zwar kein Wärmenetz verwirklichen konnte, wohl aber die eigene Heizung von Öl auf Scheitholz umrüstete. „Weil mir Nachhaltigkeit und Klimaschutz ein großes Anliegen sind“, erklärt der 44-jährige Vater dreier Kinder, der mit seiner Familie privat seit vielen Jahren ganz bewusst auf Flugreisen verzichtet und das Brennholz aus seinen eigenen 14 Hektar großen Waldflächen bezieht.

Um sicher zu gehen, dass das Projekt nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch Sinn macht, holte sich Hubert Thoma einen Fachmann ins Boot: Energieberater Thomas Hartmann, Vorsitzender des Kemptener Vereins renergie Allgäu, erstellte in seinem Auftrag ein umfassendes Quar-

terskonzept, in dem das angeordnete Projekt genauestens untersucht wurde. 65 Prozent der Gesamtkosten von knapp 8000 Euro für dieses Gutachten wurden dabei über das KfW-Programm 432 finanziert, den Rest trugen die Gemeinde und der Landwirt.

„Gut investiertes Geld“, meint Hubert Thoma – umso mehr, als ihm Thomas Hartmann nicht nur die angemessene Größe der geplanten Anlage errechnete, sondern auch noch eine Reihe von Förderprogrammen auflistete.

## Förderprogramme nutzen

Neben der KfW-Bank greift in seinem Fall sogar das Programm „BioKlima Bayern“, welches das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für Anlagen mit mindestens 2.000 jährlichen Vollnutzungsstunden bei einer Belegungsdichte von mindestens 1.500 Kilowattstunden je Meter Leitungslänge ausgewiesen hat. „Strenge Vorgaben, die nur extrem selten erfüllt werden können“, wie Thomas Hartmann weiß. Bei Hubert Thoma aber sorgen gleich drei große Wärmeabnehmer auf engstem Raum für die ideale Auslastung. Sein Nahwärmenetz mit einer Leistung von 500 KW umfasst gerade mal eine errechnete Länge von 570 Metern.

Der leidenschaftliche Landwirt hat das Gutachten genauestens studiert, viel und lang mit einem befreundeten Steuerberater telefoniert, sich sehr intensiv mit seiner Ehefrau beraten – und inzwischen den Förderantrag für das



Das Projektteam mit Energieminister Hubert Aiwanger (vorne Mitte).

Bild: Thüga/Falk Heller

## Stadt und Fluss näher zusammenbringen:

# LEW Wasserkraft und Donauwörth starten Pilotprojekt „CityRiver“

Den Lebensraum Fluss im Stadtgebiet aufwerten – sowohl für Tiere und Pflanzen als auch für Bürger und Besucher. Darum geht es bei dem Pilotprojekt „CityRiver“ in Donauwörth. Das Projekt an der Donau, das von LEW Wasserkraft und der Stadt Donauwörth sowie weiteren Partner aus der Wissenschaft umgesetzt wird, soll europaweiten Vorbildcharakter haben. Nun fiel der Startschuss für das EU-geförderte Vorhaben.

Im städtischen Bereich sind Flüsse meist eingezwängt in ein schmales Flussbett zwischen steilen künstlichen Ufern. Dies führt dazu, dass der Fluss für die Anwohner nur schwer erreichbar ist. Zudem gibt es in diesen Bereichen kaum geeignete Lebensräume für Fauna und Flora und es kommt häufig zu Eintiefungen des Flussbettes. Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation sind meist nicht leicht umzusetzen, da im Stadtgebiet der Hochwasserschutz besonders berücksichtigt werden muss. Genau hier setzt das Pilotprojekt „CityRiver“ in Donauwörth an. Es verknüpft diese vielfältigen Anforderungen und setzt innovative Maßnahmen an der Donau im Stadtgebiet um. Das Projekt CityRiver läuft bis 2023 und wird von LIFE, einem Programm der EU für Umwelt, Naturschutz und Klimapolitik, gefördert. Die Gesamtkosten für das Vorhaben belaufen sich auf rund vier Millionen Euro. Die EU übernimmt 55 Prozent der förderfähigen Kosten.

An der Planung und Durchführung des Pilotprojekts sind neben der Stadt Donauwörth und LEW Wasserkraft auch die Mittlere Donau Kraftwerke AG (der Eigentümer des Wasserkraftwerks Donauwörth), die Technische Universität München, die Universität Innsbruck, der Fischereiverband Schwaben und die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt mit dem Aueninstitut Neuburg beteiligt.

## Ziele des Pilotprojekts

Das Projekt CityRiver verfolgt mehrere Ziele: Zunächst wollen die Projektpartner die ökologische Situation der Donau im Stadtgebiet verbessern und Lebensräume für Flora und Fauna entwickeln. Gleichzeitig möchten sie den Fluss für die Anwohner wieder zugänglich und „erlebbar“ machen, indem das Flussbett wo möglich aufgeweitet und die Uferbefestigungen angepasst werden. So wird der Fluss zum Naherholungsraum und das Bewusstsein für den Lebensraum gestärkt.

Auch das Thema Flusseintiefung wird in dem Projekt betrachtet. So soll durch innovative Sicherungsmaßnahmen der Flusssohle und ein angepasstes Geschiebemanagement, d.h. ein gezieltes Einbringen von Kies, die weitere Eintiefung verhindert werden. Alle Maßnahmen werden so geplant, dass sowohl die Lebensräume für Fische als auch

der Hochwasserschutz verbessert werden.

Eine zentrale Rolle im Projekt spielt auch die Beteiligung der Bürger, die unter Leitung der Stabstelle Stadtmarketing der Stadt Donauwörth intensiv in den Planungspro-



V.l.: Stefan Rößle, Landrat des Landkreises Donau-Ries, Prof. Dr. Frank Pöhler, Geschäftsführer von LEW Wasserkraft, Donauwörths Oberbürgermeister Armin Neudert und LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann präsentierten im Herbst 2017 den Projektantrag. Nun kam die Förderzusage der EU – das Projekt kann starten. Bild: LEW / Christina Bleier

zess einbezogen werden sollen.

Das Projekt besteht im Wesentlichen aus drei Bausteinen: Der erste Abschnitt umfasst die Mündung der Wörnitz in die Donau, den sogenannten Donauspitz. Hier ist geplant, das Ufer abzufachen, naturnah zu gestalten und über eine Treppe einen besseren Zugang zum Fluss zu schaffen. Zudem sollen an dieser Stelle Kiesbuhnen eingebaut werden, also kleine Dämme, die im rechten Winkel zum Ufer in den Fluss ragen. Diese Buhnen werden die Gewässerstruktur auf und fördern die Dynamik der Donau.

## Monitoring-Programm

Auch an der historischen Ufermauer bei der Donaupromenade soll sich etwas tun. An diesem zweiten Abschnitt werden eine naturnahe Treppenanlage und eine Bootsanlegestelle entstehen, der Bootsfahrer und möglicherweise das Ausflugsschiff „Ulmer Schachtel“ wieder anlegen könnten. Hierfür wollen die Projektpartner die Flusssohle mit unterschiedlich großen Flussbausteinen belegen, so dass die weitere Eintiefung verhindert wird und die Boote an der Hafenanlage von Donauwörth anlegen können.

Durch aufwändige Voruntersuchungen und Modellberechnungen werden die Spezialisten der TU München und der Universität Innsbruck die zur Anwendung kommenden innovativen Bau-

weisen optimieren und ein angepasstes Monitoring-Programm für die Umsetzungsphase erarbeiten. Der dritte und letzte Abschnitt betrifft die steile Uferböschung auf Höhe der „Wildnis“. Hier soll das Ufer abgefacht werden, damit die Donau im Stadtgebiet für die Menschen erlebbarer wird und gleichzeitig wertvolle Laichhabitate für die heimischen Fischarten – wie Huchen und Nase – entstehen können. Daneben sollen auch Wechselwasserzonen für besonders spezialisierte Auenbewohner

entwickelt werden. Hierzu erarbeiten die Experten vom Aueninstitut Neuburg und vom Fischereiverband Schwaben ein Gewässerentwicklungskonzept, das im Rahmen der offenen Planung und in Bürger-Dialog-Foren diskutiert und weiterentwickelt werden soll.

Alle geplanten Maßnahmen werden in enger Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt Donauwörth durchgeführt und auf die laufenden Planungen der Hochwasser-Schutzmaßnahmen für die Stadt Donauwörth angepasst. Über regelmäßige Lenkungskreissitzungen wird der Abstimmungsprozess mit den verantwortlichen Fachbehörden gewährleistet.

## Das weitere Vorgehen

Nach dem positiven Bescheid der EU und dem offiziellen Startschuss beginnen die Projektpartner nun mit den detaillierten Untersuchungen und Konzepterstellung. Nachdem sie die ökologische und hydrologische Situation erfasst haben, werden Gewässerentwicklungskonzepte entwickelt. Die Bürger sollen dabei die Möglichkeit haben, ihre Ideen, Vorschläge oder auch Bedenken einzubringen. Erst danach beginnen die Projektpartner mit der Umsetzung der Maßnahmen. Durch ein kontinuierliches Monitoring wird schließlich untersucht, ob die ökologischen Maßnahmen die gewünschte Wirkung erzielen und die Ziele erreicht werden. □

Stiftung „Lebendige Stadt“ zeichnet Schwimmbäder aus:

## Deggendorf hat bestes kommunales Schwimmbad

Anerkennungen für Erding, Nienburg a.d. Weser und Schorndorf

Die vom Hamburger Unternehmer und Mäzen Alexander Otto gegründete Stiftung „Lebendige Stadt“ und der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) haben das elypso-Schwimmbad der bayerischen Stadt Deggendorf als bestes kommunales Schwimmbad ausgezeichnet. Insgesamt hatten sich 275 Städte und Kommunen aus vier europäischen Ländern beworben.

Preiswürdig waren Schwimmbäder, die maßgeblich zum Erlernen des Schwimmens und Sporttreibens beitragen sowie ökonomisch und ökologisch nachhaltig sind. Gesucht wurden Bäder, die Vorbild- und Nachahmungscharakter für andere Städte und Kommunen haben. Verbunden ist die Auszeichnung mit einem Preisgeld von 15.000 Euro. Anerkennungen gingen an

Erding (Bayern), Nienburg a.d. Weser und Schorndorf (Baden-Württemberg). „Schwimmbäder haben ele-



V. l.: Alexander Otto, Vorstandsvorsitzender Stiftung lebendige Stadt, Lutz Lienenkämper, Finanzminister NRW, Christian Kutschker, Geschäftsführer Stadtwerke Deggendorf GmbH, Johann Dollmaier, Betriebsleiter elypso, Alfons Hörmann, DOSB-Präsident.

Bild: Stiftung Lebendige Stadt

mentare Funktion bei der Vermittlung der Schwimmfähigkeit. Damit sind sie ein wichtiger kommunaler Bezugspunkt für viele Bürger und tragen zur Lebensqualität einer Stadt bei. Viele Kommunen mussten aber aufgrund hoher Betriebskos-

ten bereits Bäder schließen. Mit dem Preis möchten wir auf Badkonzepte aufmerksam machen, die durch ihr vielfältiges Angebot und einen ökonomisch und nachhaltigen Betrieb Vorbild für andere Kommunen sind“, so Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung „Lebendige Stadt“.

„Schwimmbäder sind für Vereine und Schulen in Sportdeutschland für Training und Wettkampf unverzichtbar, außerdem bieten sie der ganzen Bevölkerung die Möglichkeit für Sport und Erholung. Vor allem aber sind sie der Ort, an dem Kinder schwimmen lernen können. Wie wichtig das ist, kann man jeden Sommer sehen – schwimmen können kann Leben retten. Wir beglückwünschen die Preisträger und hoffen, dass sie viele Nachahmer finden“, so DOSB-Präsident Alfons Hörmann.

**Sieger des Stiftungspreises: elypso Freizeit- und Erlebnisbad in Deggendorf**

33 Sportvereine und Institutionen aus Deggendorf und Umgebung trainieren regelmäßig im elypso-Bad und unterstreichen damit seine Bedeutung für den Schwimmsport. Ein Höhepunkt ist die jährliche Stadtschwimmmeisterschaft. Eine breite Angebotsvielfalt spricht unterschiedliche Zielgruppen an: Das beinhaltet u.a. das Erlernen des Schwimmens bei Kindern und

Aquakurse für Senioren. Besucher können ihre Fähigkeit beim angesagten Meerjungfrauenschwimmen oder ihren Mut und ihre Schnelligkeit bei der Rutschmeisterschaft unter Beweis stellen. Überzeugt hat die Jury neben der großen Nachfrage unter Sportvereinen insbesondere auch der hohe Kostendeckungsgrad des Bads.

**Anerkennung: Hallen- und Freibad Erding**

22 Schulen und sechs Vereine nutzen das Erdinger Hallen- und Freibad für Schwimmunterricht, Schwimmtraining und überregionale Wettkämpfe wie beispielsweise die Oberbayerischen Jahrgangsmesterschaften. Das 50-Meter-Becken hat olympische Dimensionen. Gleichzeitig sorgt ein Lehrschwimmbekken für zusätzliche Trainingsmöglichkeiten und die Wassergewöhnung für Nichtschwimmer. Besucher finden ein vielfältiges Angebot zu fairen Preisen – neben Schwimmkursen beispielsweise Aquafitness und Aquajoggen. Zudem bietet das Bad als einziges im gesamten Erdinger Landkreis einen 10-Meter-Sprungturm.

**Anerkennung: Wesavi-Bad in Nienburg an der Weser**

Die zentrale Lage macht das Nienburger Schwimmbad „Wesavi“ zum Treffpunkt. Der topografische Weserverlauf lieferte die Raumidee für das Bad. Dem Bau des Bades, das 2014 eröffnet wurde, ging ein umfassender Beteiligungsprozess von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung voraus. Entstanden ist ein sportives Gesundheitsbad, das zugleich als DLRG-Landesstützpunkt dient. Ökologische Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit ziehen sich als roter Faden durch das gesamte Betriebskonzept. Vielfältige Angebote vermitteln niedrigschwellig das Schwimmen und sichere Bewegungen im Wasser. Auch zahlreiche Nienburger Vereine nutzen das Bad intensiv für den Schwimmsport.

**Anerkennung: Oskar-Frech-Seebad Schorndorf**

Eine weitere Anerkennung hat die Stiftung „Lebendige Stadt“ dem Oskar-FrechSeebad der baden-württembergischen Stadt Schorndorf zugesprochen. Ein zentrales Anliegen des kommunalen Bades ist das Vermitteln der Schwimmfähigkeit bei Kindern. In Kooperation mit der Bürgerstiftung Schorndorf bietet das Seebad Grundschulern der dritten Klasse, die noch nicht schwimmen können, einen kostenlosen Schwimmkurs, der mit dem Erwerb des Seepferd-

Infoveranstaltung der Regierung von Oberfranken:

## Energiewende auf Kläranlagen

Eine Kläranlage bietet zahlreiche ungenutzte Potenziale Energie einzusparen, aber auch Strom und Wärme aus Abwasser und Klärschlamm zu erzeugen. Wie dies funktionieren kann, darüber informiert die Regierung von Oberfranken in Bayreuth Bürgermeister, Kläranlagenbetreiber und Vertreter der Abwasserzweckverbände.

Eine Reihe von Experten stellen die Handlungsmöglichkeiten anhand von Beispielen aus der Praxis vor. Zuerst ist eine detaillierte Energieanalyse notwendig, um mögliche Maßnahmen zu identifizieren, stellte Barbara Retamal Pucheu von der iat Ingenieurberatung für Abwassertechnik in Darmstadt fest. Etwa die Hälfte des benötigten Stroms werde meist für die Belüftung der Klärbecken verbraucht. Stelle man hier auf eine Klärschlammfäulung um, könne das entstehende Gas mittels Kraft-Wärme-Kopplung in nutzbare Energie umgewandelt werden, erläuterte Matthias Kraft von Baurconsult in Pegnitz.

Ein 2014 abgeschlossenes Pilotprojekt des Bayerischen Umweltministeriums hat gezeigt, dass diese Umstellung auch auf kleineren Anlagen etwa zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnerwerten betriebstechnisch und wirtschaftlich sinnvoll ist. Hier steckt noch viel Potenzial – auch für die oberfränkischen Kläranlagen.

**Referenzprojekt Bad Abbach**

Ein Referenzprojekt des Modellvorhabens ist die Kläranlage Bad Abbach (Landkreis Kelheim). Prof. Oliver Christ von der Hochschule Weihenstephan-Triestedt hat das Projekt wissenschaftlich begleitet und zeigte den Teilnehmern, wie man hier eine ökonomisch und ökologisch deutlich positive Bilanz erreicht hat.

Michael Eckardt, Geschäftsführer der Stadtwerke Rödental, stellte mit der Kläranlage Rödental eine beispielgebende Anlage aus Oberfranken vor. Etwa die Hälfte des benötigten Stroms wird meist für die Belüftung der Klärbecken verbraucht. Eckardt hat deswegen auf eine Klärschlammfäulung umgestellt und wandelt das entstehende

Gas mittels Kraft-Wärme-Kopplung in nutzbare Energie um. Aufgrund der neuen Düngemittel- und Klärschlammverordnung können viele Kläranlagen ihren Klärschlamm nicht mehr landwirtschaftlich ausbringen, eine Entsorgung ist nur noch über die Verbrennung möglich. Auch dafür hat Eckardt eine Lösung gefunden. Mit einer Presse wird dieser entwässert und von der Sonne getrocknet. Das spart immense Entsorgungsgebühren und liefert einen hervorragenden Brennstoff.

DK

Gas mittels Kraft-Wärme-Kopplung in nutzbare Energie um. Aufgrund der neuen Düngemittel- und Klärschlammverordnung können viele Kläranlagen ihren Klärschlamm nicht mehr landwirtschaftlich ausbringen, eine Entsorgung ist nur noch über die Verbrennung möglich. Auch dafür hat Eckardt eine Lösung gefunden. Mit einer Presse wird dieser entwässert und von der Sonne getrocknet. Das spart immense Entsorgungsgebühren und liefert einen hervorragenden Brennstoff.

**Kläranlage Rödental**

Für seine energieeffiziente Kläranlage erhielt Eckardt unter anderem 2014 den Bayerischen Umweltpreis und den Energy Award für Stadtwerke. Der Geschäftsführer denkt aber noch weiter in die Zukunft. Mittels Smart Grid will er den gespeicherten Strom dann ins Netz speisen, wenn wenig Energie aus erneuerbaren Quellen zur Verfügung steht. Auch die Produktion von Wasserstoff könnte ein künftiges Geschäftsfeld für die Kläranlage sein.

Bei der Klärschlammbehandlung könnten sich auch mehrere Gemeinden zusammenschließen und den getrockneten Schlamm zur Strom- und Wärmeerzeugung nutzen, wie Prof. Markus Brautsch vom IFE Institut für Energietechnik in Amberg berichtete. Dies wird gerade im Rahmen eines kommunalen Effizienznetzwerks modellhaft untersucht, mit dabei ist hier der Landkreis Bamberg.

**Gute Förderkulisse**

Für solche Zusammenschlüsse gibt es derzeit auch eine Förderung des Freistaats Bayern. Matthias Scherner von der Energieagentur Nordbayern GmbH in Nürnberg wertete die aktuelle Förderkulisse für die energetische Optimierung von Kläranlagen als derzeit besonders gut.

Zum Abschluss erhielten die Teilnehmer noch einen Ausblick auf die Kläranlage der Zukunft. In Schwarzenbruck (Landkreis Nürnberger Land) wird eine Kläranlage neu geplant, die hinsichtlich der Energieeffizienz und der Eigenversorgung mit Strom bis hin zur netzdienlichen Energiebereitstellung idealtypisch ist.

DWA-Leistungsnachweis kommunaler Kläranlagen:

## Deutlich über den gesetzlichen Anforderungen

Die Anforderungen der europäischen Kommunalabwasserrichtlinie wurden 2018 durch die kommunalen Kläranlagen im bundesweiten Mittel erfüllt oder deutlich übertroffen. Das stellt die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) als eines der Ergebnisse ihres jährlich durchgeführten Leistungsnachweises kommunaler Kläranlagen fest. Besonders betrachtet wurden in diesem Jahr Verfahren zur Entfernung von Stickstoffverbindungen aus Abwasser.

DWA-Präsident Prof. Dr. Uli Paetzelt wertet die Ergebnisse des Leistungsnachweises als

gutes Ergebnis: „Die Leistungen von Kläranlagen für die Bürgerinnen und Bürger, besonders

aber für eine intakte Umwelt, werden in der Öffentlichkeit oft als allzu selbstverständlich hingenommen oder überhaupt nicht wahrgenommen. Dabei leisten die Kläranlagen im Land gute Reinigungsleistungen. Auch spiegeln sich hier die Leistungen des Personals wider, das die Anlagen betreibt. Diese Anlagen sind High-Tech pur und stellen ein beträchtliches Vermögen der Kommunen dar. Sie tragen wesentlich zum Erhalt unserer Umwelt und des Ökosystems und seiner Vielfalt bei.

**Mehr Fische in den Flüssen**

Dass Flüsse nicht farbig sind, nicht stinken, keine Schaumberge mehr tragen und nicht eutrophiert sind, ist den Kläranlagen und dem verantwortungsvollen Betriebspersonal zu verdanken. In den Flüssen leben wieder mehr Fische, und die Menschen können schon seit langem wieder Freizeitaktivitäten an Gewässern nachgehen.“

Die Abbaugrade für Verschmutzungen liegen weitgehend konstant auf einem hohen Niveau. Regionale Unterschiede, besonders im Norden und Nordosten, dürften auf Trennsysteme (getrennte Rohre für Regen- und Schmutzwasser) zurückzuführen sein.

Wird das Schmutzwasser nicht mit Niederschlagswasser vermischt, sind die Schmutzstoffkonzentrationen im Zulauf der Kläranlagen höher, und die Reinigungsleistung steigt. Kläranlagen mit Anschlussgrößen unter 1.000 Einwohnerwerten haben allerdings einen überproportionalen Anteil an den in die Gewässer eingeleiteten Phosphorfrachten.

## Hochwasserschutzmaßnahme am Mühlkanal fertiggestellt

Mit der Fertigstellung des Hochwasserschutzprojekts am Mühlkanal ist ein weiterer Abschnitt der umfangreichen Hochwasserschutzmaßnahmen der Stadt Kulmbach abgeschlossen. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte bei der offiziellen Einweihung der Hochwasserschutzmaßnahme in Kulmbach: „Wir entwickeln den Hochwasserschutz in Bayern ständig weiter. Mit umfangreichen Maßnahmen schützen wir Bayern vor einem hundertjährigen Hochwasser. Das schafft Sicherheit für die Menschen in den Regionen.“

„Mit dem aktuell fertiggestellten Abschnitt entlang des Mühlkanals in Kulmbach sind die Menschen vor Ort und das Gewerbegebiet am Weißen Main mit rund 3.500 Arbeitsplätzen zukünftig vor Hochwasser geschützt“, ergänzte Glauber.

Die aktuell fertiggestellte Hochwasserschutzmaßnahme am Mühlkanal ist Teil eines Gesamtkonzepts an mehreren Gewässern mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rund 20 Millionen Euro. Im Rahmen des aktuell fertiggestellten Abschnitts wurde eine rund 440 Meter lange Hochwasserschutzmauer errichtet. Zudem wurde der Deich auf einer Länge von rund 460 Meter Länge sowohl rückverlegt als auch erhöht. Auch die Anpassung der Binnenentwässerung einschließlich eines

Pumpwerks sorgt für den Schutz vor Überschwemmungen.

Insgesamt werden durch die Anlagen rund 80 Hektar Siedlungsfläche geschützt. Die Gesamtkosten für den aktuell fertiggestellten Abschnitt am Mühlkanal betragen rund 3,5 Millionen Euro, die zur Hälfte vom Freistaat Bayern mit Ko-Finanzierung durch die Europäische Union sowie der Stadt Kulmbach übernommen wurden.

Der Hochwasserschutz in Bayern soll auch in Zukunft kraftvoll ausgebaut werden: Insgesamt zwei Milliarden Euro sollen im Rahmen des Bayerischen Gewässer-Aktionsprogramms 2030 bis Ende 2030 investiert werden. Weitere 150.000 Menschen sollen damit in Bayern gezielt vor einem Jahrhunderthochwasser geschützt werden.



Qualität fordern, Werte schaffen  
www.kanalbau.com



Wasserretter der DLRG übernehmen den Patienten mit Verdacht auf Herzinfarkt auf ihr Rettungsboot. Es ist ausgestattet wie ein Rettungswagen.

Bild: Axel Lifka

Die Wasserretter:

## Professionell im Ehrenamt

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) Bayern zeigte bei ihrem diesjährigen Tag der Wasserrettung ihre Leistungsfähigkeit mit einer Fahrzeug- und Geräteschau in Prien und mit Rettungsvorführungen auf dem Chiemsee. Vor Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung an Bord des Schiffes MS Edeltraud erläuterten Experten die rein ehrenamtliche Arbeit der Wasserrettung.

Eine wichtige Rolle spielen dabei die Wasserrettungsstationen. Jaqueline Gläser, ehrenamtliche Einsatz-Taucherin und Einsatz-Leiterin der Schnell-Einsatz-Gruppe München, erläuterte dazu: „Die DLRG handelt im öffentlichen Interesse, um Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren. Von uns profitieren nicht nur die Badegäste, sondern auch die Gemeinden im weiten Umkreis. Zum Beispiel arbeiten wir auch als Helfer vor Ort und sind einsatzklar für Ereignisse wie Hochwasser. Dafür brauchen wir die Unterstützung der Gemeinden. Wenn der Bau

oder die Sanierung einer Wasserrettungsstation ansteht, haben wir viele Einzelschritte zu bewältigen: Finanzmittel beschaffen, Genehmigungen einholen, Hygienevorschriften einhalten, Verträge schließen und vieles mehr. Wir leisten das alles in unserer Freizeit.“

Loeb vom Innenminister

Innenminister Joachim Herrmann lobte die Helfer: „Die DLRG ist eine großartige Organisation. Ohne die Ehrenamtlichen wäre die Wasserrettung nicht möglich.“

## AöW gratuliert Kempten zum Beitritt zu den „Blue Communities“

Kirsten Arp, Geschäftsführerin der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW), gratulierte der Stadt Kempten (Allgäu) sowie ihrem Tochterunternehmen und AöW-Mitglied Kemptener Kommunalunternehmen (KKU) vor Ort zum Beitritt zur Blue Community-Initiative und dem Kampagnenstart „TRINK Allgäuer Leitungswasser“.

„Die Stadt Kempten setzt in vorbildlicher Weise bereits heute die vier Prinzipien der internationalen Blue Community-Bewegung um: Sie erkennt Wasser als Menschenrecht und öffentliches Gut an, das nachhaltig genutzt wird und steht dafür ein, dass die Wasserversorgung auch zukünftig in öffentlicher Hand bleibt. Kempten und das KKU machen sich durch ihre Selbstverpflichtung und die Kampagne auf den Weg, ihr Engagement noch zu verstärken. Dazu gratuliere ich Ihnen herzlich und wünsche Ihnen und uns viel Erfolg, unsere gemeinsamen Themen voranzubringen“, so Kirsten Arp.

OB Thomas Kiechle nahm im Rathaus das offizielle Blue Community-Zertifikat entgegen und erklärte zu diesem Anlass: „Die öffentliche Wasserversorgung ist ein nicht verhandelbares Gut für die Stadt Kempten. Das Allgäu ist bekannt für seine hervorragende Trinkwasserqualität und diese wollen wir auch weiterhin bewahren.“

Thomas Siedersberger, Geschäftsführer des Kemptener Kommunalunternehmens (KKU), dessen Kernkompetenz die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung der Stadt Kempten ist, stellte dar, wie die Stadt Kempten als neue Blue Community ihre Bürger sensibilisieren will, welche Vorteile Leitungswasser gegenüber abgepacktem Wasser mitbringt: „Die Kampagne ‚TRINK Allgäuer Leitungswasser‘ informiert anschaulich und ansprechend, dass Leitungswasser und umso mehr in Kempten von hoher Qualität, preiswert und plastikfrei ist. Der Transport durch die Wasserleitung spart zudem im Ver-

gleich zu Flaschenwasser CO<sub>2</sub>.“ Darüber hinaus wird im Kemptener Rathaus ein Trinkwasserspendertank installiert, wie es ihn bereits in zahlreichen städtischen Verwaltungsgebäuden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt. Auch alle Sitzungen wie beispielsweise des Stadtrats werden nun mit Leitungswasser aus Karaffen versorgt.

Auch das AöW-Mitglied Zweckverband Fernwasserversorgung Oberes Allgäu (FVOA), im Jahr 1969 u.a. von der Stadt Kempten zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung gegründet, trägt maßgeblich zur Umsetzung der Blue Community Grundsätze bei. Verbandsvorsitzender Herbert Seger erläuterte, wie der Zweckverband seit 15 Jahren Projekte des Vereins „Wasser für Senegal“ (Oberstdorf Allgäu) unterstützt. Dabei gehe es vor allem um die Finanzierung und Beratung beim Bau von Brunnenanlagen und kleinen Fernwasserversorgungsanlagen für mehrere Dörfer.

Die Mitglieder der Blue Community Initiative verpflichten sich selbst, vier Prinzipien umzusetzen:

- Anerkennung des Menschenrechts auf Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung
- Wasserdienstleistungen bleiben auch zukünftig in öffentlicher Hand
- Leitungswasser anstelle von abgepacktem Wasser trinken
- Pflege internationaler Partnerschaften, um oben genannte Ziele weltweit weiter zu verbreiten.

Der internationalen, in Kanada gegründeten Initiative der Blue Communities gehören in Deutschland bereits Augsburg, Berlin, Marburg und München an.

## Millionen niederbayerische Brezen für den Flughafen

Wirtschaftsjunioren Landshut informieren sich über den Regionalbezug des Münchner Airports

Die Wirtschaftsjunioren Landshut haben sich am Flughafen München über die wirtschaftliche Bedeutung des Airports für die Region informiert. Dabei zeigte Jochen Flinner, Leiter des Regionalbüros der Flughafen München GmbH (FMG), dass die Liefer- und Leistungsbeziehungen zwischen Flughafen und Stadt sowie Landkreis Landshut insgesamt noch ausbaufähig sind – aber in Sachen Brezen liegt die Region mit 2,3 Millionen gelieferten Stücken pro Jahr aus dem Markt Altdorf ganz vorn. Mit knapp 4.000 Beschäftigten liegen Stadt und Landkreis Landshut auf Platz vier der wichtigsten Mitarbeiter-Standorte des Flughafens.

Die meisten Menschen, die am Flughafen im Erdinger Moos arbeiten, wohnen laut Flinner in der Stadt München (8.960 Beschäftigte). Dahinter folgen die Landkreise Freising (7.529) und Erding (5.256). In Stadt und Landkreis Landshut flossen im Jahr 2018 rund 18 Millionen Euro für Waren und Dienstleistungen, die vom FMG-Konzern dort eingekauft wurden. „Da gäbe es sicher noch mehr Potenzial“, sagte Flinner. „Denn insgesamt liegt die Wertschöpfung in der Flughafenregion bei knapp vier Milliarden Euro jährlich.“ Bundesweit sei der Münchner Flughafen sogar für eine Wirtschaftsleistung von bis zu fünf Milliarden Euro pro Jahr verantwortlich.

Infrastruktur...

Die FMG mit ihren Tochtergesellschaften macht einen Jahresumsatz von rund 1,5 Milliarden Euro. Zusammen verbuchen sie einen jährlichen Gewinn von rund 150 Millionen Euro. Der Flughafenkonzern bezahlt jedes Jahr rund 35 Millionen Euro Gewerbesteuer und schüttete allein im vergangenen Jahr 30 Millionen Euro an seine drei Gesellschafter – die Stadt München, den Freistaat Bayern und die Bundesrepublik Deutschland – aus. Dieses Geld kommt aber nur zu 52 Prozent aus Einnahmen des Flugverkehrs mit rund 46 Millionen Passagieren pro Jahr, wie Flinner erklärte. Der restliche Umsatz entstehe in anderen Geschäftsfeldern wie Immobilienvermietung oder Verpachtung von Parkplätzen.

Aus den Gewinnen finanziert

Privater Einbau von Ladestationen für Elektroautos:

## Bundesrat nimmt Gesetzentwurf Bayerns an

Der Bundesrat will den privaten Einbau von Ladestationen für Elektroautos erleichtern und hat einen entsprechenden Gesetzentwurf der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen angenommen. Dieser schlägt Änderungen im Mietrecht und im Wohnungseigentumsgesetz vor, wie etwa die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs eines jeden Mieters auf eine Ladestation am eigenen KFZ-Stellplatz.

Auch soll nach dem Willen des Bundesrates in Wohnungseigentumsgemeinschaften ein einfacher Mehrheitsbeschluss ausreichen, wenn ein Wohnungseigentümer eine Ladestation installieren möchte. Bisher müssen alle Miteigentümer einem solchen Umbau zustimmen. Der Gesetzentwurf wird nun über die Bundesregierung dem Bundestag zugeleitet, der über den Vorschlag entscheiden muss.

Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung, begrüßte den Einsatz des Bundesrats: „Der Gesetzgeber hat die Anpassung des Miet- und Wohnungseigentumsrechts seit Jahren auf die lange Bank geschoben. Und das obwohl es ein zentraler Hebel für den Erfolg der Elektromobilität ist – immerhin finden 85 Prozent der Ladevorgänge zu Hause oder am Arbeitsplatz statt.“

Der Antrag von Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen schlägt eine pragmatische Lösung des Miet- und Woh-

nungseigentumsrechts mit Fokus auf Elektromobilität vor, so Kapferer. Das ermögliche eine zügige Umsetzung des dringend notwendigen Gesetzgebungsprozesses. „Wir appellieren an die Bundesregierung und den Bundestag, dass sie die Initiative der Länder unterstützen und sich dafür stark machen, dass Elektromobilität weiter an Fahrt aufnehmen kann.“

...und Klimaschutz verbessern

Ein weiterer Schwerpunkt waren die umfangreichen Klimaschutzaktivitäten des Flughafens. Die FMG wolle den Airport bis 2030 klimaneutral machen, sagte Flinner. Dafür wurden unter anderem bereits ein Großteil des Fuhrparks modernisiert und weite Teile der Beleuchtung auf LED-Technik umgestellt. Außerdem hat die FMG 64 PCA (Pre-Conditioned Air)-Anlagen installiert und dafür rund 30 Millionen Euro investiert. Sie versorgen parkende Flugzeuge mit gekühlter oder beheizter Frischluft, damit die Flieger die Hilfsturbinen nicht laufen lassen müssen. Das spart Kerosin und senkt den CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

„Diese Maßnahmen sind uns wichtig und wir werden unsere Anstrengungen nochmals intensivieren“, so Flinner. Der innerdeutsche Flugverkehr ist übrigens nur für 0,3 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen Deutschlands verantwortlich.

VKU sieht Fortschritt

Auch der Kommunalverband VKU sieht darin einen Fortschritt. Damit „kommen wir beim Ausbau der privaten Ladeinfrastruktur vom Verhinderungs- in den Ermöglichungsmodus“, erklärte der Verband. Er stützt zudem die Entschließung des Bundesrates zur Überprüfung der Abgaben und Umlagen im Energiesektor. Allerdings müsse die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises im Non-ETS mit einer Entlastung bei den Strompreisen einhergehen, fordert der VKU.



Kommunalreferent Wolfgang Kleiner (l.) und Fachbereichsleiter Dr. Uwe Zimmermann (2.v.r.) bei der Übergabe der Diensträder an das Leitungsteam und die Kollegen des KOD.

Bild: Stadt Würzburg.

Kommunaler Ordnungsdienst der Stadt Würzburg:

## Künftig auch als Fahrradstreife unterwegs

Der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) der Stadt Würzburg ist künftig nicht nur als Fußstreife, mit dem Auto oder dem ÖPNV unterwegs, sondern ab diesem Sommer in einem Pilotprojekt auch als Fahrradstreife.

„Manche Wegstrecken in die Stadtteile oder entlang des Ufers am Main sind sehr weit. Die Fahrradstreife soll dynamischer und rascher helfen oder eingreifen können, ohne dass der direkte Kontakt und Dialog mit dem Menschen verloren geht, wie es oftmals bei Streifenfahrten mit dem Auto festgestellt werden kann“, hob Kommunalreferent Wolfgang Kleiner bei der Übergabe der Diensträder hervor.

Im Fußstreifendienst werden rund zehn Kilometer pro Person im Verlauf einer Schicht zurückgelegt. Nun werden die Dynamik und das Procedere einer Fahrradstreife in diesem Sommer erprobt. Zunächst werden vier Mitarbeiter des KOD die Dienstfahrräder jeweils als sogenannte Doppelstreife nutzen. Erkennbar sind diese an weißen Fahrrädern, weißen Helmen und wie gewohnt an der dunkelblauen Uniform des KOD.

Münchner Verkehrs- und Tarifverbund fordert:

## ÖPNV muss genauso flexibel nutzbar sein, wie das Auto

Bei einem Treffen des im Frühjahr 2019 eingerichteten Klimakabinetts forderte MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch von der Politik verbindliche Zusagen für die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs und somit auch für die Entlastung der Umwelt. Kern seiner Forderungen ist die Angebotsausweitung.

„Wir brauchen ein deutlich dichteres Angebot im ÖPNV. Nur wenn der öffentliche Personennahverkehr ähnlich flexibel und spontan nutzbar ist, wie der eigene PKW, lassen sich Autofahrer zum Umstieg bewegen“, ist sich Rosenbusch sicher.

Dafür braucht es S-Bahnen, die im Ballungsraum mindestens im 20-Minutentakt, besser noch im 10-Minutentakt, verkehren. Und auch Regionalbahnverbindungen sind für den Fahrgast nur attraktiv, wenn mindestens ein 30-Minutentakt, ergänzt um einen 15-Minutentakt zur Kernzeit, angeboten wird. „Zur Umsetzung dieser dichten Taktverkehre ist eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bundes zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs dringend erforderlich“, so der MVV-Geschäftsführer.

Des Weiteren ist auch der schnelle und nachhaltige Ausbau der Infrastruktur ein wichtiger Baustein zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs. „Dafür brauchen wir schnelle Zusagen des Bundes für Finanzmittel für Neubaumaßnahmen. Egal, ob im Bereich der U-Bahn, der Tram oder der S-Bahn“, fordert Rosenbusch. Aber auch der Ausbau bestehender Strecken ist nicht zu vernachlässigen. Die Außenäste der Münchner S-Bahn beispielsweise müssen durchgehend zweigleisig ausgebaut, Ringbahnkonzepte umgesetzt und Regionalbahnstrecken auf zwei Gleise verstärkt und elektrifiziert werden. „Das lässt sich beispielsweise über eine Ballungsraumfinanzierung analog dem Schweizer Modell bewerkstelligen.“

„77% der Deutschen wohnen in verdichteten Räumen und sind dort mobil. Wenn wir schnell weltweite Effekte erreichen wollen, müssen wir dort ansetzen, wo der meiste Verkehr stattfindet. Wir brauchen ein gutes ÖPNV-Grundangebot auf dem Land

um Mobilität zu gewährleisten und ein massives Angebot in den Städten“, erklärt Rosenbusch.

Der MVV-Chef fordert die finanzielle Unterstützung des Bundes bei kurzfristigen Maßnahmen, wie etwa der Ausweitung des Busverkehrs oder der Anpassung der Straßeninfrastruktur, um separate Busspuren oder Busstreifen auf Autobahnen einzurichten. Zudem braucht es Zusagen, sich bei der Fahrzeugbeschaffung, im Straßenpersonennahverkehr und hinsichtlich alternativer Antriebe, finanziell stärker zu engagieren. Um den immer weiter steigenden Kapazitätsanforderungen im Berufs- und Freizeitverkehr gerecht zu werden, ist es auch sinnvoll, sich für die Entwicklung und Anschaffung neuer Fahrzeugkonzepte einzusetzen.

„Um mehr Unternehmer für Bedarfsverkehre, die immer stärker nachgefragt werden, zu gewinnen, braucht es einfachere rechtliche Regelungen“, führt Rosenbusch weiter aus. Für die Integration dieser und anderer moderner Mobilitätsangebote in Verbundstrukturen fordert der MVV klare Vorgaben. Nur auf diesem Weg erhalten die Fahrgäste ein einheitliches Angebot und etablierte Verkehrsverbünde können hin zu umfassenden Mobilitätsverbünden entwickelt werden. Und auch eine einheitlichere Förderung von Mobilitätsangeboten durch die öffentliche Hand, kann einen Beitrag zu umweltfreundlicherem Verkehr leisten.

„Wir wünschen uns, dass das Klimakabinetts sich deutlich für eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs als eine der wichtigsten Säule einer Verkehrswende und des Klimaschutzes ausspricht. Wenn die Politik die Ausgaben im Bundeshaushalt zugunsten des ÖPNV neu priorisiert, können wir alle zusammen die Verkehrs- und damit die Klimawende schaffen. Jetzt den großen Wurf zu machen, werden unsere Kinder uns danken.“



# Innovativer Unterflur-Netzanschluss perfekt für eMobility

Bayernwerk nimmt E-Ladesäule mit Unterflurlösung von Langmatz in Pilotbetrieb

Der stark steigende Ausbau von Ladeinfrastruktur stellt Kommunen, Planer und Netzbetreiber vor große Herausforderungen. Dazu zählen zunehmend eingeschränkte Platzverhältnisse, das Ziel einer stadtbildkonformen Architektur sowie Sicherheitsbedenken bei der Aufstellung von Anschlussröhren. Bayernwerk und Langmatz haben dafür in einem bis dato einzigartigen Pilotprojekt gemeinsam eine technische Unterflurlösung entworfen. Die Gemeinde Oberammergau und die Ammer-Loisach Energie als Treiber von nachhaltiger Mobilität in der Zugspitz-Region haben dafür einen idealen Projektstandort gefunden.

„Für uns war es wichtig mit Partnern zu arbeiten, die einen reibungslosen Projektlauf garantieren konnten. Bis zum heutigen Meilenstein sind wir rundum glücklich und zufrieden, dass mit dem Energieversorger, dem Netzbetrei-

ber und der Firma Langmatz alles so gut geklappt hat“, betont Arno Nunn, Erster Bürgermeister von Oberammergau. An sensiblen, auch denkmalgeschützten Ortslagen nicht darauf angewiesen zu sein, einen oberirdischen Schaltschrank aufstellen zu müssen, sei ein echter Vorteil für Kommunen, Ladesäulenbetreiber und Netzbetreiber, argumentiert Ludwig Fischer, Bereichsleiter Technik bei Langmatz. „Damit können wir künftig alle Ladeinfrastrukturprojekte, unabhängig von der Bebauung, von Sicherheitsbedenken und Platzverhältnissen realisieren.“

Der Kommunale Betreuer der Bayernwerk Netz GmbH, dem Netzbetreiber vor Ort, Stefan Drexl, sieht wiederum in der Unterflurlösung einen zukunftsweisenden Weg, nicht nur für den Bereich Elektromobilität, sondern für sämtliche kommunale Einrichtungen, sei es Glasfaser, WLAN oder sonstige kritische Infrastruktur: „Eine Ladesäule mit einem versenkbaren und zugleich zugänglichen Schacht zu kombinieren, scheint mir eine perfekte Lösung in Zeiten von Smart City“, lautet seine Einschätzung.

## Arbeiten Hand in Hand

Versorgt wird die E-Ladesäule über die Firma Mennekes mit Ökostrom des lokalen Stromversorgers Ammer-Loisach Energie. Dessen Geschäftsführer, Jürgen Hitz, zieht ebenfalls eine positive Bilanz zum bisherigen Projektverlauf: „Alle beteiligten Unternehmen sind von der durchdachten technischen Lösung überzeugt. Dies zeigte sich schon beim Einbau des Schachtsystems durch die Firma Freitag über die Zählersetzung durch Bayernwerk bis hin zur Inbetriebnahme durch die Ammer-Loisach Energie.“

## Unterirdisch und durchdacht

Der Unterflurverteiler EK 880 von Langmatz ist ein vollwertiger Hausanschluss auf Basis der bekannten Kunststoffkabelschächte und ersetzt damit einen oberirdischen Schrank. Der für autorisierte Personen jederzeit zugängliche Verteiler kann mittels Gasdruckdämpfer leicht geöffnet und bedient werden, hat Bauraum für einen Hausanschlusskasten, einen Zählerplatz zur Direktmessung und verfügt über die notwendigen elektrischen Schutzrichtungen. Überdies ist er durch eine Tauchhaube vor Überflutungen geschützt und sicher vor Vandalismus und unberechtigtem Zugriff.

Das Pilotprojekt in Oberammergau ist ein Beispiel dafür, dass für sensible Ortslagen – wie etwa denkmalgeschützte Bereiche, an denen kein oberirdischer Schaltschrank aufgestellt werden darf – ein Unterflur-Netzanschluss eine stadtbildkonforme und zukunftssichere Stromversorgung sicherstellt. □

ein einziges Verkehrsmittel, sondern die Maßnahmen wirken zusammen wie bei einem Mobile, um den Mix zu ändern“, resümierte Schuchardt. Gleichzeitig sah er zwischen den Forderungen der Initiative und den bereits in Angriff genommenen Maßnahmen der Stadt Würzburg ein hohes Maß an Übereinstimmung. Und: „Wir müssen einen größeren, regionalen Maßstab wählen und den Landkreis mitnehmen“, so der Oberbürgermeister. Eine Fortsetzung des Runden Tisches ist angedacht. □



Ein Unterflur-Netzanschluss von Langmatz ist eine zukunftsweisende Lösung für kommunale Einrichtungen wie E-Ladesäulen, Glasfaser, WLAN oder sonstige kritische Infrastruktur. Unser Bild zeigt v.l.: Arno Nunn (1. Bürgermeister Gemeinde Oberammergau), Stefan Drexl (Kommunaltreuer, Kommunen/Kooperationen Bayernwerk Netz GmbH), Daniel Knoblich (Bauleiter, Freitag Montaggesellschaft mbH & Co. KG), Josef Daisenberger (Netzdienstleister Oberbayern Süd, Bayernwerk Netz GmbH), Ludwig Fischer (Bereichsleiter Technik, Langmatz GmbH).

Bild: Langmatz

## Runder Tisch in Würzburg:

# Gemeinsam für die Mobilitätswende

Der Verkehr in Würzburg muss sich ändern.

Oberbürgermeister Christian Schuchardt hatte das „Bündnis verkehrswende jetzt“ sowie Vertreter aus thematisch zuständigen Würzburger Organisationen und Institutionen in die neue Umweltstation eingeladen.

„Die Aufgabe der Mobilitätswende lässt sich nur gemeinsam angehen“, betonte Schuchardt in seiner Einführung. Denn dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der es gelte, die unterschiedlichen Interessen zusammenzuführen und alle mitzunehmen. Auch weil die Initiative Vorschläge aufgreife, die bereits im Green-City Plan stehen, oder Themen, die der Stadtrat bereits verabschiedet hat, gibt es auf allen Seiten Informationsbedarf.

So wurde aus der ursprünglich angedachten Diskussionsrunde auch ein drei Stunden Workshop, bei dem nicht nur Erwartungen formuliert, sondern auch verschiedene Lösungen angedacht werden konnten.

Umweltreferent Wolfgang Kleiner und Baureferent Benjamin Schneider waren neben Schuchardt beim Workshop die wichtigsten städtischen Ansprechpartner. Zuvor hatte dieses Team zusammen mit Mitarbeitern des Rathauses aus den relevanten Dienststellen schriftliche Antworten und Einschätzungen als Arbeitsgrundlage für diesen Tag erstellt.

## Fünf Schwerpunktthemen

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen fünf Themenbereiche der Initiative zur Mobilitätswende. Dabei geht es um die Reduzierung des motorisierten Verkehrs in Würzburg, den Ausbau des ÖPNV wie auch der Radinfrastruktur, die Stärkung des Fußgängerverkehrs sowie die Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt. Während die Initiative ihre Vorschläge für eine Verkehrswende vorstellte, infor-

mierten die städtischen Partner über bereits laufende Projekte. Beides, waren oft deckungsgleich. Ergänzt wurden die Vorschläge noch um künftige Erweiterungen. So solle beispielsweise die Trasse für eine Straßenbahnlinie in den Würzburger Norden auch weiter freigehalten werden, um sie nach Vollendung der derzeitigen Projekte angehen zu können.

## Maßnahmen im Wechselspiel

Weiter im Diskussionsmittelpunkt sind Park & Ride- wie auch Bike & Ride-Plätze sowie Mitfahrbänke, um die Würzburger aus Stadt und Umland zum Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr zu bewegen und damit den Individualverkehr zu senken. Denn klar war allen, dass das Thema nicht nur ein rein städtisches ist, sondern auch stadtübergreifend mit dem Landkreis Würzburg angegangen werden muss, um den Pendlern Alternativen zum Individualverkehr zu bieten. Dringend nötige Erledigungen wie Arztbesuche müssten jedoch weiterhin mit dem Auto jederzeit möglich sein.

Auch die zunehmenden Konfliktsituationen von Fahrradfahrern und Fußgängern müssten durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit angegangen werden. Rücksichtnahme ist hierbei das Zauberwort. Andere Themen war die Stadtbegrünung, um im Sommer die Temperatur in der Stadt zu senken, oder die Geschwindigkeitsreduzierung in bestimmten Stadtbereichen.

„Es gibt nicht die eine alleinig seligmachende Maßnahme oder



Die Partybahn EXTRATOURE im Einsatz. Unter event.vag.de/rundfahrten können Touren unterschiedlicher Art gebucht werden.

Bild: Peter Dörfel / VAG

## Krakauer und Nürnberger Verkehrsbetriebe:

# Städtepartnerschaft

Seit 40 Jahren besteht die Städtepartnerschaft zwischen Krakau und Nürnberg. Die beiden Verkehrsbetriebe MPK Krakau und VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg fühlen diese seit rund 30 Jahren mit Leben. Immer wieder arbeiten sie zusammen – beispielsweise, wenn es darum geht, historische Fahrzeuge zu restaurieren. Aber auch die Abgabe von Nürnberger Fahrzeugen nach Krakau ist ein Bestandteil der engen Beziehungen.

Wenn aus Zusammenarbeit Freundschaft wird. Noch während des Zweiten Weltkrieges gab es erste Kontakte zwischen den Städten Krakau und Nürnberg, was den öffentlichen Personennahverkehr anging. Damals überließ Nürnberg im Rahmen des Reichleistungsgesetzes Krakau „altbrauchbare“ Zeppelin-Straßenbahnwagen mit passenden Beiwagen. Das ist interessant für die späteren Beziehungen der beiden Städte, weil einer der Zeppelinwagen 1984 als Museumswagen nach Nürnberg zurückkehrte und dazu beitrug, dass sich die Verkehrsbetriebe und auch die Städte auf Augenhöhe begegneten und näher kamen. 1989 begann dann eine rege Zusammenarbeit der beiden Verkehrsbetriebe. So verkaufte die VAG insgesamt rund 200 Straßenbahnfahrzeuge nach Krakau: bis 1994 Großraumwagen mit Beiwagen, von 1994 bis 2004

folgten Gelenkwagen mit Beiwagen und von 2006 bis 2011 nochmals Stadtbahnwagen mit Niederflurmittleil. Letztere sind heute noch in der polnischen Stadt im Einsatz.

## Historisches Instandhalten

Doch nicht nur die VAG pflegt diese engen Kontakte zu den Krakauer Verkehrsbetrieben, sondern auch die Freunde der Nürnberg-Fürther Straßenbahn e.V., die in Kooperation mit der VAG das Historische Straßenbahndepot St. Peter betreiben und sich intensiv um dessen historischen Fuhrpark kümmern. Schließlich initiieren sie immer wieder Restaurierungsprojekte, für die sich die MPK über die Jahre als optimaler Partner herauskristallisiert hat. „In den Werkstätten in Krakau haben sie noch das Know-how und die Ausstattung, Oldtimerfahrzeuge beispielsweise

se aus den Anfängen des 20. Jahrhunderts so originalgetreu wie möglich wiederaufzubauen“, weiß Thomas Luber, Chef der Straßen- und U-Bahn-Werkstätten der VAG. „Wir könnten das in unseren modernen Anlagen gar nicht mehr bewältigen.“ So bauten die Krakauer von 2010 bis 2012 im Auftrag der Freunde der Nürnberg-Fürther Straßenbahn einen zweiachsigen Beiwagen aus dem Ursprungsjahr 1906 wieder auf. Parallel dazu gab die VAG den Umbau eines Gelenkwagens zur Partybahn EXTRATOURE in Auftrag. Diese konnte 2013 als längste Party-Limousine der Stadt in Nürnberg in Betrieb genommen werden. Das jüngste Projekt war der Wiederaufbau des Jugendstil-Beiwagens 1023. Erst im Frühjahr dieses Jahres hat dieser seinen Dienst im historischen Fuhrpark des Depots St. Peter aufgenommen.

Solche Projekte verbinden. Schließlich war das Nürnberger Team allein für den Beiwagen 1023 rund 30 Mal in Krakau – für technische Abstimmungen, Prüfungen oder um selbst mit anzupacken. Alles in der Freizeit und ehrenamtlich. Doch mit viel Spaß, wie Tobias Schneider berichtet, ehrenamtlich Projektleiter bei den Freunden der Nürnberg-Fürther Straßenbahn und hauptberuflich Leiter Service in den U-Bahn- und Straßenbahnwerkstätten der VAG: „Wenn man so oft in einer anderen Stadt ist, wird man ein Teil davon. Man geht mit Einheimischen abends aus, geht in Clubs, Bars, lernt Leute kennen und die Sprache. Findet Freunde, Bekannte – macht manches so, wie es die Polen auch machen.“

Eine tolle Erfahrung! Und ein schöner Beitrag zu 40 Jahren gelebter Städtepartnerschaft zwischen Krakau und Nürnberg. Sicherlich auch ein Grund, warum Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly die Schirmherrschaft für das rein aus Spenden finanzierte Beiwagen-Projekt übernommen hatte. □

TV BAYERN

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








\* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: [www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)



Der umfassende Informationsaustausch ist das Ziel der Passauer Runde mit Oberbürgermeister Jürgen Dupper (ab 5.v.l.), Landrat Franz Meyer und den Mandatsträgern aus der Region. Die Einrichtung einer medizinischen Fakultät für Niederbayern stand im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung. □

Passauer Runde:

## Region steht hinter Medizincampus für Niederbayern

Abgeordnete aller Fraktionen einig: „Alle Gesundheitseinrichtungen einbeziehen“

Passau. Die „Passauer Runde“ als regelmäßiger Gedankenaustausch der Mandatsträger der Region mit Landrat Franz Meyer und Oberbürgermeister Jürgen Dupper ist auch ein wichtiger Termin, um über aktuelle Entwicklungen bzw. Initiativen im Passauer Land zu informieren. Bestimmendes Thema des jüngsten Treffens war die medizinische Fakultät für Niederbayern in Passau.

Besser hätte der Termin nicht fallen können, nachdem Ministerpräsident Markus Söder in seiner Regierungserklärung am Tag zuvor eine „Projektgruppe, die sich mit der Einrichtung eines Medizincampus in Passau befasst“ angekündigt hatte.

Einigkeit ist der Schlüssel zum Erfolg

Die anwesenden Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus Bezirks- und Landtag waren sich über alle Fraktionen hinweg einig mit dem Passauer Landrat Franz Meyer und Passaus Oberbürgermeister Jürgen Dupper: Die Region steht geschlossen hinter dem Projekt. Denn schließlich ist das große Ziel die flächendeckende medizinische Versorgung der Region. Man wolle dabei „alle Gesundheitseinrichtungen in Stadt sowie Landkreis Passau und darüber hinaus einbeziehen“, so Meyer. Dupper sieht den Tag der Regierungserklärung des Minister-

präsidenten als „Durchbruch“. Man verkenne aber keineswegs, dass die Arbeit in der Region damit erst so richtig beginne. Die Einigkeit der Region sei hier ein Schlüssel zum Erfolg.

Auf der Tagesordnung stand unter anderem auch die Digitalisierung an Schulen. Ein entsprechendes Förderprogramm zum Aufbau gibt es ja bereits. „Der Freistaat habe hier Weitblick bewiesen“, betonten Oberbürgermeister und Landrat.

Hilfe für IT-Kosten im laufenden Betrieb

Hier war die Bitte an die Mandatsträger, sich dafür einzusetzen, auch für den künftigen Betrieb und die Betreuung der technischen Einrichtungen qualifiziertes Personal zu fördern. Denn die Kosten für die IT-Systemadministration kommen erst im laufenden Betrieb auf. Damit dürfe man Gemeinden, Städte und Landkreise als Sachaufwandsträger nicht alleine lassen.

Gelobt wurden von kommunaler Seite die verschiedenen Förderprogramme zur Ausstattung der Feuerwehren. Sanierungsmaßnahmen von bestehenden Feuerwehrgeräthäusern beispielsweise fallen hier jedoch durch das Förderaster, so Landrat Meyer. Ebenso seien unter anderem durch neue gesetzliche Vorgaben die Kosten für die Feuerwehrausrüstung gestiegen, fügte Dupper an, die Fördersätze seien aber weitestgehend auf dem alten Niveau geblieben. Landrat und Oberbürgermeister waren der Meinung, dass dabei an manchen Stellen etwas nachjustiert werden müsste.

Problem Tiertransporte

Für das Problem von Tiertransporten in osteuropäische Länder forderten die Kommunalpolitiker eine Regelung auf Landes- oder Bundesebene. „Das Tierwohl muss bei solchen Transporten gesichert sein“, war die einstimmige Meinung. Die Frage, ob solche Transporte zulässig sind, dürfe nicht auf dem Rücken der örtlichen Veterinäre oder der Städte und Landkreise ausgetragen werden. □

## Schnelle Radverbindung durchs Regnitztal

Landkreise Bamberg und Forchheim stärken den Radverkehr auf der Nord-Süd-Achse

„Wir werden die Landkreise Bamberg und Forchheim mit einem Radschnellweg verbinden.“ Dies kündigten die Landräte Johann Kalb und Hermann Ulm nach einem runden Tisch mit Bürgermeistern, Vertretern von Tiefbauämtern, Wasser- und Schifffahrtsamt sowie staatlichem Bauamt an. Die Nord-Süd-Verbindung im Regnitztal gilt als eine der wichtigsten Strecken für Fahrradfahrer.

„Diesen Radwegeabschnitt werden wir zu einer Premium-Strecke ausbauen“, zielen die Landräte Kalb und Ulm darauf ab, eine direkte, sichere und zügig befahrbare Verbindung für Berufspendler der starken Wirtschaftsstandorte zu schaffen.

soll, spielt eine zügig und sicher befahrbare Premium-Radverbindung von Bamberg-Forchheim kommend eine wichtige Rolle und führt das Netz in Richtung Norden weiter.

Diese soll vor allem für die Berufspendler der starken Wirt-

eggsheim, Hallerndorf, Forchheim und Hausen zum Anlass genommen und haben sich darauf verständigt, eine schnelle Nord-Süd-Radverkehrsverbindung zwischen Bamberg und Forchheim anzugehen.

In welchen Abschnitten eine Ertüchtigung der vorhandenen Fahrradinfrastruktur durchgeführt wird, wie die Behebung von bereits identifizierten Eng- und Gefahrstellen erfolgen soll und wo Streckenführungen abseits der bisherigen Routen zu realisieren sind, soll ebenso ein gemeinsamer Arbeitskreis erarbeiten, wie die durchgängig anzustrebenden Qualitätskriterien der künftigen Premium-Radverbindung und deren Zusammenspiel mit dem touristischen Radverkehr. □



Schulterschluss für Fahrradfahrer: Die Landkreise Bamberg und Forchheim werden einen Radschnellweg durch das Regnitztal entwickeln und umsetzen.

Bild: Pressestelle Landratsamt Bamberg

Die beiden Landräte haben Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart um Unterstützung gebeten, weil das geplante Projekt den Anschluss an das Radschnellwegnetz rund um die Metropolregion Nürnberg schaffen soll.

Höchste Kategorie des Alltagsradverkehrs

Das derzeit in Arbeit befindliche Alltagsradverkehrskonzept des Landkreises Bamberg stellt einen der zentralen Bausteine des im Jahr 2018 beschlossenen intermodalen Mobilitätskonzeptes dar. Als eine der Strecken mit der höchsten Kategorie des Alltagsradverkehrs wurde die Verbindung zwischen Bamberg und Forchheim identifiziert.

Auch vor dem Hintergrund, dass um die Metropolregion Nürnberg ein Netz an Radschnellwegen gebaut werden

schaftsstandorte im Regnitztal mit einer direkten, sicher und zügig befahrbaren Infrastruktur eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr bieten. Lagen die zum Fahrradpendeln akzeptable angesehene Entfernungen vor einigen Jahren noch bei rund fünf Kilometern, können zum Beispiel dank Pedelecs mit Elektromotor heute eher 15 Kilometer und mehr angesetzt werden.

Alltagsmobilität

Dies und die Tatsache, dass der Radverkehr bei den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend an Bedeutung für deren Alltagsmobilität gewinnt, haben die Landräte von Bamberg und Forchheim sowie die Bürgermeister der Gemeinden Strullendorf, Hirschaid, Altendorf,

## Kostenfreies BayernWLAN für den ÖPNV in Bad Birnbach

WLAN-Hotspots in Buslinien und am Bahnhof freigeschaltet

Ab sofort kann in Bad Birnbach auch am Bahnhof sowie im Bäderbus und in den autonomen Elektro-Bussen mit dem BayernWLAN kostenlos im Internet gesurft werden“, freute sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Freischaltung. „Damit steht den Menschen in Bad Birnbach – egal ob Einheimischen oder Gästen – ein einfaches und komfortables Angebot zur Verfügung. Man ist nicht mehr auf ein teures oder eng begrenztes Datenvolumen des Handys angewiesen. Das BayernWLAN gibt es rund um die Uhr, es ist ohne Begrenzung und – nicht nur dank eines aktuellen Jugendschutzfilters – auch in punkto Sicherheit auf dem modernsten Stand“, so Füracker weiter.

Der Einstieg in das freie BayernWLAN ist dabei leicht und praktisch: Jeder Hotspot heißt „@BayernWLAN“. Es sind keine Passwörter und keine Anmeldeinformationen erforderlich, eine Registrierung ist nicht nötig. Das Angebot erfreut sich großer Beliebtheit: Allein im Monat Juli wählten sich mehr als 8,5 Millionen Nutzer in das BayernWLAN ein.

Das Ziel „20.000 Hotspots in Bayern bis 2020“ ist bereits seit Juni 2019 erreicht. Es werden aber auch in Zukunft neue Hotspots eingerichtet, um das Netz noch weiter zu verdichten. „Gerade die Orte, an denen man ohnehin Zeit verbringt, sind als BayernWLAN-Standorte optimal. Mit unserer Initiative für freies WLAN erhält jede Region die Chance, Bürgern und Touristen möglichst weitgehend die digitale Welt zu erschließen“,

betonte Füracker. Der Freistaat bietet daher spezialisierte Angebote für die Einrichtung von WLAN im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs. So werden seit April 2018 verstärkt ÖPNV-Busse mit BayernWLAN ausgestattet. Über 1.000 solcher Busse fahren bereits durch Bayern. Dank BayernWLAN-Aufkleber können die Fahrgäste auch sofort erkennen, dass sie hier schnell und sicher ins Internet kommen. Zum 1. August 2019 wurde die staatliche Förderung für die Einrichtung von BayernWLAN in Bussen sogar nochmals verbessert, so dass noch mehr Fahrzeuge ausgestattet werden können. Landkreise und kreisfreie Städte können jetzt für bis zu 40 Fahrzeuge eine Unterstützung erhalten, in manchen Gebieten werden sogar 50 Busse gefördert. □

## Durchstarten im Landkreis Dillingen

Landkreis informiert im Rahmen seines Fachkräftemarketings über die beruflichen Karrieremöglichkeiten und zur Attraktivität der Region

Eine äußerst positive Entwicklung bescheinigt der jüngste Deutschland-Check des Magazins FOCUS-MONEY dem Landkreis Dillingen a.d. Donau. So erreichte der Landkreis unter bundesweit 402 Landkreisen und kreisfreien Städten in der Studie zur Wirtschaftskraft mit Platz 24 einen Platz unter den TOP 30.

„Das Ranking belegt, dass sich unser Landkreis in den zurückliegenden Jahren als attraktiver Wirtschafts-, Kultur- und Lebensraum etabliert hat. Zudem bietet die Wirtschaft, auch dank eines breiten sowie gesunden Branchenmix, eine Vielfalt an qualifizierten und zukunftsfähigen Ausbildungs- und vor allem Arbeitsplätzen“, betont Landrat Leo Schrell. Dennoch werden über alle Branchen hinweg dringend Fachkräfte benötigt. Aus diesem Grund verfolgt Landrat Leo Schrell ein konsequentes Rückkehr- und Fachkräftemarketing. Ziel dabei ist es, dass insbesondere junge Menschen, die den Landkreis aufgrund ihres Studiums verlassen und infolge dessen im Umfeld ihres früheren Studienplatzes eine Arbeitsstelle gefunden haben, in die Region zurückkehren.

Mit einem crossmedialen Kommunikationskonzept informiert die Wirtschaftsförderstelle des Landratsamtes unter dem Slogan „Durchstarten im Landkreis Dillingen a.d. Donau“ alle interessierten Bürgerinnen und Bürger im Zuge ihres Fachkräftemarketings. So wurde bereits vor Jahren ein Newsletter erstellt, der vierteljährlich durch die Wirtschaftsförderstelle veröffentlicht wird. In enger Kooperation mit insgesamt 23 attrak-

tiven Arbeitgebern erhalten die jungen Menschen zeitnah eine Übersicht über die freien Stellenangebote der Unternehmen.

„Die Anzahl der kooperierenden Unternehmen hat eine positive Entwicklung genommen“, freut sich Christian Weber von der Wirtschaftsförderstelle über das zunehmende Interesse der Arbeitgeber. Der Ansatz des Newsletters geht allerdings weit über die Veröffentlichung der Stellenausschreibungen hinaus. So enthält er nicht nur die klassischen Stellenangebote, sondern auch freie Ausbildungsplätze, Ferienjobs und Praktikumsplätze. „Damit möchten wir erreichen, dass die jungen Menschen ihre Heimatbindung nicht verlieren. So lassen sich der Ferienjob und das Praktikum in der Heimat und somit im Umfeld der Familie und der Freunde genauso gut absolvieren wie am Studienort“, so Landrat Schrell. Der Vorteil des Newsletters liegt nach seiner Ansicht aber auch in der komprimierten Darstellung aller verfügbaren Stellenangebote der kooperierenden Unternehmen.

Neben hochqualifizierten Arbeitsplätzen hat der Landkreis Dillingen a.d. Donau auch ein hohes Maß an Lebensqualität zu bieten. „Mit einem breiten Themenangebot, wie beispielsweise zu attraktiven Bildungsange-

boten, zum umfangreichen Kulturangebot und zur wohnortnahen medizinischen Versorgung informiert der Newsletter über die aktuellen Entwicklungen im Landkreis“, so Weber. Weiter bietet jeder Newsletter allen Leserinnen und Lesern ein besonderes Highlight. „In enger Kooperation mit dem Regionalentwicklungsbereich Donautal-Aktiv e.V. ist jedes Mal ein interessanter Freizeittipp enthalten. Damit sollen die jungen Menschen bewusst wahrnehmen, welche attraktiven Freizeit- und Naherholungsmöglichkeiten ihre Heimat bietet“, betont der Fachmann.

Facebook-Auftritt

Nachdem sich junge Menschen insbesondere über die sozialen Netzwerke informieren, nutzt der Landkreis auch dieses Medium verstärkt für seine Fachkräftekampagne. „Mit einem Social Media Auftritt der Wirtschaftsförderstelle auf Facebook sind wir nicht nur zeitgemäß, sondern können auch tagesaktuelle Informationen aus unserem Landkreis bieten. Dies ist eine optimale Ergänzung zum Newsletter“, freut sich Schrell.

Abgerundet wird das Fachkräftekonzept der Wirtschaftsförderstelle durch Printmedien, die bei Öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie Ausstellungen, der Berufsinformationsmesse Fit for Job oder dem Hochschultag zielgruppenspezifisch verteilt werden. □

**BAYERISCHE GemeindeZeitung**  
KOMMUNALPRESSE WIRTSCHAFTS- UND TOURISMUS-ZEITUNG

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPV in Bayern

**Herausgeber:**  
Landrat Stefan Rößle

**Redaktion:**  
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Monika Steer, Inge Metzger  
Telefon 08171 / 9307-11

**Ständige Mitarbeiter:**  
Anja Schuchardt (Landtag)  
Jörg Kunstmann (KPV)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.  
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Anzeigen- und Vertriebs:**  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-13  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

**Veranstaltungen:**  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)

**Jahresbezugspreis Inland:**  
€ 76,10 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:**  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Zeitungen:**  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

**Kündigung:**  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

**Verlags- und Geschäftsleitung:**  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

**Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:**  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: info@gemeindezeitung.de  
Internet: www.gemeindezeitung.de

**Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:**  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

**Druck und Auslieferung:**  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Unser Bild zeigt die Oberbürgermeister oder Vertreter/innen von Bielefeld, Erfurt, Paderborn, Rostock, Siegen und Trier neben Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt (mittlere Reihe links), Wilhelm Schneider (Landrat Kreis Haßberge und Vorsitzender der Region Mainfranken, vorne links), Oliver Weidlich (Regierung von Unterfranken, ganz hinten Mitte) und Michal Kopřiva (Stadt Würzburg, Europa-Informationszentrum, Fachbereich WWS, hintere Reihe links). Der Lenkungsausschuss des Deutschen RegioPole-Netzwerks traf sich am Montag in Würzburg, um gemeinsam beim Bundesinnenministerium einen Förderantrag für die acht Regiopole zu stellen. Bild: Claudia Lother

Treffen des RegioPole-Netzwerks in Würzburg:

## Regiopole bündeln ihre Kräfte

Gemeinsamer Förderantrag für strukturpolitisch bedeutsame Leitprojekte

Der Lenkungsausschuss des Deutschen RegioPole-Netzwerks traf sich zum ersten Mal in Würzburg. Würzburg ist, wie auch die Stadt Koblenz, seit diesem Jahr Mitglied im Deutschen RegioPole-Netzwerk. Die Oberbürgermeister bzw. deren Stellvertreter/innen von insgesamt acht „kleinen“ Großstädten Deutschlands beschlossen einen Förderantrag, den das Netzwerk bis zum 25. Oktober beim Bundesinnenministerium einreichen möchte.

Mit der Förderung soll ein Projekt angestoßen werden, mit dem bis Ende 2022 strukturpolitisch bedeutsame Leitprojekte in ausgewählten Infrastrukturbereichen entwickelt werden sollen. Es wird den Titel tragen: „Regiopole und Regiopoleregionen für Deutschland - Ein neues Instrument zur nachhaltigen Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den städtischen und ländlichen Räumen Deutschlands“.

### Enorme Potenziale

Der Projektzweck intendiert bereits, wie wichtig die Schaffung dieses relativ neuen Raumordnungsbegriffs ist, denn Regiopole sind weder in den Landwirtschafts- noch in den Innenministerien im Fokus, bergen aber enormes, bisher nicht bis in die Tiefe ausgeschöpftes Potenzial und müssen sich mit ihrer eigenen regionalen Verflechtung neben den Metropolen positionieren. Die Infrastruktur als bedeutsamer Kernpunkt regionaler Entwicklung wird Hauptaugenmerk des Projekts sein.

Das Projekt soll aus vier Modulen bestehen: 1. Analyse der oberzentralen Funktionen in den festgelegten Infrastrukturbereichen der jeweiligen Regiopole 2. Schätzung der kurz-, mittel- und langfristigen, heute absehbaren Entwicklungen 3. Ableitung von messbaren Zielen

der Infrastrukturentwicklungsplanung 4. Erarbeitung von Leit- bzw. Leuchtturmprojekten der Infrastrukturentwicklung. Jede Stadt hat einen Themenschwerpunkt. Würzburg wird das Thema Wirtschafts-, Gründungs- und Dienstleistungsstruktur bearbeiten.

### Vergleichbare Probleme

Oberbürgermeister Christian Schuchardt und Landrat Wilhelm Schneider (Landkreis Haßberge), der zugleich Vorsitzender der Region Mainfranken GmbH ist, betonten bei dem Arbeitstreffen das wichtige Ziel, die Kräfte zu bündeln, denn Probleme seien immer gleichartig und müssten nicht von jeder Region allein gelöst werden. Würzburg und Mainfranken könnten dabei auf eine gute Basis, seit der Gründung der „Chancenregion Mainfranken“ im Jahr 1988, blicken. Die Regierung von Unterfranken sei in den 90er-Jahren der Motor für die Schaffung wesentlicher Erfolgsfaktoren gewesen und habe ein Zusammenwirken der Städte erreicht, so Schuchardt.

Auch dieses Mal wird die Regierung von Unterfranken der Regiopole Würzburg und der Regiopole Mainfranken zur Seite stehen. Der Sachgebietsleiter Raumordnung, Landes- und Regionalplanung der Regierung von Unterfranken, Oliver Weidlich, nahm daher an der Sitzung

des Ausschusses teil. Denn groß sind die Herausforderungen. Schneider: „Städte haben andere Schwerpunkte als ländliche Regionen.“

### ÖPNV

Ein Beispiel, das die beratenden Regiopole in diesem Zusammenhang aufführen konnten, ist der ÖPNV mit der Erweiterung von Verkehrsverbänden, dem 365-Euro-Ticket und dessen Finanzierung und das alles bei unterschiedlichen Tarifen zwischen Stadt und Land.

### Zum Begriff Regiopole

Regionalzentren übernehmen Führungsrollen in Regionen und beziehen eine angemessene Position in Nähe der Metropolregionen. Eine Regiopole ist laut Begrifflichkeit aus der Raumordnung und der Stadtentwicklungsplanung eine Stadt mit 100.000 bis 500.000 Einwohnern, mit hochrangiger Infrastruktur, ein bedeutender Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort und dynamischer Kern für Kooperationen mit dem Umland.

### Unterstützung aus der Region

Umgeben und unterstützt wird die Regiopole von der Regiopoleregion: Die häufig ländlichen Gebiete akzeptieren ihre Rolle und stützen die Stadt. Die Regiopoleregion Mainfranken umfasst die beiden kreisfreien Städte Würzburg und Schweinfurt sowie die sieben mainfränkischen Landkreise. Neben Würzburg wurden in Bayern in 2018 auch die Städte Regensburg und Ingolstadt als Regionalzentren eingestuft.

Im RegioPole-Netzwerk können Städte mit vergleichbarer Größe und ähnlichen Interessen eine stärkere Durchsetzungskraft als eine Stadt alleine generieren. Gegründet im Jahr 2016 von den sechs „kleinen“ Großstädten Bielefeld, Erfurt, Paderborn, Rostock, Siegen und Trier, möchten die nunmehr acht Städte im Netzwerk ihre Kräfte bündeln und ihre Interessen als Oberzentren mit herausgehobener Bedeutung vertreten.

Die Mitgliedsstädte versprechen sich nicht nur aufgrund der Einstufung zu Regiopolen mit ihren dazu gehörenden Regiopoleregionen, sondern ganz besonders auch aufgrund ihrer Mitgliedschaft im RegioPole-Netzwerk langfristige Vorteile, wie planbare und dauerhafte finanzielle Ausstattung und damit Entwicklungsmöglichkeiten ihrer Regionen und große Potenziale für Fragen des Standortmarketings. □

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Aha, jetzt macht die Gleichberechtigung der Geschlechter aber einen Riesensatz. Zum ersten Mal sind zwei Frauen gleichzeitig freischwebend im Welt- raum neben der Internationalen Raumstation ISS gewesen, um eine Reparatur vorzunehmen. Respekt, also praktisch ohne männlichen Aufpasser.“ Mein Chef, der Bürgermeister, sagte das natürlich über seine genderinkorrekte Schlussfolgerung schmunzelnd.

Aber der kleine Schritt für die Frauen in Richtung Gleichberechtigung im 50. Jahr der ersten bemannten Mondlandung hat beim Chef noch eine ganz andere Art von Erkenntnisgewinn ausgelöst. Denn bisher waren – so

anbieten will, für Unsummen Rundflüge um die Erde zu buchen. Nein, von neuartigen Medikamenten, über neue Werkstoffe bis hin zu chemischen Reaktionen oder beschleunigtem Pflanzenwachstum unter den Bedingungen der Schwerelosigkeit gibt es praktisch keine Grenze der Phantasie, was im All alles möglich ist oder möglich sein könnte, wenn man sich nur auf das Abenteuer einlässt. Ganz zu schweigen vom sicherheits-

politischen Effekt. Amerika und Frankreich planen eigene Waffengattungen für die Weltraumsicherheit, um von dort aus militärisch weniger verwundbar zu sein. Man würde sich wundern, wenn Russland und China so etwas nicht längst hätten. Und Deutschland? Renoviert sein Marine-Segelschiff.

Wenn unser Ministerpräsident davon spricht, dass Bayern technologisch auch in der Weltraumforschung, bei der Satelliten- und Trägertechnik vorne mitspielen muss, dann erntet er typisch deutschen bräsig-überheblichen Spott. Marke: Söderchens Mondfahrt. Wenige bedenken dabei aber, dass wir schon einmal einen Ministerpräsidenten hatten, der brachial und vehement auf die Themen Flugzeugbau und Militärtechnik für Bayern setzte, als alle Welt noch glaubte, am besten sei es, man kaufe Flugzeuge und Hubschrauber in Amerika.

Leider ist Deutschland mittlerweile zu satt, zu arriert und zu wenig ehrgeizig, um sich etwa bei Themen wie der Weltraumforschung an die Spitze in Europa zu stellen. Schade. Ab und zu ein Astronaut als Gast der Amerikaner und Russen auf der ISS ist zwar nett, aber einer führenden Forschungs Nation nicht würdig. Klar kann man mit Forschung, gerade mit Grundlagenforschung, nicht unmittelbar bei den nächsten Wahlen punkten. Aber man würde die Zukunft derjenigen sichern, die jetzt noch zu jung sind zum Wählen.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist überzeugt, dass man die Bürgerinnen und Bürger auch heute noch für Forschung und Technologie begeistern kann. Man muss schon in der Schule anfangen. Und eine Mahnung Wernher von Brauns beherzigen: „Bei der Eroberung des Weltraums sind zwei Probleme zu lösen: die Schwerkraft und der Papierkrieg. Mit der Schwerkraft wären wir fertig geworden“.

the Sabrina

### In Europa macht man gute Pläne und scheut deren Umsetzung

seine Zeitungsquelle – 17 Frauen und 52 Männer bereits schwerelos außerhalb eines Raumfahrzeugs im All unterwegs. Ergo gibt es hier bereits Routinen, über die wir uns hier auf Erden und insbesondere in unserem gemütlich vor sich hin stäubenden Deutschland gar nicht mehr recht im Klaren sind.

OK, wenn Astro-Alex zur ISS fliegt und sein begnadetes Kommunikationstalent in den Dienst der Popularisierung der Raumfahrt stellt, dann nehmen wir den Weltraum als Herausforderung wahr. Aber wir nehmen diese Herausforderung eben noch lange nicht an. Nach Amerika und Russland ist jetzt auch China auf dem Mond gelandet (genauer auf dessen Rückseite). Indien und Israel wollten, scheiterten aber knapp.

Und Europa? Die potenziell führende technologische Macht der Erde (nicht lachen: Wenn ganz Europa seine Fähigkeiten bündeln würde, wären wir das tatsächlich), macht gute Pläne, aber scheut sich vor deren Umsetzung. Europa hat mit der Ariane mit die leistungsfähigste Trägerrakete auf dem Markt und mit Kourou im französischen Departement Guyana auch einen Weltraumbahnhof, ist mit eigenen Wissenschaftsmodulen an der ISS beteiligt, aber hat keine große Idee, keinen visionären Plan, wohin es im Weltall wirklich will.

Dabei steht bitte eines fest: Im Weltraum winken Geschäfte. Jetzt nicht unbedingt der bemannte Weltraumtourismus, bei dem man Leuten, die nicht wissen wohin mit dem Geld,



Die Delegation aus Tarnów zusammen mit Pfaffenhofens Landrat Martin Wolf (li.) und Altlandrat Rudi Engelhard (6.v.l.) vor dem Landratsamt. Bild: Landratsamt Pfaffenhofen

## Delegation aus dem Partnerlandkreis Tarnów zu Besuch im Landkreis Pfaffenhofen

Eine rund 35-köpfige Delegation aus dem polnischen Partnerlandkreis Tarnów war kürzlich für ein paar Tage zu Besuch im Landkreis Pfaffenhofen. Angeführt wurde die Gruppe, unter ihnen zahlreiche Kreisräte, von Jacek Hudyma, stellvertretender Landrat des Landkreises Tarnów. Altlandrat Rudi Engelhard, Vorsitzender des Partnerschaftskomitees, Ehrenbürger des Landkreises Tarnów und Wegbereiter der Partnerschaft, begleitete die Gäste während ihres Aufenthalts.

Bei einem Besuch im Deutschen Hopfenmuseum in Wolnzach, einer Hofführung bei Kreisbäuerin Erna Stanglmayr in Jebertshausen und einer anschließenden Besichtigung der Urban Chestnut-Brauerei in Wolnzach gab es für die Besucherinnen und Besucher viel Wissenswertes rund um das Thema Hopfen.

Ein Besuch bei der Firma LOWA in Jetzendorf

sowie ein Austausch mit Landrat Martin Wolf und Vertretern des Kommunalunternehmens Strukturentwicklung Landkreis Pfaffenhofen (KUS) im Großen Sitzungssaal des Landratsamts rundeten den Besuch ab.

### 20 Jahre wachsendes Verständnis und Freundschaft

„Unsere Freundschaft kann im nächsten Jahr ihr 20-jähriges Bestehen feiern. Im Laufe dieser vielen Jahre ist durch zahlreiche gegenseitige Besuche nicht nur das Verständnis gewachsen, es sind Freundschaften entstanden, die ein dauerhaftes Band über fast 800 km Fahrtstrecke bilden.“

Ich hoffe und wünsche mir, dass dieses enge Verhältnis zwischen den beiden Landkreisen auch in Zukunft bestehen und durch immer neue Impulse so lebendig wie bisher bleibt“, so der Landrat. □

## Fahrradfreundlicher Landkreis Aschaffenburg

Der Landkreis Aschaffenburg soll Mitglied der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern (AG-FK Bayern e. V.) werden. Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist es, eine fahrradfreundliche Mobilitätskultur zu schaffen und zu unterhalten, welche die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger fördert. Bewerbstellung wird dies unter anderem durch den regelmäßigen Erfahrungsaustausch innerhalb des Netzwerks von Mitgliedskommunen.

Darüber hinaus haben die Mitgliedskommunen gewisse Kriterien zu erfüllen, die in regelmäßigen Abständen geprüft werden. Alle Kriterien müssen bei Aufnahme aber noch nicht umgesetzt sein. Im Landkreis Aschaffenburg ist eine ganze Reihe der Anforderungen aber bereits jetzt Realität. Beispielfür sind:

- Funktion des Radverkehrsbeauftragten
- Richtlinien zur Förderung des Radwegebaus
- Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen
- Winterdienst durch den Kreisbauhof in Abstimmung mit dem Staatlichen Bauamt und den Kommunen
- Kartenmaterial für das gesamte Radwegenetz
- Digitale Radwegkarte des Landkreises mit Routenplanung (Vianovis). □

Ehemaliges südliches Wackersdorfer Braunkohlerevier:

# Rekultivierungsarbeiten auf dem Westfeld

Schwerwichtige Montageaktionen wurden auf dem Wackersdorfer Westfeld im zweiten Bauabschnitt erfolgreich gemeistert. Mit Hilfe eines 80- bzw. 150-Tonnen-Autokrans wurden seit Anfang Oktober in vierzehntägigem Abstand vier großvolumige Saugpumpenschächte neben dem Sickerwassersammelbecken (kurz: Sickerwassersammler) bis in den Felsgrund eingesetzt. In die Schächte werden jeweils moderne Saugpumpen montiert. Jede der Pumpen verfügt bei einer Leistungsaufnahme von 12.250 Watt über eine Förderleistung von 20.000 Liter pro Stunde bei einer Förderhöhe von bis zu 47,5 Metern. Die Saugpumpen sind redundant ausgelegt, so dass meistens nur jeweils zwei der Pumpen wechselweise in Betrieb sind.

Die Montage der Schächte und Pumpen sind ein wichtiger Schritt zur grundlegenden Modernisierung der Sickerwasseraufbereitung von der „Quelle“ in rund 30 Metern Tiefe bis zur Abgabe des gereinigten Wassers in den Knappensee.

Darüber hinaus unterstützt Uniper am Standort Westfeld ein zukunftsweisendes Umweltforschungsprojekt zur Erprobung eines ökologischen Verfahrens zur passiven, d.h. Energie und Ressourcen schonenden Aufbereitung von verunreinigtem Sickerwasser. Das Forschungsvorhaben wird von der BASE TECHNOLOGIES GmbH, einem Umweltechнологiespezialisten aus München, in Kooperation mit der Universität Bayreuth durchgeführt und vonseiten der renommierten

Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert.

Ziel des Projektes ist die Einführung und Weiterentwicklung einer naturnahen und nachhaltigen Technologie zur Wasseraufbereitung unter vollständigem Verzicht auf den Einsatz von Energie und Chemikalien. Zu diesem Zweck wurde am Standort Westfeld bereits 2017 eine innovative mehrstufige Versuchsanlage eingerichtet und mit einem Teil des geförderten Sickerwassers beschickt.

Die ersten Ergebnisse des bislang rund zweijährigen Pilotbetriebs sind außerordentlich vielversprechend und belegen den dauerhaften, sicheren Betrieb unter realen Bedingungen. Uniper beabsichtigt die Beantragung einer deutschlandweit ersten passiven Großanlage als nachhaltige

Alternative zur bestehenden Sickerwasseraufbereitungsanlage. Mit der vorliegenden Datenbasis konnte durch BASE TECHNOLOGIES in enger Kooperation mit den zuständigen Behörden bereits die Genehmigungsplanung angestoßen werden.

## Einhebeaktionen

Die Einhebeaktionen der Pumpenschächte fanden im Rahmen der Arbeiten zum Gesamtabschluss der Rekultivierung des Westfelds des ehemaligen südlichen Braunkohlereviere bei Wackersdorf im Landkreis Schwandorf statt. Um den Autokran neben dem Sickerwassersammler, der sich an der tiefsten Stelle des Westfelds befindet, standsicher aufstellen zu können, musste je Einhebeaktion eine entsprechende Aufstellplattform (18 x 10 Meter, 0,35 Meter dick) aus tragfähigem Schüttmaterial für die tonnenschweren Kranfahrzeuge konstruiert werden.

Mit seinem knapp 50 bzw. 60 Meter langen Auslegern hieven die Kräne in den vergangenen Oktoberwochen jeweils zwei Schachtröhren in den Untergrund. Jeder der bis zu knapp sieben Meter tiefen Schächte besteht aus drei 15 Zentimeter dicken Betonringen mit einem Innendurchmesser von zwei Metern sowie einem Betondeckel mit Einstiegöffnung. Als Gesamtgewicht bringt jeder Schacht 22.000 Kilogramm auf die Waage, wobei das schwerste Einzelteil rund 8.900 Kilogramm wiegt. Anschließend

wurden die Schächte mit sogenanntem Flüssigboden im umgebenden Erdreich dauerhaft fixiert.

Auch für die Regenwassersammlung werden abhängig von der Witterung noch in diesem Herbst drei neue, zwölf Tonnen schwere Oberflächenwasserpumpenschächte in den Rekultivierungskörper gesetzt. Sie sind mit einem Innendurchmesser von 1,5 Meter und einer Bauhöhe von vier Metern etwas kompakter und können ohne zusätzlichen maschinellen Aufwand eingebaut und mit Flüssigboden verfüllt werden.

So soll künftig das Regenwasser über ein in der Mitte der Deponie angeordnetes Regenrückhaltebecken gesammelt und über daran angeschlossene Pumplleitungen und Entwässerungsgräben in den Entwässerungsgraben Nord zwischen Industriestraße und Westfeld sowie weiter in den Hirtloheiweiher, ein von Verlandung und Austrocknung betroffenes Vogelschutzgebiet, weitergeleitet werden. Das Grabensystem in Richtung Hirtloheiweiher wird zudem als wichtiger Baustein zur Verbesserung des Hochwasserschutzes für den Bauhof der Gemeinde Wackersdorf angepasst und ausgebaut.

## Blick zurück

Hintergrund: Insgesamt sieben Jahrzehnte war das Wackersdorfer Braunkohlerevier von bergmännischer Nutzung geprägt. Die Rekultivierung der Westfeld-Flächen lag bei der ehemaligen Bayerischen Braunkohleindustrie (BBI), dem Bayernwerk und E.ON, von der Uniper die Aufgabe übernommen hat. Das Rekultivierungsprojekt wurde 2002 gestartet. Der Abschluss ist bis Ende 2022 in mehreren Etappen vorgesehen. Zu den Rekultivierungsmaßnah-

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt ein Bestellformular des Forum Verlag Herkert GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ☐



Einheben des 8,9-Tonnen schweren Basisteils von Saugpumpenschacht 1. Bild: Foto: Jan Kiver / Uniper SE

men zählen auch die Entsiegelung und der Rückbau nicht mehr benötigter Abschnitte des früheren Wegesystems. Dadurch können verlorene Bodenfunktionen großteils wiederhergestellt werden.

Im Zuge des Rekultivierungsvorhabens wird auch das vorhandene Entwässerungssystem für den Westfeld-Damm erneuert und ausgebaut. Der ehemals als Vorfluter wirkende Grubenwassergraben Nord, der das Grubenwasser sammelte, wird u. a. durch Rückbau von Verrohrungen und Überbauungen umgestaltet. Dadurch verbessern sich dessen Gestalt und die Gewässerökologie spürbar.

Hinzu kommt eine Schutzfunktion vor Hochwasser, z. B. bei Starkregenereignissen im Bereich des Wackersdorfer Bauhofgeländes. Dem zunehmend anspruchsvolleren Hochwasserschutz wird zudem in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wackersdorf durch Herstellung naturnaher Reten-

tionsräume und Überschwemmungsflächen auf dem Gelände Rechnung getragen.

Auf dem insgesamt gut 80 Hektar großen, ehemals weitgehend ebenen südlichen Wackersdorfer Braunkohle-Tagebaugelände Westfeld wurden während der Betriebszeit des Kraftwerks Schwandorf-Dachelhofen (1930-2002) der im Kraftwerk benötigte Brennstoff Braunkohle erst abgebaut und in Teilbereichen später eigene und tschechische Braunkohlelieferungen gelagert. Die ausgekohlten Tagebaugruben wurden mit Abraum aus dem Braunkohleabbau und mit Kraftwerksasche sowie im Bereich des heutigen Westfeld-Damms mit Bauschutt und Abbruchmaterial einer ehemaligen Brikettfabrik und des Schwandorfer Kraftwerks verfüllt. Seit 2009 dient das Areal des Westfeld-Damms zum Teil als Lagerplatz für die benötigten Baumaterialien zur Rekultivierung des Westfeldes. ☐

## Vorschau auf GZ 21

In unserer Ausgabe Nr. 21, die am 7. November 2019 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk
- Kommunaler Bau · Ortskernbelebung · Denkmalschutz
- Gestaltung öffentlicher Räume
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark

## LIEFERANTEN



## NACHWEIS

### Absperrpfosten

Heinkelstraße 44, 71384 Weinstadt  
Tel.: 07151/99 51 643

**Hugo Knödler GmbH**  
www.apsederrpfosten.com

### Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstraße 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-5527-23

### Bau

**ERLUS AG**  
Hauptstraße 106  
D-84088 Neufahrn/NB  
T 08773 18-0  
F 08773 18-113  
www.erlus.com

**ERLUS**  
Qualität aus Deutschland

### GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen über kommunalpolitische Themen:  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

### Energiedienstleistung

**erdgas schwaben**  
sicher, günstig, nah

[erdgas-schwaben.de](http://erdgas-schwaben.de)

### Fahnenmasten

Heinkelstraße 44, 71384 Weinstadt  
Tel.: 07151/99 51 641

**Hugo Knödler GmbH**  
www.fahnenmast.com

### Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstraße 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-5527-23

**FAHNEN KÖSSINGER**  
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling  
Tel.: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen  
Maste  
Roll-Ups  
Bekleidung  
uvm.

### Gewerbebau

**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen  
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

[www.laumer.de](http://www.laumer.de) · [info@laumer.de](mailto:info@laumer.de)

### Infrastrukturanbieter

**Langmatz**

Am Gschwend 10 · 82467 Garmisch-Partenkirchen · www.langmatz.de  
Telefon +49 8821 920-0 · Fax +49 8821 920-159 · [info@langmatz.de](mailto:info@langmatz.de)

Ihr Partner für technische Systemlösungen – Innovationskraft trifft Leistung

### Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

### Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592 einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht „Start“ per WhatsApp an diese Nummer.

### Kommunaler Datenschutz

**insidas**  
Informationsicherheit · Datenschutz · Beratung

Wir lieben Datenschutz und Informationssicherheit. Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur. Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert. Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder [info@insidas.de](mailto:info@insidas.de)

[www.insidas.de](http://www.insidas.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**CONSTANZE VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-13  
[hassel.constanze@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.constanze@gemeindezeitung.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
[hassel.theresa@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.theresa@gemeindezeitung.de)

### Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de)

### GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



### Recyclingbaustoffe

**BAUSTOFF RECYCLING BAYERN**  
UW 100 WELT PAKT  
Teilnehmer an: BAYERN

### Weihnachtsbeleuchtung

**weihnachtsbeleuchtung**  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
[deko-jochum@t-online.de](mailto:deko-jochum@t-online.de)  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Vertragshandel für **Wittels Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

**Das GZ-Netzwerk**

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

[www.anmelden.gemeindezeitung.bayern](http://www.anmelden.gemeindezeitung.bayern)



WISSEN,  
DAS ANKOMMT.

FORUM VERLAG HERKERT GMBH – Mandichostraße 18 – 86504 Merching

## An die Leser Bayerische GemeindeZeitung

Ihr Zeichen	Ihr Schreiben	Unser Zeichen	Bearbeitung	Tel. (08233) 381-123	Merching,
		2649/1-14875/1	S. Lippert	Fax -222	Oktober 2019

### **Kommunalwahlen 2019/2020: Unterweisen Sie jetzt Ihre Mandatsträger!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mandatsträger haben in ihrem Amt ständig mit personenbezogenen Daten zu tun. Doch sind den neu-gewählten Räten oder auch den „alten Hasen“ die neuen Datenschutzvorschriften nach DSGVO bekannt? Und wie sieht es mit den Themen Verschwiegenheitspflicht und Korruptionsprävention aus? Gehen Sie am besten gleich auf Nummer sicher und unterweisen Sie Ihre Mandatsträger in deren Rechte und Pflichten, damit es gar nicht erst zu Strafen und Negativschlagzeilen kommt.

Um Ihnen diese Aufgabe zu erleichtern, gibt es jetzt das

### **Merkblatt für kommunale Mandatsträger** **3. überarbeitete Auflage**

Ihre Vorteile:

- Verständliche Erläuterungen der rechtlichen Vorgaben verschaffen die erforderliche Klarheit und Handlungssicherheit für die Ratsarbeit.
- Praktische Checklisten und Praxisbeispiele erleichtern die rechtssichere Umsetzung.
- Der Clou sind die herauslösbaren Unterschriftsseiten, die Ihnen als Nachweis der Unterweisung in den Bereichen Korruption, Datenschutz und Verschwiegenheitspflicht dienen.

Bereiten Sie Ihre Mandatsträger nach der Wahl auf Ihre Amtszeit vor und bestellen Sie daher am besten gleich mit dem beiliegenden Bestellschein, im Onlineshop oder per Telefon.

Mit freundlichen Grüßen

S. Lippert  
Fachbereich Öffentliche Verwaltung

**PS: Egal ob Gemeinde-, Stadt- oder Kreisverwaltung – Dieses Merkblatt ist für alle Mandatsträger in kommunalen Gremien einsetzbar.**

## Merkblatt für kommunale Mandatsträger

**Ja, ich bestelle \_\_\_\_\_ Sätze** (bitte gewünschte Anzahl eintragen)  
1 Satz á 10 Merkblätter (16 Seiten pro Merkblatt), DIN A4

Artikel-Nr.: 2649/1 - 14875/1  
Preis: 58,- zzgl. MwSt. und Versand

**Nutzen Sie die attraktive FORUM-Rabattstaffel:**

Ab 3 Sätzen erhalten Sie 5 % Rabatt, ab 5 Sätzen 10 % Rabatt und ab 10 Sätzen 15 % Rabatt.

### Auszug aus dem Inhaltsverzeichnis

#### Teil 1: Allgemeine Vorschriften und Verhaltensregeln

- Geltende Rechtsvorschriften für kommunale Mandatsträger
- Mitwirkungsrechte und Verschwiegenheitspflicht

#### Teil 2: Korruptionsprävention und Fallbeispiele

- Korruptive Verhaltensweisen und deren Ahndung mit Fallbeispielen
- Umgang mit Zweifelsfällen und Anzeigepflichten

#### Teil 3: Datenschutzvorschriften und IT-Sicherheit in der Praxis

- Übersicht zu geltenden Rechtsvorschriften für und aktuellen Landesdatenschutzgesetzen
- Datenschutzregeln für kommunale Mandatsträger
- Ratsarbeit und Datenschutz/Umgang mit personenbezogenen Daten

#### Teil 4: Unterschriftenblätter

- Erklärung zur Kenntnisnahme der Regelungen zur Korruptionsprävention
- Belehrung über die Einhaltung des Datenschutzes und der Verschwiegenheitspflicht



### Absender:

\_\_\_\_\_  
Firma, Einrichtung

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname des Bestellers

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
Telefax

\_\_\_\_\_  
@

**Zur Auftragsbearbeitung bitte E-Mail-Adresse angeben.**

Diese Angabe ist freiwillig. Sie können der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke jederzeit zu den ortsüblichen Basistarifen widersprechen.

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift und Stempel

Es gelten die Allgemeinen Geschäfts- und Widerrufsbedingungen des Verlags. Diese finden Sie unter [www.forum-verlag.com/AGB](http://www.forum-verlag.com/AGB). Die Systemvoraussetzungen können Sie unter [www.forum-verlag.com/2649](http://www.forum-verlag.com/2649) nachlesen. Lieferung innerhalb von fünf Werktagen ab Erscheinen.

Wir erheben Ihre Daten gemäß Artikel 13, Abs. 1 DSGVO zur ordnungsgemäßen Abwicklung unserer Geschäftsvorgänge sowie zur Mitteilung von Produktinformationen. Die aktuellen Datenschutzbestimmungen finden Sie unter [www.forum-verlag.com/datenschutz](http://www.forum-verlag.com/datenschutz).